



Kirchheim im Innkreis:
Das Kulturdorf Europas 2010 an Silvester.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

DSStGB-Bilanzpressekonferenz:

Reformen anpacken!

Die Botschaft war klar: Vor dem Hintergrund, dass die deutschen Städte und Gemeinden vor einem schwierigen Jahr 2010 stehen - zwischen Einnahmen und Ausgaben klafft ein Haushaltsloch von zwölf Milliarden Euro mit fatalen Folgen für die Infrastruktur und damit für Bürger und Unternehmen - forderte der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Christian Schramm, auf der Bilanzpressekonferenz des DSStGB in Berlin „das Anpacken grundlegender Reformen“.

Mit Blick auf die anstehenden Beratungen plädierte Schramm dafür, durch grundlegende Weichenstellungen den Sozialstaat zukunftsfest zu machen, dem demografischen Wandel Rechnung zu tragen und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhöhen. Dazu gehöre eine Reform der Sozialsysteme, die die Leistungen auf die wirklich Bedürftigen konzentriert, die Eigenverantwortlichkeit der Bürger stärkt und die überbordende Bürokratie im Sozialsystem reduziert. „Wir brauchen eine Steuerreform, die unser System transparenter, effektiver und weniger bürokratisch gestaltet sowie sicherstellt, dass Bund, Länder und Gemeinden handlungsfähig bleiben und wenigstens mittelfristig in die Lage versetzt werden, ihre gesetzlichen Aufgaben aus den Einnahmen zu finanzieren ohne immer neue Schulden aufnehmen zu müssen“, hob der Präsident hervor.

Entwicklung verschärft sich

Neben einem Rettungsschirm für Städte und Gemeinden (vgl. GZ 24/2009) fordert der DSStGB, soziale Leistungen auf Bedürftige zu konzentrieren, Eingliederungshilfen für Behinderte zu reformieren, die Pflegeversicherung zukunftsfest zu machen und die Altersarmut zu bekämpfen. Eine enorme Belastung kommt auf die Städte und Gemeinden durch die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit zu. Die Ausgaben hierfür haben

sich seit Einführung der Grundsicherung im Jahr 2003 nahezu verdreifacht. Diese Entwicklung werde sich weiter verschärfen.

Die wesentlichen Ursachen seien in der demographischen Entwicklung, insbesondere in den gesetzgeberischen Maßnahmen des Bundes zu suchen. Dazu zähle u. a. die Privilegierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gegenüber den anderen Leistungsarten der Sozialhilfe. Darüber hinaus führten auch die nur geringfügigen Rentenanwartschaften von Lang-



Die Messe München zog Bilanz (v. l.): Manfred Wutzlhofer, Martin Zeil, Christian Ude, Klaus Dittrich (siehe Seite 3).

zeitarbeitslosen zu einer stärkeren Inanspruchnahme. Die Kommunen hätten auf diese Faktoren keinen Einfluss. Der gefundene Kompromiss von Bund und Ländern über den Anteil des Bundes an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, „fängt bei weitem jedoch nicht die immensen Kostenbelastungen der Kommunen auf“, so der DSStGB.

Solide Finanzierung

Neben einer soliden Finanzierung des Ausbaus der Kleinkinderbetreuung und dem Vortreiben der Bildung als gesamt-

gesellschaftliche Aufgabe plädiert der Verband für eine Grundsicherung für Arbeitsuchende und die Erhöhung des Bundesanteils an den Unterkunftskosten. Außerdem sei es notwendig, einen Sachverständigenrat für Gewaltprävention einzurichten. Der Anti-Gewalt-Rat sollte den Auftrag erhalten, die aktuelle Situation von Jugendgewalt einzuschätzen und ein Maßnahmenpaket zu entwickeln, wie die Gewaltentwicklung nachhaltig gestoppt werden kann. Es gehe um „Gewaltprävention vom Kindergarten bis zum Altenheim“, Ausbildung der Erzieherinnen und Lehrer, Antigewalt-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bürgerschaftliches Engagement:

Traditionen erneuern, Innovationen verankern

Tagungs-Dokumentation der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum

Traditionen erneuern und gleichzeitig den neuen Initiativen des Ehrenamts und der Bürgermitwirkung Gestaltungsmöglichkeiten geben - das scheint das Gebot der Stunde für eine vorausschauende Kommunalpolitik. Die Vision ist die nachhaltige Bürgerkommune, in der die Menschen gemeinschaftlich Verantwortung und Pflichten auf lokaler Ebene übernehmen. Was Kommunalpolitik tun kann, um lebendiges Engagement und diese Verantwortlichkeit zu fördern, darüber informierte die Tagung „Bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum“ der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in Neumarkt i. d. OPf.

Nach einführenden Worten von Akademie-Präsident Dr.-Ing. Holger Magel und Albert Löhner, Landrat des Landkreises Neumarkt i. d. OPf., wies Sozialstaatssekretär Markus Sackmann darauf hin, dass das Bayerische Sozialministerium eine Anregung der Wohlfahrtsverbände zur Einrichtung eines Runden Tisches zum bürgerschaftlichen Engagement aufgegriffen habe. Ziel sei es, Möglichkeiten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement zu diskutieren und die Kooperation der Akteure auszubauen.

Kultur der Anerkennung

Die Förderpolitik des Bayerischen Sozialministeriums zielt darauf ab, die Infrastruktur für das bürgerschaftliche Engagement auszubauen und dessen Kultur der Anerkennung und Würdigung zu verbessern. So werde z. B. seit 2002 das nicht-staatliche Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement ge-

fördert. Es bestehe aus einer Geschäftsstelle sowie drei Fachknoten für die Bereiche Selbsthilfe, Freiwilligenagenturen sowie Mütter- und Familienzentren. Aufgaben des Landesnetzwerks seien Beratung, Information, Fortbildung und Vernetzung.



Spätestens seit den massiven Schneefällen zwischen den Jahren boomt der Skitourismus in den Alpen, wie hier im Skigebiet Fellhorn/Kanzelwand im Kleinwalsertal.

Bayerische Krankenhausgesellschaft:

Wunsch nach Stabilität

Nach einer fünf Jahre dauernden und erfolgreichen Einführung eines neuen Finanzierungssystems mit sogenannten Fallpauschalen brauchen die Kliniken nach Ansicht der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) jetzt Kontinuität und eine verlässliche Planbarkeit der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen. Dennoch sehen die Vertreter der bayerischen Krankenhäuser, die der BKG-Mitgliederversammlung in München beiwohnten, noch ausreichend Korrekturbedarf für die schwarz-gelbe Koalition in Berlin.

Wie der Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Forchheims OB Franz Stumpf, bemerkte, sei es in der Einführungsphase des neuen Vergütungssystems bei vielen Kliniken zu erheblichen Erlöseinbußen gekommen. Trotzdem habe man den Weg der Konvergenz fortgesetzt und gleichzeitig habe der stationäre Sektor in Deutschland ein inzwischen weltweit beachtetes Entgeltsystem entwickelt. Stumpf: „Was die Krankenhäuser in den letzten Jahren geleistet haben, ist ein beispielloser Kraftakt und eine Erfolgsgeschichte, die internationale Anerkennung findet.“

Erfolgsgeschichte

Daran könnte sich der vertragsärztliche Bereich ein Beispiel nehmen, fuhr Stumpf fort. Statt eine schrittweise Entwicklung vorzuziehen, habe man dort geglaubt, das Honorarsystem von einem Jahr aufs andere umkrempeln zu können. Anders als im stationären Bereich sei dies mit einer kräftigen Erhöhung des Vergütungsvolumens verbunden gewesen. Dennoch seien auch hier Verwerfungen aufgetreten: „Hier verlegte man sich jedoch auf lautstarken Protest, verunglimpfte die Politik und wird von ihr nun fürsorglich behandelt und bekommt die Reform der Reform versprochen.“

Der BKG-Vorsitzende plädierte dafür, das Morbiditätsrisiko wieder von den Krankenhäusern zu nehmen. Es sei „völlig inakzeptabel und ordnungspolitisch regelwidrig“, wenn die Kliniken für die steigende Morbidität einer alternen Gesellschaft finanziell haften müssten. Die Regelung, dass steigende Behandlungsschweregrade

sich negativ auf den Landesbasisfallwert auswirken, müsse schnellstmöglich revidiert werden.

Dem Fachkräftemangel entgegenwirken

Neben dem ständigen Bemühen um die größtmögliche Wirtschaftlichkeit sieht Stumpf „in den vor uns liegenden Jahren“ zwei zentrale Aufgaben: zum einen dem Fachkräftemangel, besonders im ärztlichen Dienst, entgegenzuwirken und zum anderen die beiden Sektoren ambulant und stationär besser zu vernetzen. Im Vordergrund müsse dabei die Erhöhung der Studienkapazitäten stehen. (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina

Und wieder ist eine Dekade vorbei! Das ist ein guter Anlass, althergebrachte Muster zu hinterfragen und sich neue Ziele zu setzen. Der Bürgermeister denkt deshalb öfter an die Worte des großen Erfinders Charles F. Kettering: „Wenn du etwas machst, wie du es seit zehn Jahren gemacht hast, dann sind die Chancen groß, dass du es falsch machst.“ Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bündnis für Kommunen	Seite 2
Mehr Licht als Schatten	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Der Digitalfunk kommt!	3
Ländlicher Raum im Fokus	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Energiethemen	5-9
Kommunale Umweltpolitik	10
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau	11
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	12/13
Kommunales Abfallwesen	13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Positionspapier der Bundes-SGK:

„Bündnis für Kommunen“

In einem Positionspapier mit dem Titel „Schwarz-gelbe Koalition gefährdet die Handlungsfähigkeit der Kommunen“ fordert die Bundes-SGK eine Stärkung der Städte, Gemeinden und Kreise, damit diese ihre vielfältigen Leistungen für die Sicherung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger auch künftig aufrechterhalten können. Ohne ein solches Bündnis werde es insbesondere in finanzschwachen Kommunen zu deutlichen Leistungseinschränkungen und einem Verfall öffentlicher Infrastruktur kommen, befürchtet die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik.

Die soziale Spaltung der Gesellschaft werde sich in einigen Regionen vertiefen, mutmaßt die Bundes-SGK. Deshalb fordert sie Bund und Länder dazu auf, die Initiative für ein Bündnis für Kommunen aufzugreifen und ein zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmtes Maßnahmenpaket zu vereinbaren.

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik plädiert für ein „Bündnis für Kommunen“, das zunächst die Stabilisierung der Einnahmen der Kommunen zum Ziel hat. Die Gewerbesteuer als wichtige kommunale Einnahmequelle müsse erhalten bleiben und weiterentwickelt werden. Auch sei eine Reduzierung der Gewer-

der über die kommunalen Finanzausgleiche ausreichende Finanzmittel für die Kommunen bereitstellen und diese Ausgleichssysteme besser auf die strukturellen Finanzkraftunterschiede der Kommunen ausrichten.

Soziale Sicherungssysteme

Als wichtigstes Instrument zur Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen bezeichnet die SGK die Stärkung vorgelagerter sozialer Sicherungssysteme sowie Veränderungen in der Struktur der Mitfinanzierung sozialer Sicherungssysteme durch die Kommunen. Deshalb plädiert sie dafür, dass die Sozialhil-

Wenn die hohen quantitativen und qualitativen Ansprüche an den Ausbau der Kinderbetreuung und die Einhaltung des Rechtsanspruches auf einen Kinderkrippenplatz von den Kommunen erfüllt werden sollen, müsse auch der Bund seine finanzielle Unterstützung ausweiten.

Investitionspakt

Stichwort kommunale Daseinsvorsorge: Um diese zu stärken, plädiert die SGK für einen Investitionspakt, der zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmt wird und gesellschaftspolitisch notwendige Ziele verfolgt. Dabei müsse insbesondere sichergestellt werden, dass Kommunen in so genannten Haushaltsnotlagen Fördermittel für Investitionen in Anspruch nehmen können.

In diesem Zusammenhang seien die verschiedenen bewährten Programme der Städtebauförderung, wie z.B. die Programme Soziale Stadt, Stadtumbau-Ost und Stadtumbau-West, Städtebaulicher Denkmalschutz, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren entsprechend der künftigen Aufgabenfelder weiterzuentwickeln und zu

verstärken. Darüber hinaus würden eine Verstärkung und Weiterentwicklung der Instrumente für eine integrierte Entwicklung strukturschwacher ländlicher Räume benötigt. Zudem fordern die Kommunalpolitiker faire Wettbewerbsregelungen für öffentliche Unternehmen im nationalen und europäischen Recht ein.

Gesamtgesellschaftlichkeit

Schließlich tritt die Bundes-SGK dafür ein, dass in zentralen Handlungsfeldern ressort- und ebenenübergreifende Kooperationen ermöglicht werden. Bund, Länder und Kommunen müssten besser im Interesse der Bürger zusammenarbeiten können. Die Kommunen seien dabei gleichberechtigte Partner von Bund und Ländern zur Bewältigung der gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen.

In Übereinstimmung mit den Kommunalen Spitzenverbänden wird gefordert, dass die Kommunen qualifizierte, rechtlich abgesicherte Anhörungsrechte im Deutschen Bundestag bei allen Gesetzgebungsverfahren erhalten, die kommunale Belange betreffen. Die Einsetzung eines kommunalpolitischen Ausschusses im Deutschen Bundestag wäre nach Auffassung der Bundes-SGK ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Anhörungsrechte der Kommunen. **DK**

Gemeinden schlagen Alarm

Gemeindetagspräsident Brandl: Einbruch bei der Einkommensteuerbeteiligung trifft ins Mark

„Im nächsten Jahr fehlen den Gemeinden, Märkten und Städten in Bayern flächendeckend 20 Prozent ihres Einkommensteueranteils, das ist ein Minus von 1,1 Mrd. Euro. Diese Hiobsbotschaft übertrifft in der Summe und in ihren Auswirkungen noch den aktuellen Fehlbetrag bei der Gewerbesteuer, der sich ganz unterschiedlich auf die 2.056 bayerischen Gemeinden verteilt. Die Erosion der beiden wichtigsten gemeindlichen Steuerquellen, die knapp 85 Prozent des gesamten Steueraufkommens der Gemeinden ausmachen, wird uns in den kommenden Jahren dazu zwingen, die Ausgaben, vorwiegend für freiwillige Leistungen, drastisch einzuschränken und/oder die Hebesätze für die Grund- bzw. Gewerbesteuer spürbar zu erhöhen,“ sagte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Abensbergs Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl. „Uns bleibt nur die Entscheidung zwischen Teufel und Beelzebub“.

Brandl kritisierte in diesem Zusammenhang insbesondere, dass die neue Bundesregierung als Wohltäter Steuergeschenke verteilt, die Länder mit Zusatzmilliarden bei der Bildung ruhiggestellt und die Kommunen zum Buhmann abgestempelt werden, weil sie als letzter in der Kette ihren Bürgerinnen und Bürgern das Geld wieder aus der Tasche ziehen müssen. „Bei allem Verständnis für die wirtschaftsbelebenden Konjunkturprogramme: Steuergeschenke auf Pump und zu Lasten der Kommunen sind unter dem Blickwinkel der Generationengerechtigkeit nicht zu verantworten“, meinte Brandl.

Gerade in den ohnehin wirtschaftsschwachen Standorten Bayerns - etwa entlang der ehemals innerdeutschen Grenze - trifft das jetzt prognostizierte Minus bei der Einkommensteuerbeteiligung die Gemeinden ins Mark. Traditionell gewerbesteuerschwache Standorte konnten sich auch in der Zeit sprudelnder Gewerbesteuererträge kein Polster anlegen. Das beweisen die sog. Konsolidierungsgemeinden, die schon in den „guten Zeiten“ nur mit staatlicher Unterstützung überleben konnten und jetzt besonders hart vom Einkommensteuerrückgang getroffen werden. In ähnlicher Form trifft es zahlreiche weitere Gemeinden. Brandl forderte deshalb einen Ausgleich der kommunalen Einnahmenverluste durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. **□**

Ab in Sonne und Schnee!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen
direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de

Massiver Ausbau der Ganztagsangebote

Bayern wird trotz knapper Kassen die Ganztagsangebote an allen Schultypen und in allen Regionen massiv ausbauen. Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle: „Wir müssen die Ganztagsangebote weiter ausbauen, um unsere Schülerinnen und Schüler optimal zu fördern und gleichzeitig die Eltern zu unterstützen, Erziehung und Erwerbsarbeit vereinbaren zu können.“

Im Einzelnen sind folgende Ausbaumaßnahmen geplant:

► Die Einrichtung von 270 zusätzlichen so genannten gebundenen Ganztagszügen, das heißt für alle Schüler, die dieses Angebot wählen, wird der Unterricht auf Vormittag und Nachmittag verteilt. Davon werden 100 an Grundschulen, 100 an Hauptschulen und 70 an Sonderpädagogischen Förderzentren und Schulen zur Lernförderung als Ausbauziel für das Schuljahr 2010/2011 festgelegt.

► Dabei will der Freistaat ab dem Schuljahr 2010/2011 erstmals auch die Einrichtung von gebundenen Ganztagszügen an Grund- und Hauptschulen in privater Trägerschaft unterstützen.

► Alle Ganztagszüge, die bisher an Gymnasien im Rahmen eines Schulversuchs eingerichtet worden waren, werden fortgeführt.

► Ab dem Schuljahr 2011/2012 sollen gebundene Ganztagszüge

nach und nach auch an Realschulen und Gymnasien flächendeckend entsprechend dem Bedarf in den Jahrgangsstufen 5 und 6 aufgebaut werden.

► Zugleich beschloss das Kabinett, dass zum Schuljahr 2010/2011 insgesamt 200 zusätzliche offene Ganztagsgruppen als freiwilliges Angebot an Schulen in Bayern eingerichtet werden können.

► Die Angebote der Mittagsbetreuung an Grundschulen (bis etwa 14.00 Uhr) von 2.728 Gruppen sollen erhalten und das der verlängerten Mittagsbetreuung (bis mindestens 15.30 Uhr) soll auf 2.450 Gruppen ausgeweitet werden.

„Mit dem geplanten Ausbau von Ganztagsangeboten und Mittagsbetreuung können wir einen wichtigen Beitrag leisten, um der veränderten gesellschaftlichen Wirklichkeit gerecht zu werden und Familien dabei zu

begleiten“, unterstrich Spaenle.

Die Bilanz des vergangenen Jahres zeigt die Konsequenz, mit der die Staatsregierung die gebundenen und offenen Ganztagsangebote ausbaut. So konnte zum laufenden Schuljahr die Anzahl der Schulen, an denen gebundene Ganztagszüge bestehen oder im Aufbau befindlich sind, um rund 50 Prozent von 411 auf 617 gesteigert werden. Darunter befinden sich 150 Grundschulen, 381 Hauptschulen, 67 Sonderpädagogische Förderzentren und Schulen zur Lernförderung, 7 Gymnasien und 12 Realschulen. Parallel dazu besuchen rund 60.000 Kinder und Jugendliche 2.831 offene Ganztagsgruppen an rund 1.050 Schulen.

Mittagsbetreuung

Allein für das laufende Schuljahr konnte das Kultusministerium rund ein Drittel offene Ganztagsgruppen mehr genehmigen, als ursprünglich vorgesehen waren. An der Finanzierung der gebundenen und offenen Ganztagsangebote, deren Trägerschaft der Freistaat ab dem Schuljahr 2009/2010 übernommen hatte,

beteiligen sich die Kommunen je Gruppe bzw. Klasse mit 5.000 Euro. Auch die verlängerte Mittagsbetreuung, die für die Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 4 eine verlässliche Betreuung bis mindestens 15.30 Uhr bietet, wird im laufenden Schuljahr in 1994 Gruppen sicher gestellt, die normale Mittagsbetreuung in 2.728 Gruppen. **□**

besteuerungslage erforderlich. Zudem müsse die Grundsteuer zukunftssicher umgestaltet werden. Da neben der Gewerbesteuer die Einnahmen aus der Einkommensteuer für viele Kommunen ebenso wichtig sind, dürfe keine Senkung der Einkommensteuer erfolgen, die zu Lasten der Kommunen geht.

Konnexitätsprinzip

Neben diesen bundespolitisch zu verantwortenden Handlungsfeldern stünden die Länder in der Pflicht, das Konnexitätsprinzip strikt einzuhalten und bei allen bundesgesetzlichen Regelungen mit finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen eine ausreichende Finanzierung der Kosten durch den Bund sicher zu stellen. Darüber hinaus müssten die Län-

der wieder auf ihre eigentliche, nachrangige Funktion zurückgeführt wird. Insbesondere halten die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker ein Leistungsgebot des Bundes für die ausreichende materielle Versorgung von Menschen mit Behinderungen für erforderlich. Zudem müsse sich der Bund an den Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in ausreichendem Umfang beteiligen. Auch werde eine Weiterentwicklung der Pflegeversicherung benötigt, indem das Leistungsspektrum besser an die Lebenssituation der Pflegebedürftigen angepasst wird.

Die Bundes-SGK fordert die Länder auf, ihren Verpflichtungen zur Mitfinanzierung des Ausbaus der frühkindlichen Erziehung und Kinderbetreuung uneingeschränkt nachzukommen.

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Botzler
93099 Mötzing
am 19.1.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Johann Wegerbauer
94118 Jandelsbrunn
am 1.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wilfried Glässer
90542 Eckental
am 28.1.

Bürgermeister Boris Damzog
92721 Störnstein
am 29.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Kubek
91239 Henfenfeld
am 1.2.

Bürgermeister Johannes Wegner
97711 Maßbach
am 23.1.

Bürgermeister Manfred Merz
91589 Aurach
am 27.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Kalb
96155 Buttenheim
am 20.1.

Bürgermeisterin Maria Beck
96170 Priesendorf
am 23.1.

Bürgermeister Gerald Kolb
95436 Bindlach
am 23.1.

Bürgermeister Franz Göbl
84172 Buch am Erlbach
am 25.1.

Bürgermeister Claus Pichler
83324 Ruhpolding
am 30.1.

Bürgermeister Johann Schild
83413 Fridolfing
am 31.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Schneider
91187 Röttenbach
am 20.1.

Bürgermeister
Dr. Wolfgang Fendt
89264 Weißenhorn
am 21.1.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



GZ trauert um Günther Wolfbauer

Fast 84-jährig verstarb am 15. Dezember unser langjähriger Kolonnist Günther Wolfbauer. Seinen hohen Bekanntheitsgrad hatte sich der Verstorbenen als Sportjournalist und Moderator unzähliger Sportsendungen beim Bayerischen Rundfunk und beim Bayerischen Fernsehen erworben, dem Medium, dem er bis ins hohe Alter die Treue bewahrte. Hauptberuflich hatte Wolfbauer Anfang der 80er Jahre ins Münchner Rathaus gewechselt und war Pressesprecher der Stadt München geworden. Dies blieb er bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1991. In dieser Zeit schrieb er für jede Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung seine Kolumne, in der er mit spitzer Feder kommunalpolitische Themen aufgriff. Um den bekannten Journalisten trauern seine Witwe Doris, seine drei erwachsenen Kinder und seine Enkelkinder. **□**

Finanzausgleichsänderungsgesetz 2010:

Kommunaler Finanzausgleich wird auf hohem Niveau gehalten

Der kommunale Finanzausgleich und die staatlichen Mittel für Investitionen der Kommunen werden auf hohem Niveau weitergeführt. Dies betonte Finanzminister Fahrenschon anlässlich des Kabinettsbeschlusses zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2010.

Über den kommunalen Finanzausgleich werden die Kommunen an den Steuereinnahmen des Freistaats beteiligt. Nachdem sich der Finanzausgleich in den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt hat, war aufgrund sinkender Steuereinnahmen des Freistaats für 2010 ein Rückgang vorgezeichnet. Allerdings stellt der Freistaat zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 60 Millionen Euro zur Verfügung, so dass der Rückgang deutlich abgemildert werden kann. Die reinen Landesleistungen im kommunalen Finanzausgleich betragen insgesamt 6,3 Milliarden Euro und bleiben

damit nur geringfügig unter dem Ansatz für 2009. Gegenüber 2008 steigen die reinen Landesleistungen um 2,9 Prozent. Von den zusätzlichen Haushaltsmitteln entfallen 14,7 Millionen Euro auf die Anhebung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerertrag auf nunmehr 12 Prozent.

Strukturelle Verbesserung: Dauerhaft größerer Anteil

Durch diese strukturelle Verbesserung haben die Kommunen dauerhaft in einem größeren Umfang an den Steuereinnahmen des Staates Anteil. Der Rückgang der

Schlüsselzuweisungen wird ferner durch weitere staatliche Mittel von 29,3 Millionen Euro abgedeckt. Für den Sozialhilfeausgleich für die Bezirke werden zusätzliche staatliche Mittel in Höhe von 6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, der somit auf rund 584 Millionen Euro steigt. Die Zuweisungen zu den Kosten der Schülerbeförderung werden um 6 Millionen Euro auf 277 Millionen Euro angehoben. Damit werden steigende Belastungen der Kommunen für die Schülerbeförderung berücksichtigt und eine durchschnittliche Erstattungsquote von 60 Prozent gehalten. Für Zuweisungen an unverschuldet in Notlage geratene Kommunen werden zusätzlich 4 Millionen Euro bereitgestellt. **□**

Messe München-Jahrespressekonferenz:

Mehr Licht als Schatten

„Will man den Verlauf des Messejahres 2009 auf einen Nenner bringen, dann war es erfolgreich, aber nicht durchgängig stabil“, bilanzierte der scheidende Vorsitzende der Geschäftsführung der Messe München GmbH, Manfred Wutzlhofer (siehe Kasten) das Ergebnis der Messe München anlässlich der Jahresschluss-Pressekonferenz. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise habe die Messe München erst im zweiten Halbjahr zu spüren bekommen.

Nach der Frühjahrssaison habe man noch über sehr gute Zahlen berichten können, betonte Wutzlhofer. Die moderaten Aussteller- und Besucherrückgänge im Vergleich mit den Vorveranstaltungen der MMG-Messen im bzw. unter dem Bundesdurchschnitt hätten von einer Steigerung der Besucherqualität gut aufgefangen werden können.

Im Jahr 2009 seien mit der Discus & Discover ein neues Veranstaltungsformat entwickelt sowie neue Gastveranstaltungen akquiriert und das Auslandsprogramm mit der Analytica Vietnam erfolgreich erweitert worden. Darüber hinaus habe man strategische Kooperationen mit anderen Messeveranstaltern für Messen im Ausland geschlossen und das Auslandsvertretungsnetz weiter ausgebaut. Das Geschäftsfeld Internationale Standortberatung habe weitere Aufträge hinzugewonnen. Der neue Eingang Nord-West sei fertig gestellt und gehe 2010 in Betrieb.

190 Mio. Euro Umsatz

Zum Ergebnis des Messejahres 2009 führte Wutzlhofer aus, dass es am Messeplatz München insgesamt 18 Veranstaltungen der Messe München, sieben Veranstaltungen der Gesellschaft für Handwerksmessen und mehr als 280 Gastveranstaltungen in den Hallen der Neuen Messe München, im Internationalen Congress Center München (ICM) und im Münchner Order- und Veranstaltungszentrum (M.O.C.) gegeben habe.

„Die Messe München GmbH (MMG) wird nach jetzigem Stand im Messejahr 2009 einen Umsatz von 190 Millionen Euro erzielen“, berichtete Wutzlhofer über das vorläufige Ergebnis. „Der Messe München Konzern (MMI) schließt das Jahr 2009 voraussichtlich mit einem Umsatz von ca. 215 Millionen Euro ab. Darin sind die Umsätze der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften enthalten, also die des internationalen Messe- und Ausstellungsdienstes IMAG, der Meplan GmbH sowie der ausländischen Beteiligungsgesellschaften. Über 19 Millionen Euro Umsatz wurden im Ausland erwirtschaftet. Dies entspricht einem Anteil von neun Prozent am Gesamtumsatz.“

Die Messe München GmbH werde im Geschäftsjahr 2009 ein Jahresergebnis aus dem Messebetrieb (EBITDA) von voraussichtlich 33 Millionen Euro erreichen. Insgesamt werde aufgrund der Finanzierungsstruktur der Messeverlegungskosten ein zusätzlicher Kapitaldienstbedarf von 25 Millionen Euro ausgewiesen, der durch den dafür vorgesehenen Gesellschafterzuschuss ausgeglichen wird.

Rund 33.000 Aussteller aus 104 Ländern, so der Geschäftsführer, hätten die Veranstaltungen am Messeplatz München genutzt. Die Messen und Ausstellungen der MMG verzeichneten im Vergleich mit den Vorveranstaltungen minus vier Prozent bei den ausstellenden Unternehmen. Dies entspreche dem vom Ausstellungs- und Messeausschuss der Deutschen Wirtschaft AUMA ermittelten Bundesdurchschnitt. Der Auslandsanteil liege bei den MMG-Messen bei 39 Prozent.

Zum Besucheraufkommen des Jahres 2009 berichtete Wutzlhofer, dass nach vorläufigen Be-

rechnungen rund 1,8 Millionen Besucher aus 201 Ländern zu den Veranstaltungen am Messeplatz München gekommen seien. Die MMG-Messen hätten im Vergleich mit den Vorveranstaltungen einen Besucherrückgang von fünf Prozent. Damit liege man unter dem Bundesdurchschnitt von minus acht Prozent. Der Anteil der ausländischen Besucher belaufe sich auf 25 Prozent.

12-facher Umschlag

Hinsichtlich der Flächen seien durch die Messen und Ausstellungen rund 2,3 Millionen Quadratmeter Fläche brutto belegt worden. Bezogen auf die Brutto-Hallenfläche des Messeplatzes München ergebe sich ein 12-facher Umschlag. Eine durchgängig gute Belegung auch in schwierigem Marktumfeld könne das Internationale Congress Center München ICM ausweisen. Zu den insgesamt 136 Kongressen, Tagungen und Events seien rund 130.000 Besucher und Fachleute aus aller Welt gekommen.

Zum Auslandsprogramm erläuterte Wutzlhofer, dass im Jahr 2009 insgesamt 37 Messen und Messebeteiligungen durchgeführt worden seien, darunter elf Veranstaltungen der Messe München GmbH und 26 Messen und Messebeteiligungen ihrer Tochtergesellschaft IMAG - Internationaler Messe- und Ausstellungsdienst. Eine Reihe von Veranstaltungen wie z. B. die ipso china, habe trotz der Krise deutlich zugelegt.

Klaus Dittrich, Geschäftsführer und designierter Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München GmbH gab im Anschluss eine Vorschau auf das Messejahr 2010. Nach derzeitigem Stand werden insgesamt 49 größere Messen und Ausstellungen in der Neuen Messe München und im M.O.C., stattfinden. Darunter 17 Veranstaltungen der

Messe München GmbH, sieben Veranstaltungen der GHM sowie 25 große Gastveranstaltungen. Darüber hinaus gebe es voraussichtlich etwa 300 kleinere Kongresse und Veranstaltungen im ICM, im M.O.C. und in der Neuen Messe München.

Dittrich wies besonders auf die BAUMA und die IFAT hin und erklärte: „Ein Highlight wird die Weltmesse der Bauindustrie BAUMA, die in der zweiten Aprilhälfte stattfindet. Sie ist komplett ausgebucht, hat eine Warteliste von ca. 300 Firmen und belegt die Rekordfläche von 555.000 Quadratmetern. Eine Turnusverkürzung von drei auf zwei Jahre wurde bei der Umwelttechnologiemesse IFAT beschlossen. Sie findet deshalb 2010 bereits im September statt. Schon jetzt verzeichnet sie eine rege Nachfrage nach Ausstellungsfläche.“ Nicht zuletzt der Erfolg der BAUMA mache deutlich, dass sich die internationalen Leitmesse auch in Krisenzeiten als außerordentlich stabil erweisen.

Neu im Jahr 2010 sei indes die Publikumsveranstaltung BIO MESSE MÜNCHEN im Juni. Sie zeige die gesamte Wertschöpfungskette von ökologischen Nahrungsmitteln und Naturkosmetik. Auch werde der Ökumenische Kirchentag im Mai ein weiteres Großereignis sein, das alle Hallen der Neuen Messe München belege.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Zum 60. Geburtstag von Landrat Georg Huber:

Kämpfer, Partner, Freund

Mit rund 300 geladenen Gästen feierte der Mühldorfer Landrat Georg Huber in der Aula der Berufsschule seinen 60. Geburtstag. In zahlreichen Würdigungen wurde der Jubilar als Politiker beschrieben, der den Menschen in den Mittelpunkt seines Handelns stellt. Dies wiederum werde von den Bürgern goutiert: „Wer braucht schon einen Monarchen, wenn er den Landrat zu seinem König erheben kann?“, bemerkte hierzu Regierungspräsident Christoph Hillenbrand.

Geboren am 6. Januar 1950, erlernte Georg Huber den Beruf des Maurers. Von 1982 bis 2002 leitete der CSU-Politiker ein Planungsbüro. 1981 wurde der zweifache Familienvater und stolze Großvater zum ehrenamtlichen 1. Bürgermeister der Gemeinde

Liebe Leserinnen und Leser,

der Digitalfunk für unsere Hilfsorganisationen kommt!

Schwierige Verhandlungen sind dem nun gefundenen Kompromiss vorausgegangen, in deren Verlauf der bisherige Innen-Staatssekretär Bernd Weiß von seinem Amte zurückgetreten ist. Dabei stellt der Digitalfunk einen Meilenstein in der Kommunikation unserer Hilfsorganisationen dar.

Die Vorteile sind u. a. die bessere Sprach- und Empfangsqualität und die Möglichkeit von Gruppenkommunikationen. Aber auch die Datenübertragung von Fingerabdrücken und Fahndungsfotos, die Übertragung der Vitalfunktionen von Einsatzkräften mit

Der Digitalfunk kommt!

Atemschutzgeräten wie Herz- und Atemfrequenz oder die verbleibende Restluft in einer Pressluftflasche sind mit dem Digitalfunk möglich. Kurz gesagt der digitale Funk entlastet die Einsatzkräfte und wird nach kurzer Zeit nicht mehr wegzudenken sein.

Als Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung in Bayern (KPV) freut es mich, dass nach mehreren Gesprächen mit den Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags Dr. Uwe Brandl, des Bayerischen Städtetags Hans Schaidinger und des Bayerischen Landkreistags Theo Zellner sowie Finanzminister Georg Fahrenschon und Innenminister Joachim Herrmann letztendlich ein guter Kompromiss für Alle gefunden werden konnte.

Dabei werden die jährlichen Betriebskosten



Kolumne
Stefan Rößle

in Höhe von ca. 36 Millionen Euro zu 60 Prozent vom Freistaat getragen, 20 Prozent entfallen jeweils auf die Rettungsdienste und die Freiwilligen Feuerwehren. Für letztere müssten die Kommunen damit 7,6 Millionen Euro Betriebskosten aufbringen. Diese werden aber auf jährlich 3 Millionen Euro gedeckelt, da die kommunalen Vertreter ihre Unterstützung bei der Standortsuche für die notwendigen Funkmasten zugesagt haben, so dass geeignete Grund-

stücke mietfrei überlassen werden. Dieser Betriebskostenanteil der Kommunen ist akzeptabel, zumal wir bislang schon ca. 1,6 Millionen Euro jährlich für den Analogfunk aufbringen mussten. Insbesondere dem Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags ist es zu verdanken, dass sich der Freistaat Bayern darüber hinaus mit 80 Prozent an der Beschaffung der Endgeräte beteiligt. Ursprünglich war angedacht, dass die Kommunen die Endgeräte in Höhe von ca. 100 Millionen Euro alleine besorgen und der Freistaat Bayern dafür die Betriebskosten übernimmt. Mit der jetzt gefundenen Lösung sollte endgültig ein Schlussstrich unter die schwierigen Verhandlungen gezogen werden, zumal das Ergebnis sicherlich nicht zum Nachteil der kommunalen Haushalte ist.

Die KPV dankt dabei allen Verhandlungsführern für die jetzt gefundene Lösung. Ist dies doch ein positives Zeichen für alle unsere ehrenamtlichen Helfer und ein sinnvolles neues Arbeitsmittel zum Schutz und zur Rettung von Menschenleben.

Herzliche Grüße
Ihr Stefan Rößle

ist nach Christoph Hillenbrands Worten „Motor des Landkreises“. Lobend erwähnte der Regierungspräsident auch die von Huber anlässlich seines Geburtstags initiierte Stiftung „Mehr Licht für Kinder“, die Minderjährige mit sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schwierigkeiten unterstützen soll.

Grüßworte und Gratulationen kamen zudem vom stellvertretenden Bezirksvorsitzenden der CSU, Erdings Landrat Martin Bayerstorfer, MdB Stephan Mayer, dem Sprecher der Oberbayerischen Landräte Thomas Karmasin (Fürstenfeldbruck) und von Dr. Karl Dürner, Hubers Nachfolger als Bürgermeister von Schwindegg und Vorsitzender des Gemeindetages im Landkreis Mühldorf. Staatssekretär Dr. Marcel Huber schickte seine Grüße per Videobotschaft.

„Verein für klare Sprache“

Martin Bayerstorfer zufolge ist Georg Huber die Kommunalpolitik auf den Leib geschrieben. Er gehöre dem „Verein für klare Sprache“ an, sei durchsetzungsfähig und ein Kämpfer für alle Belange der kommunalen Familie. MdB Mayer charakterisierte den Landrat mit den Worten „Kämpfer, Partner, Freund“.

Landrat Karmasin lobte Huber als einen Politiker, der seine Überzeugungen nachhaltig vertritt, gleichzeitig aber nie den Sinn für die praktische Realisierbarkeit seiner Ideen verliere. Dr. Karl Dürner schließlich bezeichnete den durchsetzungsfähigen und visionären Kommunalpolitiker als einen „immer verlässlichen Partner“ der Städte und Gemeinden im Kreis Mühldorf.

Der Jubilar selbst dankte insbesondere seiner Familie für die stets gewährte Geduld und Unterstützung. Auch mit 60 wolle er „noch voran“.

Launig moderiert wurde die Geburtstagsfeier von Mühldorfs Bürgermeister Günther Knoblauch und der stellvertretenden Landrätin Eva Köhr. Sie zeigten in einer amüsanten Bildershow, wie Landrat Georg Huber sich darstellt. Als „ein Mensch mit Ecken und Kanten“, wie der Jubilar selbst von sich sagt. **DK**

Wechsel an der Messespitze

Bei einer Feierstunde zum Wechsel an der Spitze der Messe München hat Ministerpräsident Horst Seehofer die herausragende Bedeutung leistungsstarker Messen für den Erfolg eines Wirtschaftsstandortes hervorgehoben und eine verbesserte Verkehrsanbindung der Messe angekündigt. Seehofer zufolge leistet die Messe München einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg des Freistaates Bayern. Als Top-Adresse unter den führenden Messeplätzen der Welt ist sie „Bayerns Angebot zur internationalen Zusammenarbeit, Impulsgeber für die Wirtschaft und hat eine wichtige Bündelungsfunktion für die Zukunftstrends der globalen Wirtschaft“.

Im Freistaat Bayern habe die Messe München einen starken Partner, führte Seehofer aus. „Mit unserer bayerischen Standort- und Infrastrukturpolitik werden wir die Messe weiter nachhaltig stärken.“ Der Ministerpräsident verwies darauf, dass die Staatsregierung seit 1994 knapp 470 Millionen Euro in die Weiterentwicklung der Messe München investiert habe. Gerade bei der guten verkehrsmäßigen Erreichbarkeit, einem entscheidenden Standortfaktor für eine starke Messe, werde sich die Staatsregierung mit dem bisher Erreichten nicht zufrieden geben, bekräftigte Seehofer. „Insbesondere wollen wir die Erreichbarkeit der Messe aus Richtung Osten durch den Weiterbau der A 94 verbessern.“

Dem scheidenden Messechef Manfred Wutzlhofer dankte Seehofer für seine herausragende Leistung und wünschte dem Nachfolger an der Spitze der Messe München, Klaus Dittrich, viel Erfolg für die Zukunft. Seehofer: „Manfred Wutzlhofer hat als bayerische Geheimwaffe und erfolgreicher Kapitän dafür gesorgt, dass die Messe München nur eine Richtung kennt: Aufwärts!“ Dem neuen Messechef wünschte Seehofer eine glückliche Hand, um die Chancen der Zukunft zu nutzen und bot ihm eine vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Staatsregierung an.

Wirtschaftsminister Martin Zeil nannte Wutzlhofers Bilanz „mehr als beeindruckend“. So habe sich dieser von Anfang an für die Modernisierung und erfolgreiche Vermarktung des Messegeländes eingesetzt und ein internationales Netzwerk von Vertretungen und Beteiligungsgesellschaften aufgestellt. **DK**

Schwindegg gewählt, 2002 zum „Landkreischef“ in Mühldorf. Huber fungiert zudem als Mitglied des KPV-Bundesvorstandes, stellvertretender KPV-Landesvorsitzender Bayern und als oberbayerischer Bezirksvorsitzender. Er ist Mitglied der Kreisvorschank der CSU im Landkreis Mühldorf a. Inn, 1. Vorsitzender des Vereins Mühldorfer Netz Leben an Inn, Isen und Rott e.V., Vorsitzender des Kreisverbandes für Gartenbau und Landespflege des Landkreises Mühldorf und Stellvertretender Vorsitzender des Fördervereins „Innsalzach Sommer“.

Näher am Menschen

Am Anfang seiner Amtszeit als Landrat standen nach eigenem Bekunden „Visionen, die in großem Maße in konkrete Ziele umgewandelt und schließlich auch umgesetzt wurden“. Nun gelte es, den eingeschlagenen Weg unter dem Motto „Näher am Menschen“ weiter aktiv und innovativ zu verfolgen – „zum Wohle unserer Region, unserer Heimat und unserer Bürgerinnen und Bürger“.

Die Landkreisverwaltung soll Partner für den Bürger sein – Stichwort Dienstleistungsorientierung. Seit Anfang 2007 gibt es einen offiziellen Fachbereich „Bürgerservice“. Wo früher nur eine Telefonzentrale war, befindet sich jetzt eine ansprechende Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger. Hochqualifiziertes Personal berät zentral und vermittelt die Kontakte.

Außerdem wurde im selben Jahr in Haag ein Bürgerbüro eröffnet. „Ortsnah“ können die Bürger aus dem westlichen Landkreis Dienstleistungen des

Landratsamtes in Anspruch nehmen. Weitere Bürgerbüros werden, dort wo es sinnvoll, wirtschaftlich, wichtig ist und wo dies von den Städten und Gemeinden gewollt ist, gemeinsam eingerichtet.

Von Reaktion zu Prävention

„Von der Reaktion zur Prävention“ lautet das Motto im Sozial-



Landrat Georg Huber. □

bereich. In der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe setzt der Landkreis auf früh ansetzende, ambulante Hilfen wie sozialpädagogische Familienhilfen und Erziehungsbeistandschaften. Die Jugendsozialarbeit an Schulen wurde ebenfalls ausgebaut. Mittlerweile sind drei Hauptschulen abgedeckt. Mit der Plattform „Eltern im Netz“ bietet das Amt für Jugend und Familie auch eine Informations- und Beratungsmöglichkeit über das Internet.

Reinste Form der Kommunalpolitik

Regionalentwicklung ist für Georg Huber „die reinsten Form der Kommunalpolitik“. „Nur eine Region, die bereit ist, sich zu verändern, hat Zukunft und kann sie positiv mit seinen Menschen gestalten!“, so der „Vollblutpolitiker“ und „Bürgerlandrat“, wie er von einigen Laudatoren im Rahmen der Feierstunde bezeichnet wurde.

Der „gut geerdete Oberbayer“

„Ländlicher Raum im Fokus“

Kabinetts beschließt monatliche Schwerpunktsitzung

Die Bayerische Staatsregierung rückt den Ländlichen Raum noch stärker in den Fokus ihrer Arbeit. Der Ministerrat hat beschlossen, die Interessen des Ländlichen Raums einmal im Monat in den Mittelpunkt der Kabinettsitzung zu stellen. Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin und Vorsitzende des Staatssekretärausschusses „Ländlicher Raum in Bayern“ Katja Hessel: „Ich freue mich, dass die Themen, die die Menschen im Ländlichen Raum bewegen, in 2010 regelmäßig auf der Tagesordnung des Kabinetts stehen. Damit bearbeiten wir systematisch die dringenden Zukunftsaufgaben für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land. Oft können die Herausforderungen nur gemeinsam gemeistert werden.“

Hessel weiter: „Ich bin mir sicher, dass wir durch die Kabinettsbehandlungen zum Beispiel bei der Versorgung der ländlichen Gebiete mit Ärzten, Schulen und schnellem Internet zügig weiter vorankommen werden.“

In den Kabinettsitzungen soll

nicht nur die aktuelle Situation im Ländlichen Raum genau analysiert werden.

Handlungsoptionen

Es werden auch Handlungsoptionen erörtert. Hessel: „Wir wer-

Traditionen erneuern...

(Fortsetzung von Seite 1)

Veränderung, Erneuerung und Weiterentwicklung. „Momentan verhalten wir uns sehr ängstlich, weil wir Sicherheiten suchen. Als wäre es das Beste, alles festzuhalten und zu zementieren. Um die Fehlentwicklungen in der Vergangenheit zu korrigieren und die Zukunftsaufgaben zu bewältigen, müssen wir uns aber verändern“, forderte Glück.

Spitzenforschung nötig

Beispielsweise werde die Spitzenforschung benötigt, „um hoffentlich Lösungen zu finden, wie in einigen Jahrzehnten eine verfügbare, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung aussehen kann“. Das wisse momentan niemand. Auch in vielen anderen Bereichen wie beispielsweise der Energieeffizienz gebe es ein gigantisches Feld notwendiger technischer Innovationen. „Wir müssen die kreativen und unternehmerischen Kräfte fördern, sonst haben wir keine Chance, die anstehenden Aufgaben in ihrer Dichte zu bewältigen“, so der CSU-Politiker.

Neben der Dynamik werde aber auch Stabilität benötigt. Diese werde gefördert durch die Themen jenseits von Angebot und Nachfrage, die Qualität unseres Zusammenlebens. „Und die ist bekanntlich ohne bürgerschaftliches Engagement nicht zu gestalten. Es ist die Bedeutung der Kultur, der Identität, die Frage was uns bei aller Vielfalt in einer modernen Gesellschaft zusammen hält“, betonte Glück.

Diese neue Qualität des Miteinanders von Bürger und Staat werde allerdings nicht durch mehr Volksentscheide gelöst und auch nicht mit mehr punktuellen Anspruch auf Mitbestimmung. Beim Regelwerk der Dorferneuerung in Bayern arbeiteten Politik, Fachwelt und Bürger zusammen – für Alois Glück „das Glanzbeispiel schlechthin“.

Dynamik und Verwurzelung

Laut Dr. Thomas Röbbke, Geschäftsführer Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, lebt dieses von zwei „Zuständen“: „von Dynamik und von Verwurzelung“. Der eine stehe für Lebendigkeit, Innovation und schnelle Anpassungsfähigkeit an geänderte Lebenslagen, der andere für Halt und Tradition. Wenn das Mischungsverhältnis dieser beiden gut sei, dann könne dies ungeahnte Energien freisetzen, meinte Röbbke.

All das zeige, „dass wir unsere Traditionen nur dann am Leben erhalten können, wenn wir sie zeitgemäß weiterentwickeln und dies auch ernsthaft mit Personal, Ressourcen und Wissen unter-

stützen“. Der Engagementatlas 09 beispielsweise wage einige Prognosen über die zukünftige Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements, die sehr nachdenkenswert seien. So nimmt er an, dass sich eine Verschiebung der Aktivitäten ergeben wird. Kirchliches und religiöses Engagement wird deutlich zurückgehen, gewinnen werden Themen wie Kinder, Alter und Pflege, Gesundheit und Geselligkeit und Nachbarschaftshilfen. Es gibt auch noch ein großes Potenzial an Menschen, die sich engagieren würden, es aber noch nicht tun - vor allem bei den 50 bis 75-Jährigen, die in der Regel körperlich fit sind und große Erfahrungen aus dem Berufs- und Familienleben mitbringen.

Ehrenamtliche Basis

„Was in Sachen nachhaltige Bürgerkommune möglich ist, ist in der Broschüre „Agenda 21 - 21 gute Beispiele aus einem Modellvorhaben“ dargestellt, hob Umweltstaatssekretärin Melanie Huml hervor. In der oberpfälzischen Gemeinde Pettendorf z. B. habe man in über 2.000 Stunden ehrenamtlicher Arbeit in vier Ortsteilen Spielplätze gestaltet. Das freude die Kinder und den Kämmerer. In Neumarkt wiederum sei ein Bürgerhaus entstanden. Auf ehrenamtlicher Basis seien viele wertvolle Angebote möglich geworden - von der Kleinkindbetreuung über Angebote für Schüler, Familien und Senioren bis zu Hilfen für ausländische Mitbürger.

Die nachhaltige Bürgerkommune bedeute aktive Mitgestaltung der Zukunft durch alle Bürgerinnen und Bürger, so Huml. Sie sei „kein Oppositionsinstrument und keine Plattform für Politisierung“. Den gewählten Repräsentanten dürften und sollten keine Parallelgremien vor die Nase gesetzt werden. Ihre kommunalrechtliche Verantwortung für ihre Entscheidungen bleibe unberührt und müsse es auch bleiben. „Wenn wir diese Eckpunkte beherzigen, werden wir den Weg zur nachhaltigen Bürgerkommune erfolgreich gehen können“, zeigte sich die Staatssekretärin überzeugt.

Fünf parallele Workshops zu den Themen „Neue Kooperationen“, „Projekte des sozialen Zusammenhalts“, „Neue Anlaufstellen im ländlichen Raum“, „Klimaschutz als Impulsgeber für neue Kooperationen zwischen Kommune und Bürgern“ und „Aufbau von Netzwerken für eine nachhaltige Bürgerkommune“ sowie eine Führung durch das Bürgerhaus Neumarkt rundeten die informative Tagung ab. **DK**

den ganz konkrete Ziele formulieren und die nötigen Maßnahmen diskutieren. In vielen Fällen wird es sich anbieten, die Vorschläge zunächst in den Beispielregionen des Staatssekretärausschusses umzusetzen.“ Der Staatssekretärausschuss wird die Themen des Kabinetts vorab beraten und vorbereiten. Hessel: „Der Ländliche Raum muss Vorfahrt haben. Der Staatssekretärausschuss kennt durch die Sitzungen vor Ort die Situation und die Wünsche der Menschen in den ländlichen Gebieten sehr gut. Wir werden weiterhin darauf achten, dass wirklich die Interessen des Ländlichen Raums im Mittelpunkt stehen.“

Verschiedene Schwerpunkthemen

In den kommenden Monaten werden unter anderem folgende Themen auf der Tagesordnung der monatlichen Schwerpunktsitzung des Kabinetts stehen:

- ▶ Ärzteversorgung im ländlichen Raum
- ▶ Schulversorgung im ländlichen Raum
- ▶ Bayerweite Stärkung der Fachhochschulstandorte
- ▶ Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur
- ▶ Stärkung der Innenstädte und Ortskerne / Innenentwicklung
- ▶ Energienutzung und -erzeugung im Ländlichen Raum
- ▶ Regional- und Innovationsförderung, Arbeitsmarkt
- ▶ Bürgerschaftliches Engagement in den Bereichen Soziales, Kultur, Kunst und Sport
- ▶ Tourismus
- ▶ Interkommunale Zusammenarbeit

Wunsch nach...

(Fortsetzung von Seite 1)

Stumpf zufolge „war es ein falsches Signal, dass im Jahr 2002 im Zuge der Reform der Approbationsordnung die Studienkapazitäten reduziert wurden“. Erschwerend komme hinzu, dass die Zahl der Aussteiger, also jener, die sich während des Studiums umorientieren, ansteigt. Somit sei auch das Auswahlverfahren für das Medizinstudium zu überprüfen. Die Zuständigkeit, hier einzugreifen, liege weitgehend bei den Ländern. Erste Signale, hier aktiv zu werden, hätten die Krankenhäuser erhalten. Bleibe zu hoffen, „dass dem nun rasch ein entschlossenes Handeln folgt“.

Ärztmangel droht

Schon allein wegen des drohenden Mangels an ärztlichem Personal sei es unverzichtbar, die strikte Trennung von ambulanten und stationärem Bereich aufzubrechen und die personellen Ressourcen und das Know-how beider Sektoren zu bündeln, um eine adäquate Patientenversorgung weiterhin zu gewährleisten, stellte der Vorsitzende fest. Übergreifende, integrierte Behandlungsabläufe, gebündeltes Wissen, kurze Wege, ein besserer Informationsfluss - all dies bedeute Qualitätssteigerung und liege eindeutig im Patienteninteresse.

Absage an Preiswettbewerb

Eine klare Absage erteilte Stumpf den Ideen um einen Preiswettbewerb mit Rabattverträgen zwischen Klinken und Krankenkassen. „Wenn der neue Gesundheitsminister Rösler die alten Ideen seiner Vorgängerin Ulla Schmidt wieder ausgräbt, um damit vielleicht sogar noch Einsparungen realisieren zu können, stehen Qualität und Planungssicherheit der gesamten stationären Gesundheitsversorgung auf dem Spiel.“

Besonders an Bayerns Gesundheitsminister Dr. Markus Söder erging die Forderung

„Unterstützung aus Berlin für bayerische Verkehrsprojekte“

In einem Spitzengespräch erörterten Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer und Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil in Berlin mehrere für Bayern zentrale Bahnthemen.

„Ich habe die Gelegenheit genutzt, dem Bundesverkehrsminister die Ergebnisse der von der Staatsregierung beauftragten Untersuchungen zur Flughafenanbindung und zur zweiten S-Bahn-Stammstrecke vorzustellen. Gemeinsam wollen wir jetzt zügig ein Realisierungs- und Finanzierungskonzept für ein zukunftsfähiges Schienensystem im Großraum München aufstellen“, fasst Verkehrsminister Zeil einen zentralen Aspekt des Gesprächs zusammen. „Wir haben heute eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Jetzt gilt es, die Weichen richtig zu stellen“, betonten Ramsauer und Zeil nach dem einstündigen Gespräch.

Ansprechpartner in Berlin

„Für den Freistaat ist es gut, dass wir jetzt in Berlin einen neuen Ansprechpartner für dringende Neu- und Ausbaumaßnahmen im Schienenbereich haben. Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam ein klares Zielkonzept für die notwendigen Maßnahmen entwickeln und in verkehrlich sinnvollen Schritten umsetzen können“, so Zeil weiter. Besprochen wurde neben den Vorhaben im Großraum München unter anderem das weitere Vorgehen auf der trans-europäischen Magistrale Paris -

Bratislava. Die bayerischen Abschnitte dieser TEN-Strecke laufen von Neu-Ulm bis Freilassing. Der Ausbau der Strecke von München über Freilassing nach Salzburg hat besondere Bedeutung sowohl für die Anbindung des Münchener Flughafens als auch zum bayerischen Chemiedreieck. Beide Minister wiesen auf die besondere Bedeutung dieser Strecke als Entlastung des künftigen Zulaufs des Brennerbasistunnels hin. Zeil betonte in Berlin auch die große Bedeutung der Elektrifizierung der Strecken Nürnberg - Hof und Regensburg - Hof für den Freistaat.

Der Bund lässt zurzeit die Vorhaben des Bedarfsplans Schiene überprüfen, der auch die genannten Strecken betrifft. Ergebnisse werden im Frühjahr 2010 erwartet. „Wir wollen, dass das vom Bayerischen Kabinetts grundsätzlich gebilligte Zukunftskonzept für den Bahnknoten München

bei den Ergebnissen der Untersuchung Berücksichtigung findet. Es geht darum, umgehende konkrete Finanzierungs- und Realisierungsschritte zu vereinbaren“, so Zeil.

Neue Akzente

Er sei überzeugt, dass der Bund neue Akzente im Schienenbereich setzen werde. Ein wichtiger Akzent ist die Finanzierung von Planungen aus einem Bundesbudget, für die sich Bayerns Verkehrsminister Zeil massiv eingesetzt hatte. „In unserem heutigen Gespräch habe ich konkrete Vorschläge unterbreitet, um von der Möglichkeit der Vorratsplanung möglichst umfassend Gebrauch zu machen und dabei auch unsere bayerischen Vorhaben zu berücksichtigen“, so Zeil. Bundesverkehrsminister Ramsauer betonte, dass die bayerischen Projekte als internationale, vor allem aber als europäische Vorhaben besondere Aufmerksamkeit erfordern. **DK**

Mehr Licht als...

(Fortsetzung von Seite 3)

Für die Messe München GmbH sei im Jahr 2010 entsprechend der turnusbedingten Zusammensetzung des Messeprogramms voraussichtlich ein Umsatz von 241 Millionen Euro zu erwarten. Im Ausland wird laut Dittrich die Messe München International mit einer starken Vertriebsmannschaft ein qualitativ hochwertiges Messeprogramm mit 45 Messen und Messebeteiligungen durchführen.

Dittrichs Resümé: „Durch die weltweite Krise wird auch 2010 eine Herausforderung für uns sein, der wir mit guten und zu-

kunftsreichen Messekonzepten, mit ausgezeichnetem Service und mit Mitarbeitern, die den Bedarf ihrer Kunden kennen, begegnen. Gerade in schwierigen Zeiten zeigt sich die Bedeutung internationaler Fachmessen für die globale Wirtschaft, da die teilnehmenden Akteure hier weltweite Wirtschaftsaktivitäten auslösen. Darüber hinaus sind Messen wichtige Motoren eines globalen Know-how-Transfers. Unsere Aufgabe für die Zukunft ist daher, auch weiterhin exzellente Plattformen für unsere internationalen Kunden bereit zu stellen.“ **DK**

Reformen anpacken!

(Fortsetzung von Seite 1)

training im Internet, Ausbau von Polizeipräsenz und Sicherheitskräften im ÖPNV sowie um die konsequente Vernetzung von Akteuren wie Erzieher, Justiz, Jugendamt, Polizei, Kommunalverwaltung, Schulen und Sportverbänden. Nicht zuletzt müsse sich der Rat auch damit befassen, wie eine bessere Gewaltprävention finanziert werden könnte.

Die Entbürokratisierung des Vergaberechts steht laut Städte- und Gemeindebund ebenso auf der Tagesordnung wie das Thema Klimaschutz. Der Klimaschutz sei fester Bestandteil einer verantwortungsvollen Kommunalpolitik. Aktive Gestalter seien die Städte und Gemeinden insbesondere in ihrer Eigenschaft als Planungsträger zur Bereitstellung Erneuerbarer Energien (Windkraft, Photovoltaik, Biomasse etc.), als Lieferant (Stadtwerke) und Verbraucher von Energie (Öffentliche Gebäude und Beleuchtung etc.) sowie als größter öffentlicher Auftraggeber. Daneben motivierten die Kommunen als bürgernächste Ebene Privathaushalte und Unternehmen zu eigenen Klimaschutzbeiträgen.

Erfolgreiche Klimapolitik

Eine erfolgreiche Klimapolitik der EU, des Bundes und der Länder muss nach Ansicht des Städte- und Gemeindebundes die in den Städten und Gemeinden vorhandenen Potenziale stärker unterstützen. Die gezielte Förderung kommunaler Investitionen zur energetischen Sanierung von Schulen und Kindergärten im Rahmen des Konjunk-

turpaktes II „war und ist ein gutes Beispiel eines effektiven Klimaschutz“. Diese Investitionen schützen das Klima und senken die Energiekosten. Sie förderten zudem die ortsansässige und mittelständische Wirtschaft und sicherten Arbeitsplätze. Perspektivisch biete insbesondere die Elektromobilität ein erhebliches Klimaschutzpotenzial, das sich durch die Förderung kommunaler Konzepte realisieren lasse.

Nationale Aufgabe

Last but not least stehen auch die Sicherung der Kommunalen Daseinsvorsorge als nationale Aufgabe und die Forderung nach mehr kommunalem Einfluss im Ausschuss der Regionen auf der Agenda. Die Vergrößerung des Ausschusses der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Europäischen Union (AdR) stärke den Einfluss auf die Politik der Europäischen Union.

Der Vertrag von Lissabon hebe die bisherige starre Festlegung von 24 Sitzen im AdR für Deutschland auf. Über die zukünftige Größe der deutschen AdR-Delegation und deren Zusammensetzung sei daher neu zu befinden, auf Vorschlag der Kommission durch einstimmigen Beschluss des Rates. Es zeichne sich ab, dass die deutsche AdR-Delegation vergrößert werden wird. Darüber hinaus bekomme der AdR ein eigenes Klagerecht, um auch im „Namen der Städte und Gemeinden“ beim Europäischen Gerichtshof Klage einzureichen, wenn die EU ihre Kompetenzen übermäßig ausübt und vor allem in das kommunale Selbstverwaltungsrecht eingreift. **DK**

Photovoltaik-Boom in Bayern ungebrochen

Werner Weigl aus Moos nimmt 100.000 Anlage
im E.ON Bayern Gebiet in Betrieb

Photovoltaikanlagen sind zurzeit einer der großen Renner: Während im Jahr 2007 im Netzgebiet von E.ON Bayern ein Zuwachs von rund 10.000 neuen Anlagen zu verzeichnen war, stieg die Anzahl der Neuanlagen in 2008 bereits auf 17.000 an. 2009 hat sich die Anzahl der Neuanschlüsse auf 35.000 erhöht und damit mehr als verdoppelt. Vor kurzem war es nun so weit: die 100.000 Photovoltaikanlage im Gebiet der E.ON Bayern AG ging in der niederbayerischen Gemeinde Moos ans Netz.

Werner Weigl, Eigentümer der neuen Anlage, nahm gemeinsam mit Hans Jäger, erster Bürgermeister der Gemeinde Moos, Christoph Henzel, Mitglied der Geschäftsleitung der E.ON Bayern AG und Horst Altenhofer, Leiter des zuständigen E.ON Bayern Netzcenters in Vilshofen, die Anlage in Betrieb.

gungen des Unternehmens den gewünschten Erfolg bringen und die derzeit verzögerte Bearbeitungsdauer wieder spürbar zurückgehen wird. In diesem Zusammenhang dankten Christoph Henzel und Horst Altenhofer den E.ON Bayern-Mitarbeitern und den beteiligten Dienstleistungsfirmen für deren hohe Einsatzbereitschaft. □

Immenses Engagement

„Die Menschen in Bayern können auf unser Know-how und unsere Einsatzbereitschaft im Bereich der regenerativen Energien vertrauen. Der Anschluss der 100.000 Photovoltaikanlage ist dafür ein sichtbarer Ausdruck. Gleiches gilt aber auch für andere regenerative Energien von Biogas bis Geothermie“, so Christoph Henzel. Er verwies zudem darauf, dass der Anschluss von 35.000 Neuanlagen im Jahr 2009 den Netzbetreiber E.ON Bayern vor immense Herausforderungen stellt: „Mit größtem Engagement arbeiten unsere Mitarbeiter und die beauftragten Dienstleistungsfirmen in den Regionen am Anschluss neuer Anlagen.“

Allerdings komme es aufgrund der Antragsflut zurzeit bei der Bearbeitung teilweise zu Verzögerungen. „Wir arbeiten intensiv daran, eine angemessene Bearbeitungszeit zu gewährleisten“, betont Henzel. „Dazu zählt auch ein erhöhter Personaleinsatz sowie die verstärkte Einbindung von Dienstleistungsfirmen.“ Horst Altenhofer, Leiter des E.ON Bayern Netzcenters in Vilshofen, zeigt sich überzeugt, dass die Anstren-

Poing:

Fernwärme- Versorgung wird ausgeweitet

Das Poinger Wohngebiet W5, Zauberwinkel, wird mit Beginn der Heizperiode 2010/2011 mit umweltfreundlicher Fernwärme aus dem Geothermie-Projekt der E.ON Bayern Wärme GmbH versorgt. Albert Hingerl, Erster Bürgermeister der Gemeinde Poing, Dr. Matthias Ottmann, Geschäftsführender Gesellschafter der Südhausbau Verwaltung, und für die E.ON Bayern Wärme GmbH Geschäftsführer Werner Dehmel und Robert Budde, Leiter Vertrieb, unterzeichneten den Rahmenvertrag über den Anschluss des Wohngebietes an das Fernwärmenetz.

Die Anschlussleistung für die rund 260 Wohneinheiten samt Kindertagesstätte beträgt 3,2 Megawatt, der jährliche Wärmebedarf liegt beim KfW 60-Standard bei etwa 4.700 Megawattstunden. Der Anschluss des neuen Wohngebietes an das bestehende, bisher 12,4 km lange Fernwärmenetz erfordert die Verlegung von 5,75 km zusätzlicher Leitungen. Dafür werden rund 2,7 Millionen Euro investiert. Mit den ersten Arbeiten wurde bereits im Zuge der Erschließungsarbeiten begonnen.

Mit Abschluss dieses Rahmenvertrages sowie der erfolgreichen Gewinnung weiterer bedeutender Kunden im Bereich der Gruber Straße konnte in Poing allein in diesem Jahr der Wärmeabsatz um fast 50 Prozent auf 48.000 MWh gesteigert werden. □

E.ON Bayern Vertrieb:

Stabile Gaspreise für Heizperiode 2009/2010 garantiert

Gute Nachrichten für Kunden der E.ON Bayern Vertrieb GmbH: Das Unternehmen garantiert Privat- und kleineren Gewerbekunden stabile Gaspreise bis mindestens Frühjahr 2010.

Im laufenden Jahr hatte E.ON Bayern Vertrieb die Gaspreise drei Mal um insgesamt mehr als 30 Prozent gesenkt. Pünktlich zum Beginn der Heizperiode im Oktober lag das Preisniveau für Kunden der E.ON Bayern Vertrieb damit auf dem niedrigsten Stand seit Sommer 2005. „Obwohl die Ölpreise seit längerem wieder anziehen, können sich unsere Kunden in diesem Winter und damit während der gesamten Heizperiode auf stabile Gaspreise verlassen“, sagte der für das Privatkundengeschäft zuständige Geschäftsführer der E.ON Bayern Vertrieb GmbH, Otmar Zisler.

Auch Strompreise bleiben stabil

Auch für Stromkunden von E.ON Bayern Vertrieb bleiben die Preise über den Jahreswechsel hinaus mindestens im ersten Quartal 2010 stabil. „Mit den Preisgarantien für Strom und Gas wollen wir unseren Kunden Planungssicherheit für den gesamten Winter geben“, so Otmar Zisler. □

Illumination:

Kommunen erstrahlen in neuem Licht

Und es werde Licht: E.ON Bayern und die Partnerfirmen Philips und Schröder verhelfen Gebäuden oder Straßenzügen in Ihrer Kommune zu nächtlichem Glanz. Bei der verwendeten Beleuchtungstechnik legen die Hersteller besonderen Wert auf innovative und energetisch sparsame Lichttechnik.

Gebäude so anzustrahlen und auszuleuchten, dass ihr Charakter auch bei Dunkelheit zur Geltung kommt, ist das Ziel der Illumination. Geeignet ist fast jedes Objekt, sowohl Gebäude wie Rathäuser oder Kirchen als auch Parkanlagen, Denkmäler oder Industrieschornsteine.

Licht schafft Atmosphäre. Es steigert die Lebensqualität der Einwohner und erhöht die Attraktivität der Stadt für Touristen. Gelungene Beispiele gibt es in der Region mittlerweile

reichlich. In Geiselhöring etwa werden zwei Fassaden – Rathaus und Bürgerhaus – mit Scheinwerfern eindrucksvoll in Szene gesetzt.

Bei der Lichtplanung legen die E.ON-Partner großen Wert auf innovative Leuchtmittel. Hier eignet sich besonders die LED-Technik, die sich neben Langlebigkeit auch durch geringen Energieverbrauch auszeichnet. Illumination ist also nicht nur schön, sondern kann auch sparsam sein. □

Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung optimieren? Wir machen das für Sie.



Haben Sie Probleme mit Ihrer Trinkwasserversorgungs- oder Kläranlage? Planen Sie Investitionen in diesem Bereich? Sprechen Sie einfach mit uns. Denn wir, die SüdWasser GmbH, sind darauf spezialisiert. Wir bieten Ihnen von der Beratung, Planung und Errichtung bis zum kompletten Betreiben der Anlagen eine breite Palette von Dienstleistungen und arbeiten dabei mit Behörden und Fachbetrieben vor Ort zusammen.

Mehr als 70 Kommunen profitieren bereits von unserem Know-how. Im Trinkwasserbereich sind das beispielsweise die Stadt Rehau, die Stadt Eschenbach i.d.OPf. und deren Siedlung „New-Town“. Bei der Abwasserentsorgung betreuen wir u.a. die Kläranlagen Oberhaid, Waldsassen und Emmerting.

Als regional verankertes Unternehmen haben wir uns mit einem qualifizierten Team erfolgreich auf dem bayerischen Markt etabliert. Wir entwickeln für Kommunen und Zweckverbände maßgeschneiderte Konzepte und Problemlösungen für die verschiedensten Anforderungen. Das macht uns zum kompetenten Partner für viele Formen der Zusammenarbeit und nachhaltige Kosteneinsparungen. Nutzen auch Sie unsere Möglichkeiten zu Ihrem Vorteil.

Wir sind für Sie da

SüdWasser GmbH
Nägelsbachstraße 38-40
91052 Erlangen
T 0 91 31-9 33 07 0
F 0 91 31-9 33 07 55 79
info@suedwasser.com

SÜDWASSER
Ein Unternehmen von E.ON Bayern

e-on | Bayern

Beitrag zum Klimaschutz:

Rund 4.000 Tonnen CO₂-Einsparung pro Jahr realisiert

Zwischenbilanz des Programms für mehr Energieeffizienz in Bayerisch-Schwaben

Rund 25.000 energiesparende Straßenleuchten in 166 Gemeinden, Energieausweise für rund 280 öffentliche Nicht-Wohngebäude in 78 Kommunen, mehr als 140 Energieberatungen, Energieeffizienz-Projekte an rund 50 Schulen in Bayern - dies sind einige Ergebnisse des Programms für mehr Energieeffizienz in Bayerisch-Schwaben, das die Lechwerke (LEW) 2008 gestartet haben. Durch die bereits umgesetzten Maßnahmen werden bereits jetzt rund 4.000 Tonnen klimaschädliches CO₂ pro Jahr eingespart. Weitere 5.000 Tonnen CO₂ pro Jahr könnten bei der Umsetzung energetischer Sanierungstipps für kommunale Gebäude eingespart werden.

Anlässlich des Klimagipfels der Vereinten Nationen, der in Kopenhagen stattfand, zogen die Lechwerke eine Zwischenbilanz der Initiative, in die LEW bis 2010 zehn Millionen Euro investiert. Die Lechwerke setzen das Programm im Rahmen des bundesweiten 150-Millionen-Euro-Energieeffizienzprogramms der RWE-Gruppe um.

Programminhalte

Die Inhalte des Programms beziehen sich auf sechs Bereiche, für die LEW nun Zwischenergebnisse vorlegt:

Energieeinsparungen bei öffentlichen Gebäuden: Im Rahmen des Programms wurde mit finanzieller Beteiligung der jeweiligen Gemeinden bei rund 280 öffentlichen Nicht-Wohngebäuden, etwa Schulen oder Rathäusern, ein umfangreicher Energiecheck durchgeführt. Ergebnis sind Energieausweise, die Auskunft über den spezifischen Energiebedarf eines Gebäudes geben sowie Hinweise für energetische Sanierungen enthalten. Bei Berücksichtigung aller Sanierungstipps können durch den geringeren Energieverbrauch bis zu 5.000 Tonnen CO₂ pro Jahr vermieden werden. Weitere Energieausweise werden derzeit erarbeitet.

Im Bereich der **Straßenbeleuchtung** unterstützt LEW Kommunen unter anderem bei der ener-

gieeffizienten Umrüstung der Lampen. Bis dato wurden bei knapp 25.000 Straßenleuchten in 166 Gemeinden in Bayerisch-Schwaben moderne Energiesparlampen eingesetzt. Der Stromverbrauch für die Straßenbeleuch-



Die LEW unterstützen Kommunen auch bei der energieeffizienten Umrüstung der Straßenbeleuchtung.

tion in den Gemeinden sinkt dadurch um rund 5,8 Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr – dies entspricht rund 3.300 Tonnen klimaschädlichem CO₂, das in der Erzeugung vermieden wird.

Im Rahmen des Programms unterstützt LEW auch Pilotprojekte im Bereich der **Straßenbeleuchtung**: So wurde in Kissing mit Unterstützung der LEW die

Straßenbeleuchtung in einem Neubaugebiet vollständig mit der neuen LED-Technologie ausgerüstet – als eines der ersten in ganz Bayern. LED-Leuchten brauchen bis zu zwei Drittel weniger Strom als herkömmliche Leuchten. Die Lechwerke fördern im Rahmen des Energieeffizienzprogramms auch **mittelständische Unternehmen** mit Energiesparkonzepten. Das so genannte Energiecontrolling hilft Energieeinsparpotenziale aufzudecken. Bei 38 Unternehmen ist die Technik bereits im Einsatz.

Wärmepumpen

Im Bereich der **Wärmepumpen** haben die Lechwerke ein Programm zur Technologieverbreitung und zur Schaffung von Marktanreizen aufgelegt. Die Wärmepumpe ist ein besonders effizientes und umweltfreundliches Heizsystem, das seine Energie zu 75 Prozent aus der Umwelt bezieht und dabei ganz ohne fossile Brennstoffe auskommt. Die Vorteile der Technik haben die Fachleute der LEW in Vorträgen auf Messen und bei Energieberatungen dargestellt. Außerdem wurde der Einbau von Wärmepumpen im privaten Umfeld und auch bei großen Projekten gefördert.

So wurden mehrere große Gewerbeobjekte und Wohnanlagen neu mit Wärmepumpen ausgerüstet. Im neuen Fußballstadion des FC Augsburg sorgen zwei Großwärmepumpen für die CO₂-neutrale Versorgung des Stadions mit Wärme – eines der weltweit ersten Stadien mit dieser Technik. Pro Jahr werden durch dieses innovative Energiekonzept rund 600 Tonnen CO₂ eingespart. Die Lechwerke haben das Konzept gemeinsam

mit den Stadtwerken Augsburg umgesetzt.

Der Einsatz für die Wärmepumpe zahlt sich aus, der Marktanteil des Heizsystems nimmt stetig zu – heute wird etwa jeder dritte Neubau, in manchen Neubaugebieten jeder zweite, mit einer Wärmepumpe ausgerüstet. Wesentlicher Bestandteil des Programms ist auch die **Informationskampagne Energieeffizienz** mit unterschiedlichen Beratungsleistungen, die persönlich, schriftlich oder über Online-Medien angeboten werden. Beispiele hierfür sind individuelle Beratungen bei Energieberatungen vor Ort, Veranstaltungen für Bauherren und Renovierer, die telefonische Beratung im Kundenservice oder die Online-Energieberatung via Internet.

Bis dato haben im Rahmen des Programms rund 140 Energieberatungen in ganz Bayerisch-Schwaben stattgefunden. **Projekte in Schulen** runden das LEW-Programm ab und verfolgen das Ziel, Schülerinnen und Schüler frühzeitig an das Thema Energieeffizienz heranzuführen. Im Vordergrund steht der Wettbewerb „Pack's an – gemeinsam geht's schlauer“. Das Konzept: Schüler sollen Projekte entwickeln und umsetzen, mit denen sie möglichst viele Menschen in ihrem Umfeld zum bewussten Umgang mit Energie bewegen.

Zweite Runde

2008 fand der Wettbewerb zum ersten Mal statt: Rund 50 Schulen in ganz Bayern nahmen teil. Derzeit läuft die zweite Runde des Wettbewerbs. „Für unsere Kunden und Partner sind wir die Experten für Energie – dieses Vertrauen wollen wir natürlich erfüllen. Gleichzeitig haben wir als fest mit der Region verbundenes Unternehmen ein ureigenes Interesse an unserer Umwelt. Auch deshalb stehen bei uns die Zukunftsthemen schonender Umgang mit Ressourcen und Klimaschutz ganz oben auf der Agenda“, begründet LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning das Energieeffizienzprogramm. □

Erdgaspreise unter dem Niveau von 2005

Nach drei Preissenkungen in Folge muss die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) ihre Erdgaspreise zum 1. Januar 2010 für ein Viertel der Kunden leicht erhöhen. Mit dem Plus von 0,14 Cent brutto pro Kilowattstunde sind die künftigen ESB-Preise immer noch unter dem niedrigen Niveau von 2005.

„Wir haben unsere Preise in diesem Jahr deutlicher als viele andere Energieversorger gesenkt. Die Kehrseite ist, dass wir jetzt wieder etwas erhöhen müssen“, erklärt Martin Heun, Leiter Handel und Vertrieb bei der ESB, den Hintergrund der Preisanpassung.

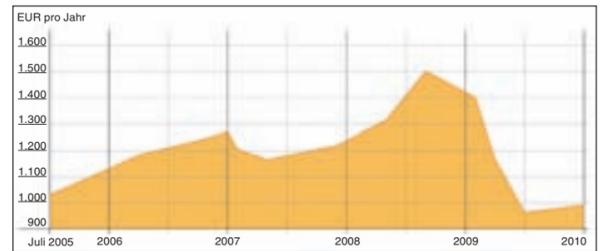
Drei Etappen

Seit Februar 2008 purzelten die ESB-Preise in drei Etappen für einen durchschnittlichen 3-Personen-Haushalt um rund 35 Prozent. Ab 1. Januar 2010 wird die Kilowattstunde um 2,7 Prozent beziehungsweise um 0,14 Cent brutto mehr kosten. Bei einem Jahresverbrauch von rund 20.000 Kilowattstunden schlägt dies mit 28 Euro pro Jahr zu Buche. Die Preisanpassung betrifft nur ein Viertel der ESB-Privatkunden. Wer sich zum Beispiel kürzlich für den FIX- oder CAP-Tarif ent-

schieden hat, profitiert von einer vertraglichen Preisgarantie mindestens bis zum 30. Juni 2010.

Verbesserter Service

Martin Heun: „Unsere Erdgaspreise sind ungefähr wieder auf einem Niveau von vor fünf Jahren - Service und Produkte haben sich dagegen enorm weiterentwickelt“. Nach der Einführung des günstigen Onlinetarifs „klick&spar“ zu Jahresbeginn, dem FIX- und dem CAP-Tarif im Juli, bietet die ESB seit Oktober auch CO₂-neutrales Erdgas an. Das Erdgas mit dem „Klimaplus“ ist für einen Aufschlag von 0,3 Cent (brutto) erhältlich und kann mit jedem Tarif beliebig kombiniert werden. **Mehr zu den ESB-Preisen und -Zusatzangeboten unter www.esb.de/privatkunden/preise-und-produkte/** □



Quelle: Erdgas Südbayern GmbH

Gemeinsam stark:

Drei bayerische Kommunen teilen sich ein Geothermie-Kraftwerk

Aschheim, Feldkirchen und Kirchheim sind „Energie-Kommunen“ des Monats Dezember

Die bayerischen Gemeinden Ashheim, Feldkirchen und Kirchheim sind für ihr gemeinsames Engagement als „Energie-Kommunen“ des Monats Dezember 2009 ausgezeichnet worden. Mit diesem Titel würdigt die Agentur für Erneuerbare Energien vorbildliche kommunale Energieprojekte und stellt sie unter www.kommunal-erneuerbar.de ausführlich vor.

Die drei benachbarten Gemeinden im Landkreis München bewiesen Mut zur Innovation, als sie 2008 das erste interkommunale Erdwärmeprojekt in Deutschland gründeten – die „AFK-Geothermie GmbH“. Das Ziel des Projekts: 85 Grad heißes Thermalwasser aus Tiefen von 2700 Metern unter dem Alpenvorland soll künftig die umweltfreundliche Wärmeversorgung von rund 80 Prozent der insgesamt 26.000 Einwohner gewährleisten.

Rund 6.000 Gebäude

„Wir spüren, dass die Bürger starkes Vertrauen in ihre Gemeinden setzen, die hinter diesem Projekt stehen“, freut sich Thomas Fröhlich, Geschäftsführer der AFK-Geothermie. Derzeit sind bereits 333 Gebäude an das Heizwerk mit 6,9 Megawatt Leistung angeschlossen, das Ende November 2009 seinen Betrieb aufnahm. Das Fernwärmenetz und die Energiezentrale werden kontinuierlich erweitert, so dass im Endausbau rund 6.000 Gebäude versorgt werden können.

Bestimmend für das Geothermievorhaben waren von Anfang an nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Motive: „Die Unabhängigkeit von Öl und Gas und somit die Hoheit über die Energiepreise steht für uns an zweiter Stelle, gleich hinter dem Klimaschutz-Argument“, betont Fröhlich. □

Das zukunftsweisende Konzept der drei Gemeinden erkannte auch die bundeseigene Förderbank KfW und gewährte der AFK-Geothermie GmbH ein Darlehen über 19,2 Millionen sowie einen Tilgungszuschuss von 6 Millionen Euro.

Die Kleinen ganz groß

„Ashheim, Feldkirchen und Kirchheim beweisen, dass auch kleine Kommunen gemeinsam Großes bewirken können“, betont Jörg Mayer, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien, anlässlich der Auszeichnung zur „Kommune des Monats“. „Erdwärme aus großer Tiefe zu nutzen, ist mit erheblichen Anfangsinvestitionen verbunden, die eine einzelne Kommune meist überfordern würden. Doch mit vereinten Kräften lässt sich damit eine absolut klimafreundliche und langfristig hoch profitable Energiequelle erschließen“, so Mayer.

Die Agentur für Erneuerbare Energien wird getragen von den Unternehmen und Verbänden der Erneuerbaren Energien-Branche und unterstützt durch die Bundesministerien für Umwelt und für Landwirtschaft. Sie betreibt die bundesweite Informationskampagne „deutschland hat unendlich viel energie“, die unter der Schirmherrschaft von Prof. Dr. Klaus Töpfer steht. □

„Guter Whisky braucht Zeit zum Reifen. Gutes Klima braucht aktiven Einsatz!“

Florian Stetter ist Inhaber von Slyrs, der einzigen Whisky-Destillerie in Bayern. Er hat sich für CO₂-neutrales Erdgas der ESB entschieden und ist damit ein Vorbild für den Klimaschutz.

ESB
Erdgas Südbayern



Entscheiden auch Sie sich jetzt für das CO₂-neutrale Erdgas der ESB mit Klimaschutzgarantie.

+++ Neutralisierung der gesamten CO₂-Emission aus der Erdgasverbrennung +++ aktive Förderung von Projekten zur Gewinnung erneuerbarer Energien +++ auf Wunsch Neutralisierung des gesamten CO₂-Footprints durch Klimaschutz-Zertifikate +++ zertifiziert und überwacht durch den TÜV Nord +++

Wir beraten Sie gerne. Terminvereinbarungen unter Tel. 0 18 01/56 57 58* oder per e-Mail an klimaschutz@esb.de

Erdgas Südbayern GmbH · Ungsteiner Straße 31 · 81539 München · www.esb.de
* 3,9 Ct./Min. im dt. Festnetz, abweichende Mobilfunkgebühren

ESB
Erdgas Südbayern

Kommunen stehen hinter Thüga-Kauf

Frankfurter OB Petra Roth zur Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt

Der Kauf der Thüga AG von der E.ON AG durch das kommunale Erwerberkonsortium Integra/KOM9 ist Ende 2009 vollzogen worden. Die dazugehörigen Verträge sind unterzeichnet, der Kaufpreis ist entrichtet. Die Thüga AG wurde über die Thüga Holding GmbH & Co. KGaA erworben. Nach der Zustimmung aller erforderlichen Gremien auf der Käufer- bzw. Verkäuferseite sowie der Genehmigung durch das Bundeskartellamt wurde der Aufsichtsrat bestellt.

In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrates wurde die Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main und Vorsitzende des Aufsichtsrates der Mainova AG, Dr. h. c. Petra Roth, zur Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA gewählt. Sitzungsgemäß wird der Aufsichtsrat aus 21 Mitgliedern bestehen – davon 14 auf Anteilseignerseite und 7 auf der Arbeitnehmerseite.

Der Vorstand der Thüga AG wird seine erfolgreiche Arbeit auf dieser Basis unter der Leitung von Ewald Woste als Vorstandsvorsitzendem fortsetzen. Der Vorstand der Thüga AG wird ebenfalls die Geschäftsführung der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA übernehmen.

Blick über Stadtgrenzen

Im Rahmen einer Pressekonferenz bekräftigten die Oberbürgermeister der Kommunen als Anteilseigner der Integra- und KOM9-Konsortien nochmals ausdrücklich ihre Zustimmung zum Thüga-Kauf. Dr. h. c. Petra Roth, Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt und Vorsitzende des Aufsichtsrates der Mainova AG: „Ohne die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Stadt- und Oberbürgermeister wäre dieses Ergebnis wohl nicht zustande gekommen.“ Dieses Ergebnis zeige darüber hinaus, so die Oberbürgermeisterin, die auch dem Deutschen Städtetag vorsteht, dass die Kommunalpolitik sehr wohl über die Stadtgrenzen hinaus denken und gestalten könne. Mit Blick auf die energiewirtschaftliche Bedeutung des Thüga-Kaufs hob Petra Roth hervor: „Der neue Stadtwerke-Verband ist strategisch hoch bedeutsam. Die Stellung der lokalen Energieversorger im Markt wird dadurch gestärkt und die kommunale Daseinsvorsorge gesichert.“

Stadtwerke planen deutlichen Ausbau der Stromerzeugung

Die Stadtwerke wollen die eigene Stromerzeugung in den nächsten Jahren deutlich ausbauen. Nach den aktuellen Zahlen des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) zur Stromerzeugung der deutschen Stadtwerke, befinden sich derzeit Kraftwerkskapazitäten von 3.501 MW im Bau oder im konkreten Genehmigungsverfahren. Davon entfallen immerhin 36 Prozent auf den Ausbau erneuerbarer Energien.

Insgesamt handelt es sich dabei um Investitionen von 6,42 Milliarden Euro und entspricht einer Steigerung der kommunalen Stromerzeugung von rund 26 Prozent.

Erzeugungsoligopol

Im Moment haben Stadtwerke eine Kraftwerkskapazität von insgesamt 13.300 Megawatt (MW) installierter Netto-Leistung. Dies entspricht zehn Prozent der in Deutschland installierten Kraftwerksleistung (Nettoengpassleistung) von 132.700 MW. „Damit wird deutlich, dass der deutsche Energieerzeugungsmarkt von den großen Energiekonzernen dominiert wird. Das Erzeugungsoligopol der großen Konzerne widerspricht einem funktionierenden Wettbewerb im Energiemarkt“, so der VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck.

Mit den Zahlen verbindet der VKU die Aufforderung an die neue Bundesregierung, den Aus-

bau einer zukunftsfähigen, nachhaltigen und dezentralen Energieversorgung durch Stadtwerke nicht zu gefährden. Dr. Helmut Müller, Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden und Vorsitzender des Aufsichtsrates der ESWE Versorgungs AG: „Die Rekommunalisierung der Thüga AG ist ein Novum in der ‚Energiegeschichte‘ der Bundesrepublik. Für uns als Partner der neuen Thüga, aber auch für die Kommunen, ergeben sich dabei große Chancen. Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Wettbewerbs auf den Energiemärkten können wir regionalen Versorger und Stadtwerke unsere Interessen in einem starken Verbund sehr viel nachhaltiger vertreten. Gemeinsam wollen und werden wir Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft finden. Durch den Zusammenschluss profitieren die Verbraucher in Form sicherer, kostengünstiger und nachhaltiger Versorgungssicherheit und die Mitarbeiter der Partnerunternehmen durch Sicherung ihrer Arbeitsplätze. Übergeordnetes Ziel ist die Wahrung der Wertschöpfung vor Ort – dicht am Kunden und damit im besten Sinne des Wortes ‚kommunal‘.“

Vor einem Umbruch

Stephan Weil, Oberbürgermeister der Stadt Hannover: „Mit dem Verkauf der E.ON-Stadtwerktochter Thüga AG steht der deutsche Energiemarkt vor einem Umbruch. Für die Verbraucherinnen und Verbraucher ist der Verkauf an die beiden kommunalen Konsortien Integra und Kom9 eine gute Entscheidung. Damit sind die Stadtwerke in der Lage, ihre Marktposition auszubauen. Erstmals entsteht in Deutschland ein kommunaler Energiekonzern – und die aktuellen Gründungen von Energieversorgern durch Städte und Gemeinden sind erst der Anfang einer neuen Rekommunalisierungswelle. Dieser Trend

wird sich auch in Zukunft fortsetzen. Denn: Die Energiepolitik der Zukunft ist ohne leistungsfähige Stadtwerke so gut wie nicht denkbar. Fest steht, dass die Bürgerinnen und Bürger mit großer Mehrheit bei Strom, Gas und Wasser durch ein kommunales Unternehmen versorgt werden wollen und sind laut einer Studie des Verbands kommunaler Unternehmen mit 70 Prozent deutlich gegen eine Privatisierung von kommunalen Unternehmen.“

Großes Fragezeichen

Etwaige Laufzeitenverlängerungen dürfen nicht dazu führen, dass die Bemühungen der Stadtwerke für mehr Wettbewerb im Erzeugungsmarkt konterkariert werden. Durch die ursprüngliche Ausstiegsplanung war immerhin geplant, rund 20.000 MW installierte Kraftwerksleistung schrittweise vom Markt zu nehmen. Die mittelfristigen Planungen der Stadtwerke für neue Kraftwerkskapazitäten müssen daher mit einem großen Fragezeichen versehen werden. Derzeit ist unklar, in welcher Weise und Höhe Zusatzgewinne durch längere Laufzeiten zugunsten eines diversifizierten Erzeugungsmarktes abgeschöpft werden und wie sich die Laufzeitenverlängerungen konkret auswirken. □

Maßgeblicher Faktor in der Standortpolitik

Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg und Vorsitzender des Aufsichtsrates der N-ERGIE Aktiengesellschaft: „Durch den Kauf der Thüga haben die Städte und Gemeinden über ihre Stadtwerksbeteiligungen Verantwortung für die Gestaltung einer leistungsfähigen, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung übernommen. Wir haben ein Zeichen gesetzt, dass es uns ernst ist, die energiepolitischen Herausforderungen der Zukunft aus kommunaler Sicht entscheidend und nachhaltig mit zu gestalten. Gerade in Zeiten der Globalisierung ist es wichtig, dass energiepolitische Entscheidungen über wichtige Dinge wie Infrastruktureinrichtungen vor Ort und im kommunalen Konsens gefällt werden. Umweltverträgliche und kostengünstige Energieversorgung ist ein maßgeblicher Faktor in der Standortpolitik für Bürger und Unternehmen.“

Dr. Dieter Salomon, Oberbürgermeister der Stadt Freiburg und Vorsitzender des Aufsichtsrates der badenova AG & Co. KG: „Freiburg hat 1972 den Startschuss für die erste Minderheitsbeteiligung der Thüga in der Nachkriegszeit an einem kommunalen Versorger und damit für das heutige Thüga-Modell gegeben. Was bei der früheren ‚Freiburger Energie- und Wasserversorgung‘ begann und bei badenova fortgesetzt wurde, ist zu einer Erfolgsgeschichte in vielen Städten geworden. Die Thüga war und ist ein verlässlicher Partner der Kommunen. Mit der Übernahme der Gesellschaft in kommunalen Besitz schärfen wir das regionale und kundennahe Profil unserer Versorgungsunternehmen und schaffen den Wandel von einem Versorger zu einem Energiedienstleister mit einer ökologischen Ausrichtung!“

Eckpfeiler für Wachstum

„Wir blicken zurück auf einen sehr erfolgreichen Prozess des Beteiligungserwerbs. Wir freuen uns sehr, dass es uns gelungen ist, in einem kurzen Zeitraum eine der größten und komplexesten Transaktionen der deutschen Energiebranche unter Dach und Fach zu bringen,“ so Michael Feist, Sprecher der Konsortien. „Nun werden wir gemeinsam mit der Thüga Eckpfeiler für Weiterentwicklung und Wachstum auf Basis des erfolgreichen Thüga-Modells konkretisieren.“

Das bestehende starke kommunale Netzwerk, das durch die Beteiligungen der Thüga an mehrheitlich kommunalen Energieversorgungsunternehmen gebildet wird, wird auch zukünftig erhalten, gestärkt und weiter ausgebaut werden. Der Ausbau von Kooperationsfeldern der Beteiligungsunternehmen mit der Thüga wird die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bestehender und Wachstum in neuen Geschäftsfeldern ermöglichen. □

Was sind Ideale ohne Taten?

Wie viel Unterstützung brauchen Unterstützer?

In einer Gemeinschaft gibt man seine Energie an andere.

Alle Partner des Thüga-Netzwerks engagieren sich in ihrer Region für eine zuverlässige Versorgung mit Strom, Gas, Wasser oder Wärme. Doch die 19.200 Mitarbeiter leisten noch mehr: Viele von ihnen investieren ihre persönliche Energie in ein soziales Projekt in den Städten und Gemeinden, in denen sie leben. Das unterstützen wir mit der Initiative „EFA – Energie für andere“. Interessiert? Mehr Informationen erhalten Sie unter: www.thuega.de

thuga
DIE ENERGIEGRUPPE

Bayern ist Schlusslicht bei der Windkraft-Nutzung

Der Freistaat hätte das zehnfache Potenzial
Fachtagung von Hochschule und Ostwind-Gruppe

Regensburg. (osr) Gerade die kommunale Ebene zeigt immer mehr Interesse an der Nutzung der regenerativen Ressource Wind. Hochschule Regensburg und die Ostwind-Gruppe kamen zusammen mit der Agentur für Erneuerbare Energien dieser wachsenden Nachfrage entgegen und veranstalteten eine Fachtagung, bei der an die 200 Interessenten aus bayerischen Landkreisen, Städten und Gemeinden Fachinformationen aus erster Hand erhielten.

Etwas überrascht war selbst Ulrich Lenz von der Ostwind-Unternehmensleitung über die vielen Gäste aus allen Regionen des Freistaats. Andererseits entsprache dies ganz eindeutig seiner Erfahrung, dass gerade in den Kommunen und Landkreisen, bei den Stadtwerken und kommunalen EVU immer mehr Interesse an der Nutzung der CO₂-freien, regenerativen und regionalen Ressource Wind entstehe.

Lenz machte dafür im Wesentlichen drei Gründe aus. Die Nutzung der Windenergie sei Voraussetzung dafür, dass Bayern seine Klimaziele erreichen kann, dar-

unter die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energiequellen von heute 20 auf 30 Prozent bis 2020. Weiter sei die Nutzung der Windenergie ein zentrales Element für eine sichere, unabhängige und dezentrale Strom- und Energieversorgung der Zukunft, die zunehmend in der Hand der Kommunen und ihrer Stadtwerke liege. Und schließlich bedeute die Nutzung regionaler und dezentraler Energiequellen aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie regionale Wertschöpfung, sichere zukunftssträchtige Arbeitsplätze und stärke den heimischen Wirtschaftsstandort.

BayWa kauft MHH Solartechnik

Entscheidender Schritt zur Umsetzung der
Wachstumsstrategie im Bereich erneuerbare Energien

Die MHH Solartechnik GmbH in Tübingen gehört nunmehr zum Münchner BayWa-Konzern: Zum 1. Januar 2010 wird die 100-prozentige BayWa-Tochter Green Energy GmbH vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Kartellbehörden alle Anteile an der MHH Solartechnik von der Sunways AG, Konstanz, übernehmen.

„Mit diesem Zukauf stößt die BayWa das Tor weit auf, um zu einem der führenden Handelshäuser für erneuerbare Energien in Europa zu werden“, betont Vorstandsvorsitzender Klaus Josef Lutz. Innerhalb weniger Monate habe das Unternehmen nach Aufwind Neue Energien GmbH, „nun eine zweite, für die Umsetzung unserer angekündigten Wachstumsstrategie bedeutende Akquisition im Bereich erneuerbare Energien gemacht“. Die Übernahme von MHH Solartechnik stelle eine erhebliche Stärkung der Marktposition für die BayWa dar.

„Damit können wir die Wachstumspotenziale auf diesem Sektor auch im Hinblick auf die Kundenansprache konsequent für unseren Geschäftserfolg nutzen“, so Lutz weiter. Prognosen gingen davon aus, dass im Jahr 2020 über 100 Gigawatt (GW) Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt werden (2008: knapp 40 GW).

„Die MHH hat eine ausgewiesene Expertise bei Beratung, Verkauf und Bau von PV-Anlagen. Mit dem Erwerb von MHH bauen wir nicht nur weiter Know-how aus, sondern werden neue Kundensegmente erschließen

und Kostenvorteile, zum Beispiel im Einkauf, nutzen“, erklärt der für Energie zuständige BayWa-Vorstand Roland Schuler. Außerdem sei vereinbart worden, eine Projektierungsgesellschaft zwischen BayWa und der Sunways AG zu gründen, an der die BayWa mehrheitlich beteiligt sein wird. Mit dieser Gesellschaft, die Photovoltaik-Projekte im Bereich mittelgroßer bis großer Solaranlagen und Solarparks entwickeln, planen und umsetzen soll, will die BayWa die Wertschöpfungskette des Geschäftsfeldes erneuerbare Energien vergrößern.

Die MHH Solartechnik ist mit vier Standorten in Deutschland (Tübingen, München, Nürnberg, Duisburg) vertreten und hat insgesamt 60 Mitarbeiter. Das Lieferantenunabhängige Unternehmen ist im Groß- und Einzelhandel von Photovoltaik-Anlagen tätig und zählt zu den weltweit größten Händlern für namhafte Markenhersteller. Die Schwerpunkte der Vertriebsaktivitäten liegen in Europa in den Beneluxstaaten, in Tschechien, Italien, Griechenland, Schweiz und Österreich. □

Verantwortung an der Regensburger Hochschule auszubauen.“

Standorte mit Küstenpotenzial

„Bayern und Baden-Württemberg sind die absoluten Schlusslichter bei der Windenergienutzung, mit jeweils lediglich 400 Megawatt installierter Leistung“, stellte Claudia Grotz vom Bundesverband Windenergie heraus. Dabei liege das Potenzial in Bayern den Berechnungen ihres Verbands nach bei 4500 Megawatt, erzeugt in 1500 Windkraftanlagen. Das Windpotenzial sei jedenfalls gegeben, meinte Grotz, die deutlich über 2000 Volllaststunden im Jahr für möglich hält, „Standorte mit Küstenpotenzial“. Die Höhen in Oberfranken, Mittelfranken, Oberpfalz, Allgäu und Bayerischer Wald nennt sie als Beispiele.

In Deutschland decken 25 000 Megawatt installierter Wind-Lei-



Ein Forum für die Windkraft in Bayern bot die erste Regensburger Fachtagung „Windkraft regional“, ausgerichtet von der Hochschule und der Ostwind-Gruppe. Von links: Präsident Professor Dr. Josef Eckstein, Gisela Wendling-Lenz und Ulrich Lenz. Bild: osr

stung sieben Prozent des Strombedarfs. Bis 2020 sei eine Verdoppelung möglich. Durch den Ausbau des Einsatzes aller erneuerbaren Energien könnte deren Anteil auf 30 Prozent steigen. Die Branchen-Prognose, so Grotz, sei noch deutlich zuversichtlicher und liege gar bei 47 Prozent. Bayern ist bei der Nutzung der Windkraft mit 0,65 Prozent am Stromverbrauch allerdings heute noch auf dem Stand eines Entwicklungslands.

Doch Ostwind-Chef Lenz sieht „ganz optimistisch in die Zu-

kunft“, seit er jetzt die erste Baugenehmigung in Bayern für fünf Windkraftanlagen mit zehn Megawatt Leistung in Händen hält.

Das Projekt soll nahe Hof an der A 93 verwirklicht werden. Mit zwei weiteren Baugenehmigungen rechnet Lenz Anfang nächsten Jahres: einer für den Raum Regensburg und einer im Landkreis Neumarkt. Und auch Stefan Schneidawind, Prokurist der Stadtwerke SÜC, verriet den Zuhörern, dass er in Coburg ein Projekt mit Ostwind vorhabe. □



Für einen ganz neuen Blick ins All wird der neue Full-dome-Projektor 2010 im Nicolaus-Copernicus-Planetarium, Nürnberg, sorgen. Mit einem Betrag von 800.000 Euro unterstützen die Städtischen Werke Nürnberg als Hauptsponsor den Kauf des neuen Projektors. Bei der Jubiläumsveranstaltung zur Gründung der Städtischen Werke Nürnberg GmbH vor 50 Jahren übergab Herbert Dombrowsky, Vorsitzender der Geschäftsführung der StWN, an die Kulturreferentin der Stadt Nürnberg, Prof. Dr. Julia Lehner, einen von der Künstlerin Michaela Biet-Weber gestalteten Stein, der den neuen Projektor symbolisiert. □

50 Jahre Städtische Werke Nürnberg

Nürnberg hat im Nicolaus Copernicus Planetarium das 50-jährige Bestehen der Städtische Werke Nürnberg GmbH (StWN) gefeiert. Festredner waren der Aufsichtsratsvorsitzende der StWN, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Herbert Dombrowsky, Vorsitzender der Geschäftsführung von StWN, und Professor Dr. Rudolf Hickel von der Universität Bremen.

Im Dezember 1958 entschied der damalige Nürnberger Stadtrat einstimmig, die Städtischen Werke Nürnberg in eine GmbH umzugründen. Rückwirkend zum 1. Januar 1959 wurde die neue Gesellschaft am 28. Dezember 1959 in das Handelsregister eingetragen, ebenso wie die beiden damaligen StWN-Tochterunternehmen, EWAG Energie- und Wasserversorgung AG und VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg. Mit dieser Umgrün-

dung bewiesen die Stadtväter Weitblick und kreierten ein Modell, das bis heute Bestand hat.

Bis in die 1930er Jahre waren die Energie- und Wasserversorgung sowie der öffentliche Personennahverkehr in Nürnberg als Regiebetriebe ein nichtselbständiger Teil der Stadtverwaltung. 1934 wurden die beiden Betriebe erstmals zu den Städtischen Werken Nürnberg zusammengefasst und schließlich 1938 in ein Eigenbetriebsmodell umstrukturiert, was sie erstmals unabhängig vom Haushaltsplan der Stadt machte.

Jedoch erst die Umgründung im Jahre 1959 in Eigengesellschaften stattete die Städtischen Werke und ihre beiden Töchter VAG und EWAG mit eigener Rechts- und Geschäftsfähigkeit aus. Ziel der Umstrukturierung waren raschere Entscheidungsprozesse in den Unternehmen und mehr Wirtschaftlichkeit.

Um steuerliche Vorteile nutzen zu können, wurden die Städtischen Werke als Holding eingerichtet. Dieses Konzept erlangte als „Nürnberger Modell“ bundesweite Bekanntheit und wurde von vielen Kommunen teilweise oder ganz übernommen. Es hat sich bis heute bewährt.

Heute wie vor fünfzig Jahren ist es Anspruch der StWN und ihrer Unternehmenseinheiten, hohe Qualität zu wettbewerbsfähigen Preisen zu bieten. Von Anfang an waren die Städtischen Werke, EWAG und VAG über die Grenzen Nürnbergs hinaus tätig: Wasserlieferverträge mit Erlangen, Gaslieferungen in weite Teile

Mittelfrankens oder die Straßenbahn- und spätere U-Bahn-Verbindung nach Fürth sind nur Beispiele dafür.

Die Verkehrstochter VAG kooperiert auf der Suche nach technischer Optimierung eng mit der Industrie. Beispielsweise testete und erwarb sie in den 1992er Jahren den deutschlandweit ersten erdgasbetriebenen Linienbus und erprobte Busse mit Brennstoffzellen- und jüngst mit Hybridtechnik. Mit dem Ausbau der U2 bis zum Flughafen im Jahre 1999 war Nürnberg die erste deutsche Stadt mit einer direkten U-Bahn-Linie zum Flughafen. 2008 nahm die VAG die in Deutschland erste vollautomatische U-Bahn in Betrieb und erregte mit der weltweit ersten konventionellen U-Bahn, die bei laufendem Betrieb auf Automatik umgestellt wird, internationales Aufsehen. Ebenfalls ein Novum war der Mischbetrieb mit konventionellen und automatischen Fahrzeugen auf einer Linie.

Die seit 2004 im StWN-Konzern integrierte wbg Nürnberg GmbH erarbeitet immer wieder neue Wohnformen, die den sich wandelnden gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden. Aktuelle Beispiele sind das Modellprojekt „Wohnen in allen Lebensphasen“ am Nordostbahnhof oder das Modellprojekt Olga für selbstbestimmtes Wohnen im Alter. Die wbg ist Vorreiterin bei der energieeffizienten Gebäudesanierung. Projekte wie das 3-Liter-Haus am Jean-Paul-Platz, das Niedrigenergiehaus in der Bernadottestraße oder das Konzept für die geplante energetische Sanierung der Parkwohnanlage West wurden über die Grenzen Nürnbergs hinaus bekannt und mit Preisen ausgezeichnet. Außerdem leistet die wbg mit ihrer Photovoltaik-Initiative einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. In diesem Jahr gelang es dem Projekt, die 1.000 Kilowatt-Peak-Grenze zu überschreiten. Mit dieser Strommenge können über 270 Drei-Personen-Haushalte ein ganzes Jahr mit Strom aus Sonnenenergie versorgt werden. Zukunftsweisend ist auch die Entscheidung, die Immobilienkompetenz der Stadtwerke bei der Real Estate Tochter wbg anzuschließen; dadurch wird die Betreuung aller Stadtwerke-Immobilien in einer Hand konzentriert.

Der Nürnberger Energie- und Wasserversorger EWAG hielt in den 1950er Jahren als einziges Stadtwerk in Deutschland Aktien an einer Kohlezeche, um die Erzeugung von Stadtgas sicherzustellen. Die sukzessive Um-

stellung von Stadt- auf Erdgas schloss die EWAG 1975 ab und leistete damit bereits einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Auch ihr konsequenter Fernwärmeausbau trug zur Reduzierung des Kohlendioxid-ausstoßes bei – vor allem seit der Umrüstung des Heizkraftwerks Sandreuth von Kohle auf Erdgasbefuerung. Diese 2005 abgeschlossene 90-Millionen-Investition verdoppelte bei fast gleichem Energieeinsatz die Stromproduktion und reduzierte die CO₂-Emissionen um jährlich 140.000 Tonnen. Ein Viertel des Wärmebedarfs der Stadt Nürnberg wird heute mit Fernwärme gedeckt; diese weist die höchstmögliche Energieeffizienz aus.

Mit der Gründung des Zweckverbands Wasserversorgung Fränkischer Wirtschaftsraum (WFW) im Jahre 1966 unternahm die EWAG gemeinsam mit vielen Partnern in der Region den entscheidenden Schritt, um die Trinkwasserversorgung Nürnbergs auf Dauer zu gewährleisten.

Ein maßgebender Schritt zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit im Wettbewerbsmarkt war der Zusammenschluss von EWAG mit dem Fränkisches Überlandwerk AG (FÜW) zur N-ERGIE Aktiengesellschaft im März 2000. Heute zählt die N-ERGIE zu den zehn größten Stromversorgern in Deutschland und ist trotz intensivem Wettbewerb bundesweit erfolgreich: 2008 setzte sie bereits 41 Prozent der Stromabgabe außerhalb des Netzgebietes ab. Mit ihrer Beteiligung am Kauf der Thüga AG im Oktober 2009 nahm sie eine weitere Weichenstellung in Richtung Zukunftssicherung vor und trägt mit dazu bei, dieses erfolgreiche Netzwerk aus kommunalen Energieunternehmen zu erhalten und auszubauen.

„Eine hohe Versorgungssicherheit bei Energie und Wasser, hohe Qualität und hoher Sicherheitsstandard beim öffentlichen Nahverkehr sowie ein attraktives und energiebewusstes Wohnangebot bilden zentrale Wirtschaftsfaktoren für Nürnberg und die Region. Sie sichern Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze“, resümierte Herbert Dombrowsky beim Festakt und Ulrich Maly hob hervor: „Neben seiner Verpflichtung zur Daseinsvorsorge steht der StWN-Konzern für Flexibilität, Wirtschaftlichkeit und Innovation“. □



Energie und Kommunale Entwicklung
Erneuerbare Energien als Standortvorteil



Straßenbeleuchtung
Innovative Beleuchtungskonzepte für Städte und Gemeinden



Solarenergie
Planung und Projektierung von Photovoltaikanlagen



Baulandentwicklung
Wohn- und Gewerbegebieteerschließung

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bls-bayern.de
www.bls-bayern.de

Informationen:
www.bls-bayern.de

Auch 2010 in Bayern:

„Sozialstrom“ für Bedürftige

Regensburg (obx) - Vor vier Jahren hat E.ON Bayern, der größte regionale Stromversorger im Freistaat, ein bundesweit einmaliges und in Branchenkreisen nicht unumstrittenes Modell eingeführt: Sozial schwache Menschen bekommen den Strom billiger. Ein Nachweis über die Befreiung von den Rundfunkgebühren genügt. Inzwischen hat sich das Modell durchgesetzt: Vier Jahre nach dem Start ist das Modell zu einer echten Erfolgsgeschichte geworden. Mehrere tausend bayerische Haushalte nutzen bereits das Angebot. Jetzt kündigte E.ON Bayern Vertrieb an, das Angebot auch 2010 fortzusetzen.

Bundesweit hat das Modell aus dem Freistaat bereits zahlreiche Nachahmer gefunden: Andere regionale E.ON-Vertriebsgesellschaften wie die von E.ON Mitte und E.ON edis bieten inzwischen ebenfalls einen „Sozialtarif“.

Funktionsweise

Das Modell funktioniert so: Wer bei den Beratungsstellen der Diakonie oder der Caritas nachweist, dass er von den GEZ-Gebühren befreit ist, dem räumt

E.ON Bayern einen monatlichen Rabatt von neun Euro auf seine Stromrechnung ein. Für viele keine große Summe, doch für etliche ein Betrag, der im Portemonnaie bereits weh tut, wie Bayerns Landes-Caritasdirektor Prälat Karl-Heinz Zerrle festgestellt hat: „Dass so viele Menschen den Sozialrabatt in Anspruch nehmen, zeigt, dass es auch im reichen Bayern zunehmend Armut gibt.“

E.ON Bayern Vertrieb übernehme mit dem Hilfsangebot so-

ziale Verantwortung, die die Gesellschaft von jedem Unternehmen der Privatwirtschaft erwarte. Armut müsse von der Politik, der Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen mit großen und kleinen Maßnahmen und Projekten bekämpft werden, so Zerrle.

Viel Zuspruch

„Der Sozialrabatt ist eine gute Sache“, findet auch der Präsident des Diakonischen Werkes in Bayern, Dr. Ludwig Markert. Gerade

Kongress in Bochum:

Geothermie trotz der Wirtschaftskrise

Zum zweiten Mal tagte der Geothermiekongress in Bochum, Nordrhein-Westfalens erklärter „Geothermie-Hauptstadt“. Rund 600 Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft, staatlichen Institutionen trafen sich im RuhrCongress.

„Die Dynamik ist der Geothermie trotz Wirtschaftskrise nicht abhandeln gekommen“, sagte Hartmut Gaßner, der Präsident des Bundesverbandes, „und das nicht nur hierzulande. Weltweit wächst die Nachfrage nach dieser zuverlässigen, die heimische Versorgung sichernden und klimatauglichen Energiequelle.“

Gaßner geht davon aus, dass etwa im oberflächennahen Bereich in 2009 dem Vorjahr vergleichbare Absatzzahlen erreicht werden. „Absatzrückgänge in der Form wie sie in den vergangenen Monaten von anderen Erneuerbaren Energieträgern zu hören waren, haben wir mit unseren Angeboten nicht zu verzeichnen. Und das, obwohl die Bautätigkeit insgesamt zurückgegangen ist.“

Preisstabilität

Aber gerade wegen der Vorteile der Systeme, nämlich langfristige Preisstabilität und Wirtschaftlichkeit, drängen immer mehr Interessenten auf den Einsatz von Erdwärmanlagen für ihre Gebäude. „Dabei sind die positiven Effekte, die von den erneuten gestiegenen Rohölpreisen ausgehen werden, noch gar nicht berücksichtigt.“ Wer bauen möchte, fände in der Erdwärme immer eine treue und wirtschaftende Partnerin, von den ökologischen

jetzt in der wirtschaftlich schwierigen Zeit sei es wichtig, Kunden mit geringem Einkommen zu entlasten, sagte E.ON-Bayern-Vertriebsgeschäftsführer Otmar Zisler bei der Ankündigung zur Fortführung des Modells, das E.ON Bayern vor vier Jahren in enger Zusammenarbeit mit den Sozialverbänden Caritas und Diakonisches Werk entwickelt hatte. „Für unser Angebot haben wir viel Zuspruch erhalten, auch von Kunden, die nicht von dem Angebot profitieren“, erklärte Zisler.

Stromkunden von E.ON Bayern Vertrieb können Anträge auf Gewährung des Sozialrabatts auch in Zukunft direkt bei den Beratungsstellen der Diakonie oder der Caritas stellen. □

Stadt Ingelheim, DRK und Diakonie:

Gemeinsame Sache

Unterschleißheim/Ingelheim: Dass in Kommunen mehrere Gebäude durch Contracting über eine Heizzentrale mit Wärme versorgt werden, ist nichts Besonderes mehr – aber, dass sich eine Stadt, das DRK und die Diakonie zusammenschließen, um drei Gebäudekomplexe mit Wärme versorgen zu lassen, ist noch immer ein Novum.

Die im Landkreis Mainz-Bingen gelegene Stadt Ingelheim wird im Volksmund gern die Rotweinstadt genannt. Doch seit Ende Oktober 2009 hat die 26.000 Einwohner-Stadt noch eine Besonderheit zu bieten: Die städtische Pestalozzischule, eine Grundschule mit 320 Schülern und 20 Lehrern, das Diakoniekrankenhaus mit 133 Betten und die neue Seniorenresidenz Carolinenhöhe des DRK werden durch eine gemeinsame Heizzentrale im Rahmen eines Wärmelieferungsvertrages durch die Südwärme mit Wärme versorgt. „Das gemeinsame Bestreben aller Beteiligten, nicht nur eine wirtschaftliche, sondern vor allem auch umweltverträgliche Lösung zu realisieren, die eine regionale Wertschöpfung ermöglicht, wird durch die gemeinsame Wärmeversorgung umgesetzt“, so Rudi Maier, Vorstand der Südwärme, bei der Inbetriebnahme.

Entstehungsgeschichte

Die Entstehungsgeschichte dieses Projekts geht zurück ins Jahr 2008. Da die Heizungsanlage des Diakoniekrankenhauses am Rande der Nutzungsdauer angelangt war, erstellte das Südwärme-Kompetenzzentrum Helmut Herbert GmbH & Co. aus Bensheim Anfang 2008 ein Energiekonzept zunächst nur für das Krankenhaus. In einem zweiten Schritt wurden nun die Gebäude in unmittelbarer Nachbarschaft in die Überlegungen mit einbezogen.

Die sinnvollste Variante

Die Heizung der benachbarten Pestalozzischule stand kurz vor dem Austausch und der DRK-Kreisverband Mainz-Bingen stellt in unmittelbarer Nachbarschaft gerade seine neue Seniorenresidenz der vierten Generation, für die natürlich auch eine passende Wärmeversorgung benötigt wird. Südwärme untersuchte nun verschiedene Versorgungsvarianten. Dabei stellte sich die gemeinsame Nahwärmeversorgung dieser drei Gebäude in Form einer Heizzentrale zur Südwärme auf dem Grundstück des

Krankenhauses auf der Basis von Holzhackschnitzeln, sowohl ökologisch, als auch ökonomisch als sinnvollste Variante heraus. Dieser Lösungsvorschlag wurde im Februar 2008 den drei Beteiligten im Rathaus der Stadt Ingelheim überzeugend präsentiert. Das Ergebnis ist ein über 20 Jahre laufender Wärmelieferungsvertrag mit der Südwärme, der Ende 2008 mit den drei Partnern unterzeichnet werden konnte.

Südwärme-Konzept

Für den Bau und eigenverantwortlichen Betrieb der Anlage zeichnet das regionale Südwärme-Kompetenzzentrum, die Firma Helmut Herbert GmbH & Co. aus Bensheim, verantwortlich. Die dauerhafte Versorgung mit dem Brennstoff Holzhackschnitzel sichert der regionale Biomasse-Energie-Netzwerk-Partner, die Firma Marco Ternis aus Sargenroth. Damit ist aus diesem Südwärme-Konzept der Wärmeversorgung dreier großer Gebäude in Ingelheim ein Projekt aus der Region für die Region geworden. Eine größtmögliche Wertschöpfung innerhalb der Region konnte erzielt werden.

Die Umwelt jedoch profitiert am meisten von diesem zukunftsweisenden Heizungskonzept. Durch den Einsatz modernster Heiztechnik und die Verwendung des regenerativen Brennstoffs Holzhackschnitzel kann nun eine jährliche CO₂-Einsparung gegenüber den Altanlagen von ca. 650 Tonnen pro Jahr erzielt werden.

Das entspricht einer Fahrleistung mit dem Auto bei einem CO₂-Ausstoß von 160 g/km (derzeitiger Flottenverbrauch in Deutschland) von ca. 4.050.000 km jährlich. Die Heizungsanlage besteht in der Nahwärmezentrale aus einem Biomassekessel mit 800 kW, einem Öl-Niedertemperaturkessel für Spitzenlasten mit 2000 kW.

Das Brennstofflager ist ca. 130 m³ groß. Die Übergabestationen umfassen für das Diakoniekrankenhaus 1.075 kW, für die Pestalozzischule 640 kW und für die Seniorenresidenz 200 kW. □

Kurze Wege und kleiner Verbrauch

SÄBU aus Biessenhofen baut energieeffizienten Kindergarten in Neuried

Im bayerischen Neuried geht man in Sachen Kinderbetreuung neue Wege. Weil immer mehr junge Familien in die Gemeinde ziehen, war eine zusätzliche Einrichtung mit Kindergarten und -krippe dringend notwendig geworden. Imke Friedrich, die Architektin der Gemeinde, entwarf ein Kinderhaus ohne Flure, in dem die Räume zwar großzügig bemessen, aber von überall her schnell zu erreichen sind.

Die Verantwortlichen hatten strenge Vorgaben zu berücksichtigen, denn das neue Kinderhaus entspricht als öffentliches Gebäude der kürzlich novellierten Energieeinsparverordnung (EnEV 2009). Solarthermische Heizungsanlagen und eine Photovoltaikanlage helfen nun dabei, den Energiebedarf um die geforderten 30 Prozent zu senken.

Die Architektin Imke Friedrich verfolgte bei dem Haus die Idee, einen großen Gruppenraum als gemeinschaftliches Zentrum zu schaffen, von dem aus alle Nebenräume direkt zu erreichen sind. „Alles ist auf die praktische Nutzung der Bewohner ausgerichtet“, formuliert es die Architektin. Das neue Gebäude grenzt an ein Neubaugebiet im Osten von Neuried und bietet nun 74 Ganztages- und Kindergartenkindern auf zwei Etagen Platz. 840 Quadratmeter groß ist das neue Haus, das gesamte Grundstück mit dem großen Garten misst 3165 Quadratmeter. Rund 2,5 Millionen Euro hat die Anlage insgesamt gekostet, wobei die Landesregierung die Baumaßnahme mit 660.000 Euro subventionierte.

Basismaterial Holz

Was man dem auffälligen Bau auf dem ersten Blick nicht ansieht: Er ist in Hybridbauweise errichtet, das Basismaterial Holz wurde mit Beton und Stahl kombiniert. „An die Spannbetondecke beispielsweise konnten wir direkt die Akustikunterdecke befestigen, ohne dass zusätzliche Brand- und Schallschutzmaßnahmen nötig waren“, erklärt Machacek. „Außerdem wird dadurch das Eigenschwingungsverhalten gegenüber einer Holzbalkendecke deutlich reduziert.“

Das Biessenhofener Generalunternehmen SÄBU war eines der wenigen, das die Anforderungen zu dem Bau erfüllte. „SÄBU hatte einen exakten Bauzeitenplan, der auf den Tag genau ausgearbeitet war“, berichtet Architektin Friedrich. Lediglich fünf-einhalb Monate dauerte es, bis das Kinderhaus bezugsfertig war. „Dank der gut organisierten Bauleitung und der zuverlässigen

Handwerker konnten wir unser Ziel erreichen“, sagt Friedrich. „Es wäre schön, wenn jedes Bauvorhaben so ablaufen könnte.“

Systembauweise

SÄBUs Konzept ist die Systembauweise: Die einzelnen Systemelemente eines Gebäudes fertigen die Mitarbeiter im Biessenhofener Werk an, wo sie wetterunabhängig arbeiten können. Dort werden die Wände bereits entsprechend gedämmt und, soweit es technisch möglich ist, die Fassaden auf die geschlossenen Bauteile aufgebracht sowie die Fenster eingesetzt. Erst dann werden die einzelnen Teile verladen und zum Bauplatz geliefert. Die Montage des Gebäudes vor Ort dauerte dadurch gerade einmal zwei Wochen - was der Vorstellung der Architektin, den Bau möglichst schnell fertig zu stellen, sehr entgegenkam. „Uns kommt es vor allem darauf an, die Wünsche und Pläne der Bauherren und der Architekten zu verwirklichen“, so Machacek.

Energiesparmaßnahmen

Auch die geplanten Energiesparmaßnahmen konnten aufgrund der speziellen Bauweise umgesetzt werden. „Durch den Holzbau und die starke Dämmung haben wir sehr niedrige Verbrauchswerte erreicht“, so Imke Friedrich. Als öffentlicher Bauherr ist die Gemeinde verpflichtet, nach der neuen EnEV und dem Erneuerbaren Energien Wärmegesetz zu bauen. Weil es besonders nachhaltig, kosteneffizient und energiesparend ist, entspricht das Konzept der Hybridbauweise der EnEV 2009. Diese schreibt vor, den Primärenergiebedarf (Heizung und Warmwasser) um 30 Prozent zum zulässigen Bedarf zu verringern. Auch die Wärmedämmung muss 15 Prozent mehr leisten als bisher.

Für das Neurieder Kinderhaus plante Friedrich eine solarthermische Heizungsanlage mit Holzpellets ein. Hinzu kam eine Photovoltaikanlage. „Wir speisen unseren gewonnenen Strom in das Netz ein und haben dadurch jeden Monat auch Einnahmen“, so Friedrich. □

LEW
Lechwerke



Lechmuseum Langweid

REGIONAL. ENGAGIERT. LEW.

Die Lechwerke sind nicht nur der sichere und zuverlässige Energieversorger in Bayerisch-Schwaben, sondern übernehmen auch Verantwortung für die Region. Zum Beispiel als Investor, Arbeitgeber, Ausbilder, Auftraggeber und Sponsor.

Mehr Informationen unter www.lew.de

VORWEG GEHEN

Ökologiezentrum in Türkenfeld nimmt seine Arbeit auf

Eröffnung des Zentrums für Umweltbildung, ökologische Arbeits- und Lebensweise - Alle Lebensbereiche unter einem Dach

Am 16. Januar 2010 wird in Türkenfeld im Landkreis Fürstentum das Zentrum für Umweltbildung, ökologische Arbeits- und Lebensweise eröffnet. Ab 10 Uhr sind Interessierte eingeladen, sich über die Arbeit und das Konzept des Ökologiezentrums zu informieren. Das Zentrum wird unter dem Motto „Lebenslanges Lernen“ ökologisch orientierte Aus-, Weiter- und Fortbildungen anbieten, von denen Menschen aus ganz unterschiedlichen Lebensbereichen profitieren werden. Damit greift das Zentrum ein wichtiges Ziel der Europäischen Union auf.

Das Verständnis für ökologische Zusammenhänge in allen Lebensbereichen zu fördern und auf diesem Wege zu nachhaltiger Lebensweise anzuregen, ist erklärtes Ziel des Ökologiezentrums. In den neu bezogenen Räumen sollen Initiativen zu den unterschiedlichsten Themen arbeiten: Ökologische Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz, nachwachsende Rohstoffe, ver-

trägliche Energiemodelle, interkultureller Austausch und sinnvolle Arbeitsstrukturen und -prozesse werden in den Fokus gerückt. Außerdem sollen Netzwerke entstehen und im Zentrum den Freiraum finden, den sie zu ihrer Entwicklung brauchen.

Viele Menschen erreichen

Initiatorin Britta Herreiner:

„Wir möchten mit unserem Bildungsangebot alle Menschen erreichen, die lernen wollen, im Einklang mit ihrer natürlichen Umwelt zu leben. Denn gemeinsam Erfahrungen sammeln, Zusammenhänge verstehen und Dinge begreifen, das erhöht die Lebensqualität von Jugendlichen genau wie die von Müttern oder Unternehmern.“

Das Projekt des Ökologiezentrums ist nicht das erste, das Britta Herreiner realisiert hat. Ihr Engagement gilt der Umwelt. Und ihre Bildungsangebote für Unternehmen, Massenkurse oder die Ausbildung zur Fachkraft für Naturwaren spiegeln das breite Spektrum wider, das im Zentrum für Umweltbildung, ökologische Arbeits- und Lebensweise angeboten wird. In Zusammenarbeit mit ganz unterschiedlichen Kooperationspartnern soll die Angebotspalette stetig erweitert werden.

Arbeit in der Natur

Von Beginn an dabei ist das Wildholz-Projekt. Der Graphikdesigner und Arbeitserzieher Ewald Schadt hat erkannt, dass vor allem Arbeiten in und mit der Natur Langzeitarbeitslosen mit Beschäftigungshemmnissen eine Chance auf Beschäftigung geben, die ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen angemessen ist. Die Zusammenarbeit mit dem Ökologiezentrum eröffnet den Arbeitslosen den Weg zu wertvollen Synergien.

Kinder haben das Wort

Auch Kinder sind im Zentrum willkommen. Nach dem Vorbild der Kinder-Universitäten, die sich seit 2002 an Universitäten und Fachhochschulen etablieren konnten, sollen Kinder für die Umwelt begeistert werden. Wenn Fachleute aus allen Wissensbereichen Kindern und Jugendlichen wissenschaftliche Zusammenhänge lebensnah erklären, dann sind Fragen und aktives Mitgestalten erwünscht: Exkursionen, gemeinsames Kochen oder Umwelt-Projektarbeiten sensibilisieren die Entscheider von morgen für

Umweltminister Söder:

Eine Milliarde neue Bäume bis 2015

Eine Milliarde Bäume sollen gegen den Klimawandel gepflanzt werden. Das ist eine von vielen Maßnahmen, die die Regionen der „Climate Group“ in Kopenhagen beschlossen haben. Bayern ist erstmals dabei. Dr. Markus Söder, Umweltminister: „Wir wollen Premium-Land für Klimaschutz werden, uns mit den besten und innovativsten Regionen messen.“

Der Freistaat ist der „Climate Group“ beigetreten, einem internationalen Verbund von Regionen und Wirtschaftsunternehmen. Damit steht Bayern in einer Reihe mit in der Umweltpolitik führenden Regionen wie Kalifornien, Quebec, Monaco

oder South Australia. Es brauche eine enge Zusammenarbeit der Regionen, betonte Söder bei der Unterzeichnung des Beitrittsabkommens in Kopenhagen. „Bayern setzt mit dem Beitritt zur „Climate Group“ ein starkes Signal für den Klimaschutz.“

die Bedeutung des Umweltschutzes.

Für Führungskräfte und Unternehmer

Den Entscheidern von heute bietet das Ökologiezentrum Weiterbildungsangebote zu Themen wie Personalführung, Wissensmanagement, Changemanagement, Unternehmenskultur und Umweltmanagement. Zusätzlich zu den Seminaren steht ein regelmäßiger Informationsimbiss auf dem Programm: Hier können sich Führungskräfte, Unternehmerinnen und Unternehmer austauschen und über verschiedenste Themen informieren.

Fachkraft für Naturwaren

Im Ökologiezentrum wird auch die berufliche Ausbildung zur „Fachkraft für Naturwaren“ angeboten. Sie dauert sechs Monate und vermittelt Inhalte, die für die gesamte Bio-Branche relevant sind. Der theoretischen Ausbildung folgt ein Praktikum über zwei Monate. Wie bei allen Veranstaltungen ist dabei die verantwortungsvolle Arbeit an einer lebenswerten Zukunft ein vorrangiges Ziel dieser Ausbildung.

Ganzheitlicher Ansatz

Mehrtägige Massage-Workshops sind ein Beispiel dafür, wie sich auch Gesundheit und Wohlbefinden in das Konzept des Zentrums einfügen. In kleinen Gruppen lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich zum Beispiel auf die Bedürfnisse des Partners oder der Partnerin einzustellen – worin wiederum der Grundsatz eines verantwortungsbewussten und respektvollen Miteinanders, der das Ökologiezentrum wesentlich prägt, seinen Ausdruck findet.

Die aktuellen Aus-, Weiter- und Fortbildungsangebote mit ganzheitlichem Ansatz bergen noch viel Potenzial für die Zukunft. Potenzial, das Interessierte im Großraum München bequem nutzen können, denn das Zentrum für Umweltbildung, ökologische Arbeits- und Lebensweise ist nur 14 Kilometer von Fürstentum entfernt und von München aus mit der S-Bahn zu erreichen. Mit der Bahn gelangen die Kurs Teilnehmer über Geltendorf ans Ziel und mit dem Auto über die A 96. Selbstverständlich gibt es Geh- und Fahrradwege. □



Noch vor wenigen Jahren kannte die Lärmforschung nur den hohen Lärmpegel als Gradmesser für Gesundheitsprobleme durch Lärm. Heute weiß man, dass die in Dezibel (dB) gemessene Lärmstärke nur zu einem Drittel dafür verantwortlich ist; auch Frequenz, Dauer und Veränderlichkeit des Lärms spielen eine Rolle. Foto: obx-medizindirekt

Die Pein der leisen Töne

Weshalb selbst geringer Dauerlärm zu Schlafstörungen, Diabetes und Herzinfarkt führen kann

Regensburg (obx-medizindirekt) – Dass lauter Lärm das Gehör beeinträchtigt, ist bekannt. Aber über die Schädigungen durch leisere Töne wissen die meisten Menschen kaum Bescheid. Diese Erkenntnisse sind auch relativ neu. Heute wissen die Experten, dass störend empfundene Geräusche, wie etwa ein tropfender Wasserhahn, das Brummen eines Transformators oder das gedämpfte Wummern des Straßenverkehrs auf Dauer eine verheerende Wirkung auf die Gesundheit haben können.

Entscheidend ist, dass Geräusche subjektiv als Belästigung empfunden werden. Dann reagiert der Körper auf sie mit Ausschüttung von Stresshormonen, was zur Erhöhung der Cholesterin- und Triglyzeridspiegel und der Blutgerinnungsfaktoren führen kann. Bleibt eine mäßige Lärmbelastung über Jahre hinweg bestehen, kann dies die Entwicklung von Schlafstörungen, Bluthochdruck, Herzinfarkt und Diabetes begünstigen.

Vielfältige Faktoren

Noch vor wenigen Jahren kannte die Lärmforschung nur den hohen Lärmpegel als Gradmesser für Gesundheitsprobleme durch Lärm. Heute weiß man, dass die in Dezibel (dB) gemessene Lärmstärke nur zu einem Drittel dafür verantwortlich ist; auch

sensiblen Ökoregion der Alpen vom Klimaschutz besonders betroffen. „Deshalb wollen wir auf jeden Fall bis 2030 auf unter fünf Tonnen CO₂-Verbrauch im Jahr kommen.“ Zudem fordert Bayern einen Sanktionsmechanismus, einen Klimasicherheitsrat, der für die verbindliche Umsetzung der Ziele sorgt.

Die „Climate Group“ ist ein internationaler Zusammenschluss von Regionen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen, die sich zu aktiver Klimapolitik bekennen. „Das Netzwerk der Climate Group ist für Bayern und bayerische Firmen ein wichtiger „Wettbewerb der Ideen“. Derzeit sind rund 40 Regionen Mitglieder der Climate Group. Vielfältige internationale Kontakte nutzen laut Söder auch der bayerischen Wirtschaft. Im Freistaat gibt es rund 2.000 überwiegend mittelständische Betriebe im Bereich der Umwelttechnologie; dazu kommen rund 5.000 Handwerksbetriebe im Umweltschutz. Bayern hat knapp 20 Prozent Anteil am deutschen Markt für Umweltgüter. 2007 waren das bereits 12 Mrd. Euro. □

Frequenz, Dauer und Veränderlichkeit des Lärms spielen eine Rolle. Und natürlich die persönliche Einstellung zum Lärm.

Deshalb wird Fluglärm bei gleicher Lautstärke von den meisten schlimmer empfunden als Straßenverkehrslärm. Und deshalb kann ein Eisenbahnliebhaber problemlos neben einem Rangierbahnhof wohnen – der Lärm ist eher Musik für seine Ohren. Dagegen empfinden Anwohner die abendlichen Klänge einer Dixielandkapelle im benachbarten Biergarten als unerhörte Belästigung.

Der Mensch ist weitgehend, aber nicht ganz machtlos gegenüber Lärm. Natürlich sollte er es vermeiden, Dauerbelastungen über 85 Dezibel ausgesetzt zu sein. Schon bei Lärmstärken von 65 dB beginnen viele Menschen, Kopfschmerzen zu entwickeln. Die Schädigungsgrenze, bei der Hör- und Gleichgewichtsstörungen auftreten, beginnt aber bereits bei 80 bis 90 dB. Die Schmerzgrenze wird bei etwa 120 dB erreicht. Wer sich durch leise Töne gestört fühlt, kann einen Kunstgriff anwenden, indem er z. B. durch etwas lautere, aber angenehme Radiomusik das Uhricken oder den tropfenden Wasserhahn übertönt. Wer allerdings glaubt, ein Schlafmittel löse sein Problem, der irrt: Lästige Töne wirken auch unterbewusst im Schlaf. □

Was wie viel Lärm entfaltet

Atmen - 10 dB
Stille (bis zu) - 20 dB
Nächtliches Froschquaken - 64 dB
Vorbeifahrender Pkw - 80 dB
Krähender Hahn - 85 dB
Vorbeifahrender Zug - 90 dB
Presslufthammer - 105 dB
Disco und Rockkonzerte - 110 dB
Walkman (bis zu) - 115 dB
Düsenflugzeug - 120 dB. □

Klimasymposium der Versicherungskammer Bayern:

Klimawandel – Wie können die Folgen bewältigt werden?

Am 23. Februar 2010 lädt die Versicherungskammer Bayern zu ihrem fünften Klimasymposium nach München ein. Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutieren über neueste Forschungsergebnisse in der Schadenprävention und stellen erfolgreiche Praxisbeispiele vor.

Die zunehmenden Unwetter, Stürme und Überschwemmungen sind symptomatisch für den Klimawandel. Weltweit und regional wird die Anzahl der durch Klimakatastrophen verursachten Schäden weiter steigen. Der versicherte Schaden durch Naturgewalten kletterte in den vergangenen 50 Jahren auf das Vierzehnfache. In Deutschland betrug der Schaden von 1970 bis 2007 rund 42 Milliarden Euro, davon war etwa ein Drittel versichert. Allein der Sturm „Kyrill“ verursachte im Jahr 2007 bundesweit Schäden in Höhe von 2,4 Mrd. Euro.

Welche Maßnahmen zur Risikoversicherung gibt es, die die Gefahren und Folgekosten von Unwettern reduzieren? Und wie lassen sich im Ernstfall Katastrophen effizient managen? Diesen und vielen weiteren Themen widmet sich das Symposium im Hauptgebäude der Versicherungskammer Bayern in der Wangauer Straße 30. [Anmeldung unter presse@vkb.de](mailto:Anmeldung.unter.presse@vkb.de). □

Kompetenzzentrum Umwelt KUMAS:

Auszeichnung offizieller Leitprojekte 2009

Vom innovativen energieeffizienten und ressourcenschonenden Graphitbaustoff ECOPHIT® über die Entwicklung und Herstellung einer Korrosionssonde für Müll- und Biomasseverbrennungsanlagen bis hin zur energie- und materialoptimierten Hartverchromung in der Galvanik reichte diesmal der Bogen ausgezeichneter Innovationen des Kompetenzzentrums Umwelt e. V. (KUMAS) in Augsburg. Bereits seit 1998 werden jährlich Urkunden für innovative Verfahren, Produkte, Dienstleistungen, Anlagen, Konzepte, Entwicklungen oder Forschungsergebnisse vergeben, die in besonderem Maße geeignet sind, die vorhandene Umweltkompetenz der Region zu demonstrieren.

Nach der Begrüßung durch Paul Waning, Vorstandsmitglied der Lechwerke AG, nahmen die diesjährigen Gewinner aus der Hand von Dr. Hermann Teufel, Erster Vorsitzender des KUMAS e.V., ihre Urkunden in Empfang. KUMAS-Leitprojekt 2009 ist zunächst COPHIT® – Der neue Graphitbaustoff für die Gebäudetechnik (Projektträger: SGL Technologies GmbH, Expanded Graphite Meitingen). ECOPHIT® ist ein neuer, auf Basis von expandiertem Naturgraphit hergestellter Werkstoff, der eine effektive und umweltfreundliche Gebäudetemperierung aufgrund seiner extrem schnellen und gleichmäßigen Temperaturverteilung ermöglicht. ECOPHIT® ist der zukunftsweisende Basiswerkstoff für Klimadecken, Flächen-temperaturesysteme und Latentwärmespeicher.

Eine weitere Auszeichnung erhielt das Projekt „Die Korrosion im Blick – Online Korrosionsmonitoring in Großfeuerungsanlagen“ (Projektträger: Cormoran GmbH, Augsburg, AMU Anwen-

weltforschung der Universität Augsburg). Das Korrosionsproblem in Müll- und Biomasseverbrennungsanlagen verursacht immense Kosten. Durch die Entwicklung einer Korrosionssonde im Anwenderzentrum für Material- und Umweltforschung der Universität Augsburg – AMU – ist es erstmals gelungen, Korrosion im Abgas von Verbrennungsanlagen in Echtzeit zu messen. Mit dem Einsatz dieser Sonde kann die Betriebsweise von Verbrennungsanlagen energetisch optimiert und eine Kostenreduzierung vorgenommen werden. Die wirtschaftliche Verwertung dieser neu entwickelten Korrosionssonde hat die Cormoran GmbH mit Sitz im Umwelt-Technologischen Gründerzentrum in Augsburg übernommen.

Preisräger

„Variable-High-Speed Hartchromanlage HCr 21“ heißt der dritte Gewinner. Projektträger ist die Thoma Metallveredelung GmbH, Heimertingen. In der Galvanik werden mit Hilfe elek-

DK



Gute Ausbildung des Maschinenführers ist eine der Voraussetzungen für sicheren, kostengünstigen und Bestand schonenden Einsatz des Harvesters.

Harvesterfahrer:

Ausgebildet oder angelernt?

Gut ausgebildete Harvester- und Forwarderfahrer sind Garant für wenig Schäden an Bäumen und Waldboden. Zudem kennen qualifizierte Maschinisten den Gefahrenbereich und sie sind die Voraussetzung für eine sichere Arbeitserledigung. Harvester sind Hightechmaschinen, die in der Lage sind, Bäume schnell, kostengünstig, bestandsschonend und vor allem sicher zu fällen und aufzuarbeiten. Doch wer bedient die Maschine? Sind die Fahrer genügend ausgebildet, um das Potential der Maschine auszunutzen?

Viele negative Erfahrungen mit dem Harvester sind auf ungünstigen Einsatzzeitpunkt, die falsche Maschinenauswahl und Mängel in der Bedienung zurückzuführen. Gut ausgebildetes Fahrpersonal ist den schwierigen Einsatzbedingungen besser gewachsen. Untersuchungen haben ergeben, dass die Belastung durch Stress bei ausgebildetem Fahrpersonal geringer ist, als bei Ungelehrten.

Was hat der Waldbesitzer von einem gut ausgebildeten Harvesterfahrer? Der Maschinist ist

sensibilisiert für forstliche Fragen und besitzt Kenntnisse über ökologische Zusammenhänge. Das waldbauliche Wissen kann die Kosten für die Einsatzbetreuung und Kontrolle senken. Es sind weniger Schäden mit geringeren Folgekosten im Bestand zu befürchten.

Aus- und Fortbildungskurse für Forstmaschinenfahrer werden von verschiedenen forstlichen Bildungseinrichtungen in Deutschland und Österreich angeboten.

Meinrad Fußeder, LBG NOS

Unternehmen wollen auf Elektroautos setzen

Trend zum Leasing ungebrochen

Kirchheim - Unternehmen wollen in Firmenfuhrparks künftig verstärkt auf Elektroautos setzen. Während die Nutzung von Elektroautos in deutschen Dienstwagen-Flotten aktuell nahezu gegen Null geht, wollen in den nächsten drei Jahren neun Prozent mindestens ein solches Fahrzeug in Dienst stellen. Im gesamt-europäischen Vergleich soll dieser Wert sogar auf 18 Prozent steigen. Dies ist ein Ergebnis des „Barometers 2009“, einer telefonischen Umfrage des Corporate Vehicle Observatory (CVO) <http://www.corporate-vehicle-observatory.de> in zwölf europäischen Ländern.

Der exponentielle Anstieg wird laut der Studie für Unternehmen jeder Größe vorhergesagt. Bei kleinen Firmen mit weniger als zehn Mitarbeiter steigt der Wert auf zehn und bei Firmen mit zehn bis 99 Beschäftigten auf sechs. Bei mittleren Unternehmen liegt der Prozentsatz bei fünf und bei großen Unternehmen ab 1.000 Mitarbeitern gar bei 14 Prozent. Erklärt werden könne diese breite Absichtserklärung unter anderem damit, dass die Entscheider mit einem steigenden Angebot attraktiver Fahrzeuge rechnen.

Steuereinsparungen

„Die E-Autos müssen auch preislich mit herkömmlichen Fahrzeugen mithalten können, denn nur wenige werden bereit sein, einen allzu hohen Umweltbonus draufzulegen“, so Ralf Woik, verantwortlich für den CVO in Deutschland. Seien diese Bedingungen erfüllt, könnten sich Elektroautos durch ihren geringeren Wartungsaufwand, Steuereinsparungen und den Beitrag zur gesamten CO₂-Senkung für Flotten lohnen.

Die Studie brachte auch hervor, dass der Trend zum Leasing ungebrochen ist. Der Anteil der Unternehmen, die ihre Dienstwagen über diese Finanzierungsform anschaffen, liegt in diesem Jahr bei

42 Prozent und damit fast gleichauf mit dem Kauf (45 Prozent). Die Entwicklung geht damit zu Lasten des Autokredits, der nur mehr einen Anteil von 13 Prozent hat.

Leasing verteilt sich in diesem Jahr zu gleichen Teilen auf Leasing mit Restwertvertrag und Leasing mit Kilometervertrag. Die Wachstumsdynamik des Kilometervertrags in den nächsten drei Jahren ist vor allem bei Großunternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern besonders hoch. Hier werden 54 Prozent prognostiziert - beim Restwertvertrag liegt dieser Wert bei Null. Mit 25 Prozent sind die fest kalkulierbaren Kosten in größeren Firmen der Hauptgrund bei der Entscheidung für Leasing mit Kilometervertrag und Serviceleistungen.

Trendindikator

In der gesamtwirtschaftlich angespannten Situation spielen auch die Fuhrparks eine wichtige Rolle als Trendindikator. Gefragt nach konkreten Reaktionen auf die Krise nennen nur sechs Prozent eine Flottenverkleinerung; in ganz Europa sind es zehn Prozent. Kraftstoffesparungen (14 Prozent) und geringere Motorgröße (sieben Prozent) werden öfter genannt. Grundsätzlich ist bei den Flotten

Neue Formen städtischen Gärtnerns

Tagung in der Evangelischen Akademie Tutzing

Nachbarschaftsgärten, Interkulturelle Gärten, Klein-, Kraut- und Schulgärten, Guerilla Gardens: Überall boomt die Lust am Eigenanbau und an nachbarschaftlichen Begegnungen im Grünen. Welche neuen Formen des städtischen Gärtnerns in den vergangenen Jahren entstanden sind und was sie über mögliche Zukunftsaussichten der Stadt aussagen, damit beschäftigte sich die Tagung „Urbane Landwirtschaft und Gärten. Zur Zukunft der Stadt“ in der Evangelischen Akademie Tutzing.

Namhafte Referenten widmeten sich den unterschiedlichen Aspekten des Gärtnerns. Neben Naturerleben und ästhetisch-bildlichen und historischen Dimensionen ging es auch um Klimarelevanz und nachhaltige Stadtentwicklung. Die Tagung fand in Kooperation mit der Umweltschule der Evangelisch-Lutherischen Kirche und der katholischen Kirche in Bayern statt.

Selbstversorgung

Spätestens seit Michelle Obama einen Bio-Küchengarten am Weißen Haus angelegt hat, gewinnt das Thema immer mehr an Terrain. Eigenversorgung hat - nicht nur in der Krise - eine neue Bedeutung erhalten und wird auch und gerade von jüngeren Leuten kreativ angeeignet. Hier wird im Kleinen bereits vorweggenommen, was die künftige Entwicklung im großen Stil erfordert: nachhaltige Lebensstile und neue Wohlstandsmodelle, die weniger von materiellem Überfluss geprägt sind als von dem Verständnis für die eigenen Lebensgrundlagen sowie der Begegnung und dem miteinander Tätigsein. So ist der Anbau von Nahrungsmitteln „auf der eigenen Parzelle“ nicht nur gesund und vorteilhaft für das Klima, er bietet auch im sozial-kulturellen Sinn kreativ herausfordernde Optionen für neue Kulturen des Miteinanders.

Eine Art Megatrend

Christa Müller von der Stiftungsgemeinschaft anstiftung-erzomis in München umriss in ihrer Begrüßung das Potential urbanen Gärtnerns für den Umbau der postmodernen Industriegesellschaft und für eine postfossile Stadtgestaltung. Die Bewegung sei eine Art Megatrend. Städtische Eigenversorgung ermöglichte nicht nur den Zugang zu gesunden Lebensmitteln und sinnvollen Tätigkeitsfeldern, sondern schaffe auch Raum für das bürgerschaftliche Engagement von unterprivilegierten Menschen im Themenfeld der nachhaltigen Stadtentwicklung.

In Deutschland machen seit einigen Jahren die Interkulturellen Gärten Furore. Sie gelten deshalb als erfolgreiche Integrationsprojekte, weil sie zur Partizipation anregen und Gestaltungsmacht verleihen. Denn nicht nur der Boden muss umgepflügt und neu gestaltet werden, sondern auch die heterogene soziale Gemeinschaft, und darüber hinaus der Stadtteil, in dem der Garten liegt.

Teil einer sozialen Bewegung

Dr. Marit Rosol vom Frankfurter Institut für Humangeografie sprach über Community Gardens und City Farmers in Nordamerika. Urban farming zur Selbstversorgung und als Teil einer sozialen Bewegung ist dort ein starker Trend, der schon Anfang der 1970er mit der Green

ein verhaltenes Wachstum zu erwarten. „Das Barometer zeigt, dass die Unternehmen auf Mobilität offenbar auch in schwierigeren Zeiten nicht verzichten können und wollen“, meint Woik. □

Guerilla- und Community Garden-Bewegung begann. In New York beispielsweise gibt es heute 780 Community Gardens, in Toronto ca. 100. Diese werden oft ehrenamtlich und gemeinschaftlich organisiert, aber meist in enger Zusammenarbeit mit den städtischen Kommunen. Entsprechend der vergleichsweise größeren Notwendigkeit gibt es in Nordamerika längst kommunale Koordinationsstellen und städtische Programme wie „Food share“, was in etwa den bundesweiten „Tafeln“ entspricht.

Inspirierende Bilder

Prof. Dr. Susanne Hauser vom Berliner Institut für Geschichte & Theorie der Gestaltung zeigte vielfältige inspirierende und provozierende Bilder zur Ästhetik urbaner Agrarlandschaften, begonnen bei mittelalterlichen städtischen Nutzgärten über die Kriegs- und Notgärten der letzten Weltkriege (Kartoffelacker vorm Berliner Reichstag 1947), über Land Art Projekte, städtische Bienenhaltung bis hin zu utopischen Entwürfen wie www.agropolis-münchen.de und sciencefictionhaften Architektur-entwürfen.

Beispiel Dessau

Am Beispiel Dessau zeigte Heike Bruckner von der dortigen Stiftung Bauhaus den zur globalen Mega-Urbanisation gegenläufigen Trend von schrumpfenden Städten, wie z. B. in Ostdeutschland verbreitet. Dessau als drittgrößte Stadt in Sachsen-Anhalt schrumpft von 100.000 Einwohnern 1990 über 80.000 Einwohner 2000 auf voraussichtlich 52.000 Einwohner 2015. Abrisse und gestaltender Rückbau schaffen neue Brachen und Leerräume.

Die Stadtverwaltung hat im Zuge der Internationalen Bauausstellung 2002 auch mit Bürgerbeteiligung (Zukunftswerkstätten) eine Umbau-Strategie unter dem Motto „Wo Gebäude fallen, entsteht Landschaft“ entwickelt. Die Kampagne „400qm Dessau“ animiert und unterstützt Bürger, Flächen kostenlos in Kultur zu nehmen („Bürger-Claims“).

Urbane Praxis

Diverse Workshops mit Inputs aus der urbanen Praxis rundeten die gut besuchte Tagung ab. Ein Workshop war dabei den 1999 initiierten Münchner Krautgärten gewidmet: Dort werden lange gewildete Gemüsezeilen vom Landwirt besät bzw. bepflanzt, dann quer parzelliert und als 60 qm-Parzellen an Bürger für eine Saison verpachtet. Die Pächter können hacken, ernten, bei Bedarf nachpflanzen. Von 60 qm können etwa 200 kg Gemüse geerntet werden. Bei einer Pacht von 2 Euro/qm sind dies hohe Einkünfte für den Bauern; somit ergibt sich eine win-win-Situation. 2009 gab es in der Landeshauptstadt 13 Krautgärten mit ca. 700 Parzellen und einer Fläche von ca. 5,5 ha. München agiert als Vermittler zwischen Landwirt und Nutzer, es gibt eine Koordinationsgruppe mit einer festen Stelle dafür. DK



Bereits bei vielen Kunden rund um die Uhr erfolgreich im Einsatz: Das Mobidat Telematiksystem. Hier das Bedienteil für's Lkw-Cockpit. Foto: MOBIWORX

Mobidat-Telematiklösung von MOBIWORX

Durch genaue Datenerfassung Zeit und Kosten sparen

MOBIWORX-Kunden ziehen ein positives Fazit aus den bisherigen Einsätzen. Mobidat-Geräte zeichnen alle gefahrenen Strecken auf und werten die Arbeiten aus. Dies führt zu wirtschaftlichen Einsparungen mit einer hohen Effizienz und dient ebenso als Beleg gegenüber dem Bürger.

MOBIWORX Telematiksysteme haben einen ganzheitlichen Ansatz. Die Datenerfassung, -auswertung und -weiterverar-

beitung ermöglicht die automatisierte, passgenaue Aufbereitung von Tätigkeitsberichten, Abrechnungen (auch erbrachte Dienstleistungen) und Analysen. Das System ist sehr flexibel und kann an die Bedürfnisse der Anwender angepasst werden. Bereits nach wenigen Arbeitsdurchgängen amortisiert sich ein MOBIWORX-Gerät und überzeugt ebenso durch seine einfache Handhabung wie durch seine ganzjährige Nutzbarkeit. □

Garten München vom 3. bis 9. März:

Einzigartige Inszenierungen

Die Garten München, eine der größten Gartenausstellungen im bayerischen Raum, lockt Hobbygärtner und Naturliebhaber aus dem Winterschlaf. Sieben Tage lang, vom 3. bis 9. März 2010, zeigt die Ausstellung für Gartengestaltung und Gartenkultur einzigartige Inszenierungen für Garten, Balkon und Terrasse. In der Halle A6 der Neuen Messe München geben Gartenprofis Anregungen, wie aus der eigenen Grünfläche ein kleines Paradies entstehen kann.

Gestaltung nach Maß gehört zu den Schwerpunkten der Garten München. Thematisch angelegte Showgärten laden Messebesucher ein, sich inspirieren zu lassen und ihren Traum vom eigenen grünen Glück zu realisieren. Direkt vor Ort stehen den Besuchern Experten beratend zur Seite und helfen, bei individuellen „Gartenproblemen“ passende Lösungen zu finden. Mit kreativen Ideen lassen sich Garten, Balkon oder Terrasse in einen gemütlichen Wohnraum im Freien verwandeln.

Bei der Gestaltung der eigenen Ruhezone im Grünen zählt nicht nur eine genaue Planung, sondern auch der Einsatz passender Accessoires und Pflanzen. Der Mix aus Materialien und eine liebevoll ausgesuchte Dekoration sind unverzichtbare Elemente für ein stimmiges Gesamtbild. Mit dem Angebotsbereich Gartenkultur präsentiert die Garten München Dekoratives für Tisch und Garten sowie die entsprechende Ausstattung und Möblierung. Dazu gehören beispielsweise Wind-

und Wasserspiele, Feuerstellen, Pflanzgefäße, Stein- und Metallobjekte.

Bunt, farbenfroh und eine Augenweide wird sie wieder sein, die große Blumenschau im Herzen der Garten München 2010. Und dennoch wird alles anders als im Vorjahr, denn es wird keine klassischen Frühlingsblüher geben, sondern ein Blütenmeer aus flammenden Kätzchen, Usambaraveilchen, Freesien oder Duftpelargonien. Schließlich heißt das Motto in diesem Jahr „Blühendes Afrika“. Und dort haben zahlreiche, hierzulande inzwischen heimische Blumen und Pflanzen ihren Ursprung. Ein Beispiel hierfür ist die Geranie: Die in Europa beliebte Balkonpflanze kommt ursprünglich aus Südafrika.

Auch Experten von Fachverbänden und -organisationen bieten ein ausführliches Beratungsangebot an. Sie geben Auskunft zu ihren Fachgebieten und sorgen mit informativen Vorträgen für ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm. DK

PLANEN
ERFASSEN
ÜBERMITTELN
AUSWERTEN

STARTEN SIE DURCH MIT EFFIZIENTER DATENERFASSUNG.

Profitieren Sie von der nutzbringenden Internetanwendung. Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck.

Merkmale von MOBIWORX®:

- Störungsfreier Dauerbetrieb
- Einfachste Anwendung
- Kundenspezifische Auswertung
- Weiterverarbeitung der Daten
- Erfassung sämtlicher Anbaugeräte
- Günstige Datenübermittlung

MOBIWORX®
Telematik GmbH

Telefon: 0 80 35/96 463 - 0
www.mobiworx.de

VDV-Buchvorstellung:

Differenzierte Bedienung im ÖPNV

Flexible Bedienungsweisen als Baustein eines marktorientierten Leistungsangebotes

Der demographische Wandel stellt den Öffentlichen Personennahverkehr vor neue Herausforderungen. Im 15. Band der Blauen Buchreihe des VDV „Differenzierte Bedienung im ÖPNV“ bereitet sich der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen auf den Rückgang und die Alterung der Bevölkerung vor.

In der Publikation geht es um wichtige Fragen: Wie lässt sich in ländlichen Gebieten mit schrumpfender Bevölkerungszahl noch ein bezahlbarer ÖPNV aufrecht erhalten? Wie können Busse und Bahnen mit individualisierten Angeboten den Bedürfnissen des wachsenden Anteils von Senioren entgegen kommen? Fakt ist: Flexible Bedienungsweisen mit kleinen Fahrzeugen, die teilweise ohne Bindung an Fahrplan und Linienweg bedarfsgerecht bis vor die Haustür vordringen, können ein Lösungsweg sein. Ein wichtiges Element bei flexiblen Bedienungsweisen ist die Informationstechnologie, denn durch moderne Telematiksysteme können die Kunden besser informiert und die Anschlüsse genauer gesteuert werden.

Stärkere Individualisierung

Erst durch das Zusammenwirken der herkömmlichen Linienverkehre mit Bussen und Bahnen sowie der verschiedenen Formen flexibler Bedienungsweisen, die nur durch Anmeldung eines Fahrtwunsches aktiviert werden (auch Bedarfverkehre genannt), ist der ÖPNV in der Lage, die meisten Mobilitätswünsche der

Bevölkerung in Stadt und Land zu erfüllen, auch in Zeiten und Räumen schwacher Nachfrage. Denn die flexiblen Bedienungsweisen wie zum Beispiel Anrufsammeltaxi (AST), Taxibus und Rufbus (beispielhaft sind in Bayern Freising und Erding genannt), verschieben die betriebswirtschaftlichen Grenzen, bis zu denen ein ÖPNV-Angebot überhaupt noch politisch zu vertreten ist, zu Gunsten der Fahrgäste und ermöglichen eine stärkere Individualisierung der Verkehrsangebote.

Differenzierte Bedienung

Damit bietet die Differenzierte Bedienung laut VDV sowohl Möglichkeiten für die Sicherung von ÖPNV-Bedienungen trotz schwacher Nachfrage als auch für Angebotsausweitungen und neue Serviceangebote. Bei diesem Ansatz wird der Linienverkehr – nach wie vor das Grundgerüst des ÖPNV – durch kleinere, flexibel operierende Fahrzeuge und spezielle Angebote entweder ganz ersetzt, überlagert oder ergänzt. Die Überlagerung dient der Verdichtung im Fahrplan eines ausgedünnten Linienverkehrs. Ergänzungen des Linienverkehrs kommen dort in Betracht, wo die Lini-

enverkehrsmittel aufgrund der Fahrzeuggrößen, der beengten Straßenverhältnisse oder der geringen Einwohnerdichte – vielfach eine Folge disperser Siedlungsstrukturen – noch nie verkehren konnten.

Besondere Zielgruppen

Ergänzend zum Linienverkehr sind auch zusätzliche Angebote für besondere Zielgruppen möglich wie z. B. für Menschen mit Behinderungen, die den regulären ÖPNV nicht nutzen können oder Premiumangebote mit höherem Preis und höherem Bedienungs-komfort. Als Komfortverbesser-

rifs beigetragen. Dieser mache es möglich, mit einem Fahrausweis Zug und Bus zu benutzen.

Beispiele

Dass herkömmliche Linienverkehre und flexible Bedienungsweisen sich in unterschiedlichster Weise miteinander kombinieren lassen, zeigen folgende Beispiele:

- Am Stadtrand wird abends und am Wochenende eine Buslinie zurückgezogen; auf dem letzten Streckenabschnitt fahren stattdessen auf Bestellung Taxen nach Fahrplan und bringen die Kunden bis vor die Haustür.
- Im Fahrplan wird ein durchgängiger Studententakt angeboten – in den Berufs- und Schülerverkehrszeiten fahren Linienbusse, zwischen diesen Zeiten kommt ein Kleinbus nur auf Bestellung. (Während der Schulferien kommt eventuell den ganzen Tag über ein Fahrzeug nur auf Bestellung).
- Im Landkreis fahren Linienbus und Großraumtaxi in der Hauptverkehrszeit parallel zueinander.

Bayerischer ÖPNV-Preis 2010

Am 5. Februar endet die Bewerbungs- und Empfehlungsfrist für den Bayerischen ÖPNV-Preis 2010. Teilnahmeunterlagen gibt es im Internet unter www.bayern-takt.de/Nahverkehrspreis.

Der 6. Bayerische Nahverkehrskongress mit der Verleihung des ÖPNV-Preises durch Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil findet am 24. März 2010 in München statt. Renommierte Experten werden sich in Vorträgen, Diskussionen und Workshops unter dem Motto „Eisenbahnverkehr in Deutschland - wo kneift's? Probleme und Lösungsansätze“ mit aktuellen Themen aus allen Bereichen des ÖPNV befassen.

Der Bus verbindet die großen Orte direkt miteinander, das Großraumtaxi klappert die kleinen Siedlungen beiderseits der Linie ab; in den Schwachverkehrszeiten fährt nur das Großraumtaxi, dabei werden Umwege in Kauf genommen.

• In einem anderen Kreisgebiet verbindet der Linienbus die großen Orte direkt miteinander, Taxen fahren auf Bestellung die Fläche an der Strecke ab und bringen Fahrgäste zu dem Linienbus bzw. verteilen sie von den Bushaltestellen in die Fläche.

Busvorlaufbetrieb

Flexible Bedienungsweisen sind auch als Busvorlaufbetrieb vorstellbar – man denke an die Erschließung eines Neubaugebietes. Während der Bauphase könnte zunächst mit flexiblen Bedienungsarten operiert werden, später (nach Bezug vieler Wohnheiten bzw. bei Erreichen einer definierten Nachfrage) wäre ein Ersatz durch eine Buslinie möglich.

Als echtes Erfolgsmodell wird in der Handreichung die Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) beschrieben. Nach deren Angaben stiegen die Fahrgastzahlen in den vergangenen Jahren stetig. 1997 wurde eine nur unregelmäßig bediente und kaum nachgefragte Buslinie in eine vertaktete Taxibus-Linie umgewandelt. Bereits nach drei Jahren entfiel die Notwendigkeit der vorherigen Bestellung, aus der T53 wurde die R53. Die Rückumstellung brachte einen weiteren Fahrgast-schub. 2001 nutzten täglich 147 Fahrgäste die Verbindung, ein Jahr darauf waren es 257 und bei der kürzlich erfolgten Zählung waren es 316. Aus einer Buslinie wurde erst eine Taxibuslinie, die dann wieder dank reger Nachfrage in eine reguläre Buslinie umgewandelt wurde.

Zum Erfolg der Linie haben nach Auffassung des Unternehmens unter anderem die guten Zug- bzw. Busanschlüsse an den Endpunkten der Linie sowie die Einführung des Münsterland-Ta-

ander, der Bus verbindet die großen Orte direkt miteinander, das Großraumtaxi klappert die kleinen Siedlungen beiderseits der Linie ab; in den Schwachverkehrszeiten fährt nur das Großraumtaxi, dabei werden Umwege in Kauf genommen.

• In einem anderen Kreisgebiet verbindet der Linienbus die großen Orte direkt miteinander, Taxen fahren auf Bestellung die Fläche an der Strecke ab und bringen Fahrgäste zu dem Linienbus bzw. verteilen sie von den Bushaltestellen in die Fläche.

Erleichterter Betrieb

Inzwischen stehen mit den neuen Medien, wie beispielsweise Handy oder Telematik, Mittel zur Verfügung, um Fahrgastinformation, Bestellung und Betrieb von flexiblen Bedienungsweisen zu erleichtern. Die Umweltfreundlichkeit des ÖPNV ist bekannt: Einem durchschnittlichen Kraftstoffverbrauch der heutigen Pkw-Flotte von 6,6 l pro 100 km und Fahrgast stehen 2,0 l beim Bus gegenüber. Die Schadstoffbelastung der Luft verhält sich hierzu mindestens proportional.

In dieser Rechnung ist schon die geringe Besetzung der Busse in der Gegenlastrichtung sowie in den Schwachlastzeiten und der entsprechend erhöhte Pro-Kopf-Verbrauch an Kraftstoff berücksichtigt (in der Hauptverkehrszeit beträgt der spezifische Verbrauch des Busses durchschnittlich 0,5 l/100 km und Fahrgast).

Aus Umweltsicht noch besser als der 2,0 l-Durchschnitt wird der ÖPNV, wenn bei schwacher Nachfrage kleinere Fahrzeuge mit geringerem Kraftstoffverbrauch eingesetzt werden, nur die Kurse geändert werden, auf denen tatsächlich ein Fahrtwunsch besteht, nur die Streckenabschnitte befahren werden, auf denen tatsächlich ein Fahrgast mitfahren will und schließlich zwischen dem Einsteige- und dem Aussteigepunkt die Fahrtstrecke abgekürzt werden kann, wenn unterwegs kein weiterer Fahrgast ein- oder aussteigen will. „Insofern sprechen auch ökologische Gründe dafür, flexible Bedienungsweisen einzusetzen und dadurch den Umweltvorteil, den der ÖPNV bereits bietet, weiter zu vergrößern“, betont der VDV.

Sonderzugfahrt zeigt Schienenpotenziale in Bayern

Wie kann man besser nachvollziehen, mit welchen Herausforderungen und Potenzialen der Schienenverkehr verbunden ist, als selbst mit der Bahn zu fahren? Mit einer Sonderzugfahrt unter der Leitung der Bayerische Bauindustrieverband genau dies und bot über 120 hochrangigen Teilnehmern aus Kommunen, Wirtschaft, Industrie, Politik und Presse ein einmaliges Erlebnis.

Während der Fahrt informierten Experten „live“ über die jeweiligen Besonderheiten der Streckenabschnitte. So führte die „BOB“ (Bayerische Oberlandbahn) die Gäste von der Metropole München in den ländlichen Raum, fuhr auf den Güterverkehrsstrecken der Wackerchemie und des Regensburger Hafens und brachte sie über Freising wieder zurück nach München. Dies öffnete die Augen für so manche Sachverhalte, die als „normal“ hingenommen werden.

Burghausen ist Deutschlands zweitgrößter Chemiestandort. Die 25 angesiedelten Unternehmen erwirtschaften mit ihren über 25.000 Beschäftigten jährlich ein Gesamtumsatzvolumen von mehr als 8 Mrd. Euro, das sind sechs Prozent des deutschen Chemieumsatzes.

Klares Defizit

„Wir sind stark!“, freut sich daher Anton Steinberger von der Burghäuser Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, gibt aber zu bedenken: „Dafür braucht es eine gute Logistik, d. h. effiziente Wege auf Schiene, Straße und Wasser“. Wer solche beeindruckenden Zahlen hört, den verwundert es sehr, dass die „Global Player“ von Burghausen diese Leistungen auf einer Bahnstrecke bewältigen müssen, die man wohlwollend nur als idyllisch bezeichnen kann: Sie ist nicht elektrifiziert, nur eingleisig und führt, oftmals ohne Lärmschutz direkt an Wohnhäusern vorbei.

Mit der Kraft von zwei Loks

Die Dieselloks mit ihren 1.800 Tonnen schweren Kesseln müssen Kurven und Anhöhen bewältigen. Die schweren Güterzüge müssen daher mit der Kraft von zwei Loks fahren, um den „Pieracher Berg“ zwischen Tüßling und Burghausen zu bezwingen und sie müssen vor all den unbeschränkten Bahnübergängen laut Signal geben. All dies kostet Zeit, denn unter solchen Bedingungen können die Züge nur ganz langsam fahren oder müssen sogar auf Abstellgleisen warten, bis endlich die Gegenzüge vorbeigefahren sind. Unvorstellbar, dass dieser Strecke Teil der TEN 17, also des Transeuropäischen Verkehrsnetzes sein soll.

„Flaschenhals“ beseitigen

Die Kosten für die erforderlichen Maßnahmen des so genannten „Ausbauabschnitts 38“ werden mit 2,8 Milliarden Euro angesetzt. Dies umfasst z. B. die Elektrifizierung der Strecke, den zweigleisi-

Wenn es mit den flexiblen Bedienungsweisen gelingt, auch in Räumen und Zeiten schwacher Verkehrsnachfrage ein akzeptables Fahrtenangebot zu erstellen, dadurch Autofahrten zu substituieren und durch Bündelung mehrerer Fahrgastwünsche auf eine Fahrt den spezifischen Kraftstoffverbrauch zu verringern, ist laut Publikation noch ein weiterer Gewinn für die Umwelt erreicht. Allerdings sind bei einer Umweltbilanz auch die Leerfahrten von und zu den Einsatzorten sowie die Umwegfahrten, um weitere Fahrgäste aufzunehmen bzw. abzusetzen, ins Kalkül einzubeziehen – ebenso wie der Parksuchverkehr beim MIV.

„Andererseits“, gibt der VDV zu bedenken, „darf man den Bogen nicht überspannen“: Geringere spezifische Kraftstoffverbräuche als im privaten Pkw entstünden u. a. durch die Bündelung mehrerer einzelner Fahrgastwün-

ger Ausbau oder wenigstens den Bau von Überholgleisen. Das ist auch dringend notwendig, denn für die Wacker-Chemie ist die externe Logistik der „Flaschenhals“. Ihre interne Logistik haben sie längst selbst optimiert, denn: „Die teuersten Güter sind die, die nicht pünktlich zum Kunden kommen“, weiß Dr. Siegfried Kiese als Leiter der Materialwirtschaft bei der Wacker-Chemie nur zu gut.

Trimodale Zentren

Karl Fischer, Geschäftsführer des Logistik Kompetenz Zentrums in Prien (LKZ) schaut neidvoll auf die viergleisigen Ausbaustrecken im österreichischen Inntal und auf die vielen Güterverkehrszentren in Italien. Von dieser Investitionsfreude in die Schiene profitieren auch die Nutzer in Bayern. So hat die Republik Österreich beispielsweise 1,5 Millionen Euro Fördermittel für die Elektrifizierung der Schienenstrecke zwischen dem Regensburger Ostbahnhof und dem Regensburger Hafen investiert. Denn, so Joachim Zimmermann von der Bayernhafen Gruppe, andere Zuschüsse gebe es nicht. Es sind die Unternehmen selbst, die z. B. die Umschlagtechnik modernisieren oder mit eigenen Zügen fahren. Die Bayernhäfen arbeiten als trimodale Zentren, die die Güter lagern, puffern und ihren Transport über Schiene, Straße und Wasser organisieren. Wie schnell so eine Verladung von Lkw und Schiff auf die Schiene geht, davon konnten sich die Teilnehmer der Sonderzugfahrt vor Ort ein Bild machen.

Konzepte für die Fläche

35 Millionen Passagiere nutzen letztes Jahr den Airport, so Dr. Michael Kerkloh vom Flughafen München. Immerhin 34 % davon würden mit S-Bahn oder Zug an- bzw. abreisen. „Doch leider“, so gab der Vorsitzende der Geschäftsführung zu bedenken, „fehlt uns die Fernanbindung mit der Schiene – eigentlich überall sonst Standard, denn dann kann jeder Verkehrsträger seine Stärken voll auspielen“. So fordert Kerkloh einen Ausbau der West-Ost-Verbindung bei gleichzeitiger Verknüpfung mit dem Flughafen. Von der Anbindung an den Beschäftigungsmotor Flughafen könnte seiner Meinung nach vor allem Ostbayern profitieren. Dies zeigt: Auch wenn derzeit die Diskussionen anhand von Einzelprojekten wie „Erdinger Ring-schluss“ oder „Neufarmer Spange“ geführt werden – für die Zukunft braucht es Gesamtkonzepte. □

schne zu einer Fahrt. Je mehr Individualisierung und Flexibilisierung des ÖPNV auch in Räumen und Zeiten ausreichender Nachfrage verlangt werde, desto mehr Bündelungsfähigkeit und damit Kraftstoff-Einsparpotenzial gehe verloren.

Keine Standardlösungen

Ausdrücklich weist der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen darauf hin, dass es für die Anwendung der differenzierten Bedienung keine allgemein gültigen Standardlösungen gibt. „Vielmehr muss der Planer alle bekannten und erprobten ‚Werkzeuge‘ geschickt nutzen, um zu einem für Kunden, Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen passenden ‚Maßanzug‘ zu kommen.“ Dabei sollten Gestaltung und Regie des Ganzen immer „in einer Hand“ bleiben. **DK**

Ombudsstelle Nahverkehr Bayern:

Positive Bilanz nach fünf Jahren

Seit fünf Jahren können sich Fahrgäste mit Beschwerden an die Ombudsstelle Nahverkehr Bayern wenden. „Während es in der ersten Zeit nur vereinzelt Anfragen gab, melden sich heute nahezu täglich 1-2 Kunden bei uns“, zog Gerrit Poel, Geschäftsführer des VDV-Bayern und zugleich einer der beiden Ombudsleute eine positive Bilanz der fünfjährigen Tätigkeit. Zusammen mit Horst Schilling vom Landesverband Bayerischer Omnibusunternehmer e. V. (LBO) bearbeitet er Kundenbeschwerden, soweit sie den öffentlichen Personennahverkehr auf Straße und Schiene betreffen.

Im Dezember 2004 hatten der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen in Bayern und der Landesverband Bayerischer Omnibusunternehmen e. V. (LBO) die Ombudsstelle gegründet. Sie versteht sich als Beschwerdestelle in zweiter Instanz. Das heißt, Fahrgäste müssen sich zunächst einmal direkt mit ihrem Unternehmen um eine Einigung bemühen. Die Arbeit der Ombudsstelle wird von einem Beirat begleitet, in dem auch der Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD) und der Landesverband Bayern von Pro Bahn e. V. vertreten sind. Dessen Vorsitzender, Dr. Matthias Wiegner, begrüßt diese Form des zusätzlichen Services für die Fahrgäste: „Nach meinem Eindruck leisten die eine gute Arbeit zum Wohle der Fahrgäste. Und das ist ja ganz in unserem Sinne.“

Vielfältige Kundeneingaben

Die Palette der Kundeneingaben ist dabei sehr breit. Sie reicht von der Unzufriedenheit der Fahrgäste mit der Pünktlichkeit von Zügen über überfüllte Fahrzeuge bis hin zum Fahren ohne gültigen Fahrschein, wobei Letzteres mit Abstand den Schwerpunkt bildet. Nach fünf Jahren Erfahrung in dieser Tätigkeit wissen die Ombudsleute jedoch sehr genau, wie stichhaltig die ange-

führten Gründe hierfür sind. Dazu Gerrit Poel: „Wenn jemand dreizehn Jahre nach Einführung des Bayerntickets zu uns kommt und behauptet, er wüßte nicht, daß dieser Fahrschein erst nach 09:00 Uhr gilt, dann sind wir schon sehr skeptisch. Die zeitliche Einschränkung dieses Tickets wird nun wirklich ausreichend kommuniziert.“

Ganz anders verhält es sich, wenn langjährige Abo-Kunden in Umzugsfällen Probleme wegen Doppelabrechnungen haben. Poel weiter: „Es ist nicht nachvollziehbar, dass man einem langjährigen Kunden, der im Umzugsstreß vergessen hat, sein Abo rechtzeitig zu kündigen, nach dem Umzug sein Abo oder zwei Monate doppelt berechnet, obwohl er es beim gleichen Unternehmen auf einer anderen Relation ohne Unterbrechung fortführt.“

In vielen Fällen entscheidet die Ombudsstelle schließlich zu Gunsten der Kunden. Aber es gibt auch Grenzen, so z. B. dort, wenn ein Kunde sich in einem Fall zeitgleich an verschiedene Einrichtungen und Behörden wendet. „Postwurfsendungen haben bei uns keine Chance. Gerade weil wir uns bei der Meinungsbildung mit verschiedenen Stellen unterhalten, bekommen wir sehr schnell heraus, wenn wir in dieser Form mißbraucht werden.“ so der Ombudsmann. □

bvse-Jahrestagung in Bonn:

Positionen für die Zukunft

Im Rahmen seiner diesjährigen Jahrestagung feierte der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. auf dem Petersberg in Bonn seinen 60. Geburtstag. Weit mehr als 300 Mitglieder und Gäste hatten sich zu den Festivitäten eingefunden. Unter dem Motto „Seit 60 Jahren: Sekundärrohstoffe sind unser Geschäft!“ wurde jedoch nicht nur gefeiert, sondern auch wichtige Positionen für die Zukunft der Branche formuliert.

Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums wagte der bvse mit seinen Ehrenpräsidenten Heinz de Fries und Dr. Alfred Voßschulte zunächst einen Blick zurück in die lebendige Verbandsgeschichte. Da in krisengeschüttelten Zeiten Entscheidungen meist unter schwierigsten Bedingungen, schnell und beherzt getroffen werden müssen, war es für die Gäste außerdem sehr aufschlussreich, den Ausführungen des Extrembergsteigers Reinhold Messner zu lauschen, für den solche Bedingungen die Regel sind.

Neben der Kür hatte auch die Pflicht einen festen Platz im Programm der diesjährigen Jahrestagung. So stand das Thema „Tauschähnlicher Umsatz“ ganz oben auf der Tagesordnung. Trotz vehementer Proteste hat die Politik der Sekundärrohstoff-, Recycling- und Entsorgungsbranche diese neue steuerrechtliche Regelung aufgelegt. Der bvse hat deshalb den Steuerfachmann RA Guido Theissen, darüber kompetent zu informieren.

Wichtige Diskussion

Nachdem die Europäische Abfallrahmenrichtlinie verabschiedet worden ist, steht nun eine neue wichtige Diskussion an. Wann endet die Abfalleigenschaft der verschiedenen Sekundärrohstoffe?, lautet die Frage. Für Schrotte sind diese Beratungen im vollen Gange, für Altpapier wird der Diskussions- und Entscheidungsprozess absehbar beginnen. Andreas Versmann von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Umwelt, be-

richtete hierüber aktuell den Teilnehmern der bvse-Jahrestagung. Eine weitere Neuregelung steht an. Im April 2010 wird die elektronische Nachweisführung Pflicht für gefährliche Abfälle. Jörg Rüdiger von der NGS mbH gab deshalb einen Überblick über dieses Thema und Andreas Münch vom bvse-Mitgliedsunternehmen BSB Recycling GmbH schilderte, wie die betriebliche Einführung des elektronischen Begleitscheinverfahrens funktionieren kann.

Wie bvse-Präsident Burkhard Landers in seiner Grundsatzrede verdeutlichte, müssen bei der anstehenden Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes drei zentrale Ziele erreicht werden: Gesicherte Stoffströme hinsichtlich der Quantität und vor allem auch der Qualität, eine Steigerung des Einsatzes von heimischen Sekundärrohstoffen sowie der Erhalt bzw. Ausbau des Know-how-Vorsprungs in der Welt.

„Wenn wir diese Ziele verfolgen, sichern wir den ökologischen und ökonomischen Erfolg der Kreislaufwirtschaft für die Zukunft. Schließlich sind die Sekundärrohstoffe die einzige nachhaltige Rohstoff-Ressource, über die wir in Deutschland langfristig verfügen. Das ist auch der Grund, warum die stoffliche Verwertung im Vordergrund stehen muss, ohne die Tür für eine ergänzende hochwertige thermische Verwertung zuzuschlagen. Und dazu gehört untrennbar die getrennte und flächendeckende Erfassung der wertvollen Sekundärrohstoffe“, erklärte Landers, der klar machte, dass das Thema Sekun-

därrohstoffe nicht nur entscheidend für seinen Verband, sondern auch von „strategischer Bedeutung“ für industriell geprägte Volkswirtschaften sein werde.

Die Weichen stellen

Landers zufolge kann es in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nicht nur darum gehen, Konjunkturprogramme aufzulegen. Vielmehr müsse die Krise genutzt werden, um die Weichen für eine erfolgreiche und wachstumsstar-



In unmittelbarer Nähe zu Einfamilienhäusern befinden sich acht Unterflurcontainer für Glas, Leichtverpackungen und Papier. □

Bürgerservice in Vaterstetten:

Hohe Akzeptanz der Unterflur-Sammelstelle

Für das Umweltamt der Gemeinde Vaterstetten in der Region München müssen zwingende Gründe vorliegen, statt einer Wertstoffinsel ein in der Anschaffung viel teureres unterirdisches Wertstoffsammlersystem aufzustellen. So geschehen in einem neu erschlossenen Wohngebiet. Hier geht man von einer hohen Akzeptanz der jetzt installierten Unterflur-Sammelstelle von PAUL WOLFF aus, denn bislang hat sich in unmittelbarer Nachbarschaft niemand beschwert. „Und das ist erfahrungsgemäß ein gutes Zeichen.“ berichtet der Leiter des Umweltamtes Dr. Wolfgang Kuhn.

Die oberbayerische Gemeinde mit ihren 22.000 Einwohnern ist durch ihre Nähe zur Großstadt München sehr urban orientiert und hat soeben – neben 30 Wertstoffinseln und zwei Wertstoffhöfen – ihr viertes Unterflursammlersystem in einem neuen Wohngebiet erhalten. Im Rahmen der Erschließung durch einen privaten Bauträger geschah dies im Konsens mit dem Umweltamt. „Außerdem war es ein wichtiges Verkaufsargument für den Träger, denn die angehenden neuen Anwohner waren mehrheitlich gegen eine Wertstoffinsel und dem damit verbundenen Lärm und Schmutz“, erinnert sich Dr. Kuhn. „Keiner hat gerne eine Wertstoffinsel in seiner Nachbarschaft.“

Erfahrungsgemäß bieten konventionelle Wertstoff-Sammelplätze Anlass für wilde Beistellungen von Müll, Plakatierungen und Graffiti, sie verursachen Lärm und verbreiten unangenehme Gerüche. Er fügt hinzu: „Auch aus gestalterischen Gründen sind wir als zuständiges Umweltamt bemüht, Wertstoffcontainer und Müllgroßbehältern an öffentlichen Straßen und Plätzen gut zu integrieren.“

Hoher Stellenwert

Für Vaterstetten hat Umweltpolitik schon einen hohen Stellenwert. So hatte die Gemeinde beispielsweise mit dem ersten Wertstoffhof im Landkreis Ebersberg Ende der 80-er Jahre eine landkreisweite Vorreiterrolle in der Abfallwirtschaft eingenommen. Erst 2008 wurde eine moderne, überdachte Wertstoffentsorgungsanlage in Betrieb genommen.

Insgesamt acht Unterflurcontainer für Glas, Leichtverpackungen und Papier – in unmittel-

barer Nähe zu den Einfamilienhäusern – wurden von PAUL WOLFF, dem Spezialisten für Abfallsammelstellen, geliefert. Die 4-m³-Papiercontainer sind in 5 m³-Beton-schächte eingebaut. Somit kann man später auch einen größeren Container in diesen Schacht einsetzen. Erstmals kam das Unternehmen in Vaterstetten zum Zuge – Preis und Qualität waren entscheidend.

Die gestalterischen Beeinträchtigungen für das architektonische Gesamtbild sind gering, da nur der Einwurfschacht sichtbar ist. „Auch muss man bedenken, dass im städtischen Raum der begrenzte Platz bei der Planung immer eine große Rolle spielt“, erläutert Dr. Kuhn.

„Bürgerservice“ so der Umweltdienstleiter, „spielt in Vaterstetten eine große Rolle.“ Verantwortungsvolle Stadtplanung erfordert neben ökonomischer Orientierung auch eine Ästhetik der Baukultur. Folglich sind weitere unterirdische Systeme in Planung – so für das neue Ortszentrum, welches jetzt noch mit einer provisorischen Wertstoffinsel ausgestattet ist. Einen entscheidenden Aspekt fügt der Amtsleiter zu guter Letzt noch hinzu: „Die Kosten für die Leerung der Unterflursysteme sind im Vergleich zu den bestehenden Wertstoffinseln für die Gemeinde gleichhoch.“ □

weltweiten Rahmenbedingungen keinen vernünftigen Zweifel daran geben, dass die Sekundärrohstoffversorgung der Industrie künftig zu einem wichtigen, vielleicht sogar zu einem entscheidenden Faktor für den Erfolg einer industriell geprägten Volkswirtschaft wird. Landers: „Es liegt auf der Hand, dass das sicher keine kommunale Aufgabe ist. Das ist die Aufgabe und Verpflichtung der privaten Sekundärrohstoffbranche. Wir haben den Markt aus kleinen Anfängen heraus entwickelt, ihn gepflegt, und die Qualität unserer Produkte durch einen ständigen Strom von Innovationen verbessert.“

Drittbeauftragung

Deshalb gelte für den bvse: Die Drittbeauftragung bei der Entsorgung der Privathaushalte muss die Regel sein. In sachlich wie räumlich kleinteiligen Losen sollten nach den Regeln des öffentlichen Vergaberechts die verschiedenen Leistungsleistungen ausgeschrieben werden. Das entspreche der Gewährleistungsverantwortung der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger.

Der Verband ist nicht gegen kommunale Unternehmen, aber dann sollen sie sich auch einem fairen Wettbewerb stellen. Das Privileg der Inhouse-Vergabe habe ausgedient. Es benachteilige nicht nur die mittelständischen Entsorger, sondern auch den Gebührenzahler, denn nur in einem Wettbewerb mit klaren Regeln

könne sich ein fairer Preis für die gebotene Leistung bilden.

Für verschiedene Abfallströme, wie zum Beispiel Papier, Textilien und Schrott, haben sich laut Landers in den vergangenen Jahrzehnten gut funktionierende private Entsorgungsinfrastrukturen herausgebildet. Dies betreffe sowohl die logistische Seite, als auch die erfüllten Verwertungsstandards. Wenn aber bestimmte Stoffströme bereits jetzt in der Praxis in belastbaren Märkten erfasst, aufbereitet und verwertet werden, so müsse für sie auch eine gewerbliche Sammlung zulässig sein. Die durch die öffentliche Hand sicherzustellende Entsorgungsinfrastruktur sei hierdurch keineswegs gefährdet; die Abfallverwertung funktioniere hier, ohne dass sich der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger mit eigenen Mitteln einbringen muss.

Gleiches gelte auch bei der Gewerbeabfallentsorgung. Wie Landers hervorhob, „stellen unsere Unternehmen jeden Tag unter Beweis, dass sie ihren Job mit viel Know-how versehen. Perspektivisch sollte deshalb auch bei den Abfällen zur Beseitigung die Andienungspflicht fallen“. Hierzu sei eine Kooperation zwischen öffentlichen Anlagenbetreibern und privater Entsorgungswirtschaft erforderlich, um einerseits in der Vergangenheit aufgebaute Anlagenkapazitäten weiter zu nutzen, andererseits gerade für den Mittelstand den direkten Zugang zu den großen Entsorgungsanlagen sicher zu gewährleisten. DK

Praxisforum 2010 des MVV:

„ÖPNV ist Umweltschutz“

Mittlerweile einen festen Platz im Jahreskalender hat das ÖPNV-Praxisforum der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV). Am 10. Februar 2010 findet die Veranstaltung, die sich vor allem an Kommunen und Aufgabenträger im süddeutschen Raum wendet, bereits zum 11. Mal statt. Das Leitmotiv der diesjährigen Veranstaltung lautet: „ÖPNV ist Umweltschutz“.

Die Tagungsteilnehmer erwarten interessante Beiträge rund um das Thema Umweltschutz: Auf dem Programm stehen „Innovative Bustechnologien“, „Bike+Ride, Call a Bike und CarSharing als Partner im Umweltverbund“, „Umweltmarketing im ÖPNV“ sowie ein Beitrag zur „Umweltzone, Luftreinhalteplanung und Lärminderungsplanung in der Landeshauptstadt München“.

Das Praxisforum findet am 10.02.2010 im Le Meridien Hotel am Münchner Hauptbahnhof von 9.30 bis 16.00 Uhr statt. Die Tagungspauschale beträgt 95 Euro.

Information und Anmeldung: Frau Ulla Krasser, MVV Consulting, Postfach 260 154, 80058 München, Tel.: (089) 21033-266, Fax: -297, E-mail: info@mvv-consulting.de Internet: www.mvv-consulting.de □

VDV, BDE und DB Schenker Rail zum Schienengüterverkehr:

Für Entsorgungsindustrie immer interessanter

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) sowie DB Schenker Rail haben bei einer gemeinsamen Fachtagung in Potsdam über die vielfältigen Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Entsorgern und Güterbahnen diskutiert. „Die Entsorgungs- und Rohstoffwirtschaft gehört zu den Zukunftsmärkten mit großen Wachstumspotenzialen“, sagte BDE-Präsident Peter Kurth. Der Schienengüterverkehr sei geradezu prädestiniert, große Mengen über weite Entfernungen zu transportieren.

„In den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der Ablagerungsstellen in Deutschland drastisch reduziert. In den sechziger Jahren waren es noch über 50.000. Jetzt gibt es noch 150 Deponien und 69 betriebene Müllverbrennungsanlagen“, sagte Dr. Martin Henke, Geschäftsführer des VDV. „Diese Konzentration und Mengenbindung führt zu einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Schiene in diesem Wachstumsmarkt.“

Auf der Veranstaltung „Entsorgungslogistik auf der Schiene“ wurden mehrere erfolgreiche Beispiele aus der unternehmerischen Praxis vorgestellt. Diese zeigten das Leistungsportfolio der Güterbahnen bei dem Transport von Haus- und Sperrmüll über kontaminierte Böden und Filterstäube, bis hin zur Konzi-

pierung anspruchsvoller Transport- und Logistikkonzepte im neuen Marktsegment Ersatzbrennstoffe.

Stephan Strauss, Leiter des Marktbereichs Baustoffe, Industrie- und Konsumgüter bei DB Schenker Rail fasst zusammen: „Insgesondere vor dem Hintergrund der anspruchsvollen Anforderungen und der engen rechtlichen Rahmenbedingungen ist die Schiene ein starker Partner für die Entsorgungsindustrie – auch international.“

Die gemeinsame Informationsveranstaltung in Potsdam hatte das Ziel, interessierten Verladern aus der Abfall- und Entsorgungsindustrie konkrete Verlagerungsmöglichkeiten vorzustellen und über Fördermöglichkeiten zu informieren. □

Mehr Mobilität in der Region

Eisenbahngesellschaft agilis baut moderne und leistungsfähige Fahrzeugwerkstatt

Regensburg. (osr) An einem Mittwoch kam die Baugenehmigung, Tags darauf rückten die Bauarbeiter mit ihren Fahrzeugen und Maschinen an. Und mit ihnen auch Verkehrsstaatssekretärin Katja Hessel und Oberbürgermeister Hans Schaidinger, um den symbolischen Ersten Spatenstich zu vollziehen. Die agilis-Eisenbahngesellschaft errichtet in direkter Nähe zum Hauptbahnhof eine moderne und leistungsstarke Fahrzeugwerkstatt als zentralen Betriebsstützpunkt.

Am 12. Dezember 2010 beginnt für das Regionalbahnnetz Regensburg und die Donautalbahn eine neue Ära: 26 fabrikneue, komfortable Triebfahrzeuge und ein deutlich höheres Leistungs- und Serviceangebot sorgen dann für noch mehr Mobilität in der Region. Bayerns Staatssekretärin für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Katja Hessel, hieß das Tochterunternehmen der Hamburger Hochbahn zum ersten Engagement in Bayern willkommen. Oberbürgermeister Hans Schaidinger rechnet mit einer deutlichen Verbesserung der Qualität des regionalen Nahverkehrs.

„Der Wettbewerb im Schienennahverkehr hat zu entscheidenden qualitativen und quantitativen Verbesserungen geführt“, sagte die Staatssekretärin. Die Fahrgäste profitieren zukünftig nicht nur von schnelleren, komfortableren Fahrzeugen und einem dichteren Takt, sondern vor allem von einem erhöhten Serviceangebot und viel Kundenfreundlichkeit in allen Bereichen. OB Schaidinger: „Mit agilis begrüßen wir einen attraktiven Arbeitgeber in der Region.“

Auf 10 000 Quadratmetern Grund, den agilis der Rewag abgekauft hat, entstehen eine 130 Meter lange Eisenbahn-Werkstatthalte für Wartung und In-

standhaltung sowie eine Waschanlage und Reinigungsanlage. Insgesamt 100 Millionen Euro investiert agilis in Fahrzeuge und Baulichkeiten, damit der Nahverkehr im Dezember 2010 übernommen werden kann – auf den Strecken Neumarkt-Regensburg-Plattling sowie Landshut-Regensburg-Ingolstadt. In der neuen Werkstatt werden bis zu 20 Mitarbeiter mit der Wartung und Pflege der Fahrzeuge beschäftigt sein. Insgesamt wird der Standort Regensburg auf 140 Mitarbeiter ausgebaut.

Zufriedene Kunden im Visier

agilis-Geschäftsführer Dietmar Knerr: „Dieser Tag ist ein großes Ereignis für unser Unternehmen, das sein erstes Domizil im Posthof bezogen hat.“ Von diesem zentralen Betriebsstützpunkt aus werden nicht nur das Regensburger Verkehrsangebot und ab 2011 auch das Dieselnetz Oberfranken (hier werden 70 Millionen Euro investiert) gesteuert, sondern auch alle künftigen Aktivitäten von agilis in Süddeutschland. „Wir werden ständig daran arbeiten, unseren Service zu verbessern, um viele Fahrgäste von unserem Angebot Grund, den agilis der Rewag abgekauft hat, entstehen eine 130 Meter lange Eisenbahn-Werkstatthalte für Wartung und In-

Mit Vertrauen, Nachhaltigkeit und Steuerung die Zukunft meistern

Vor rund 250 geladenen Gästen hat Landrat Roland Schwing beim Neujahrsempfang des Landkreises Miltenberg die Schlüsselfaktoren genannt, mit denen es gelingen kann, die Zukunft erfolgreich zu meistern: Vertrauen aufbauen, Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen etablieren und effektive Steuerungsmechanismen zu entwickeln.

„Prognosen sind schwierig, vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen“ – mit diesem geflügelten Wort des amerikanischen Schriftstellers Mark Twain wies Schwing darauf hin, dass es unmöglich ist, die Zukunft vorauszu sehen. Die Antwort auf die Frage, wohin die Reise führt, sei dennoch spannend – vor allem angesichts der globalen Finanzkrise, deren Auswirkungen noch nicht abschätzbar seien.

Orientierung und Werte

Alarmierend ist für Schwing, dass in den vergangenen Jahren sehr viel Orientierung und Werte verloren gegangen sind. Das Vertrauen in die Führung von Wirtschaft und Gesellschaft sei dramatisch gesunken, verdeutlichte der Landrat anhand von Zahlen. So sei das Vertrauen in Manager von Großkonzernen mit acht Prozent an einem Tiefpunkt angelangt. „Aber Vertrauen bildet auch im 21. Jahrhundert die Grundlage unserer Marktwirtschaft“, sagte Schwing, auch wenn dies in manchen Ohren altbacken klinge. „Wir müssen den Grundwerten, welche das Gerüst für unser Zusammenleben bilden, eine Renaissance ermöglichen“, ist der Landrat überzeugt. Die Bibel biete hierfür mit ihren zehn Geboten einen idealen Rahmen.

Ein weiteres Rezept für das Meistern der Zukunft liegt für den Landrat darin, in der Krise langfristiger zu denken. „Wir müssen so investieren, dass die

Renditen uns dann zugute kommen, wenn wir die krisenbedingten Schulden tilgen müssen“, sagte Schwing. Nur so könne man die Ausgaben über zusätzliche Verschuldung gegenüber den nachfolgenden Generationen rechtfertigen. Zu den langfristigen Investitionen mit Renditen zählen für Schwing Investitionen in Bildung und Qualifizierung. Sage und schreibe 21,5 Milliarden Euro könnten bis 2015 eingespart werden, wenn junge Menschen nach der Schule besser in den Arbeitsmarkt integriert würden. „Wir können es uns nicht leisten, junge Menschen verloren zu geben“, so Schwing.

Der Markt braucht Regeln

Eine Lehre aus der Krise ist für Schwing die Tatsache, dass es einen Staat braucht, der dem Markt Regeln setzt und für ihre Durchsetzung sorgt. In Deutschland habe man schnell gelernt – was man am engagierten Eingreifen der Bundesregierung gesehen habe. Auch die gesellschaftlichen Diskussionen bräuchten ein Mehr an inhaltlicher Orientierung und Entscheidung, forderte Schwing. So müssten die Bürger in vielen Fragen und Entscheidungen künftig viel intensiver eingebunden werden. „Bürgerbeteiligung kann zu einem Innovationstreiber werden“, zeigte sich der Landrat überzeugt.

Auch der Landkreis Miltenberg sei gefordert, seinen Teil zum Me-

stern der Krise beizutragen, sagte Schwing. Er müsse die vom ihm beeinflussbaren Rahmenbedingungen aktiv gestalten. Kreistag, Landrat, Gemeinderäte und Bürgermeister müssten sich bei der Gestaltung der Zukunftsaufgaben an den genannten Grundsätzen orientieren. Den richtigen Weg habe man schon eingeschlagen, sagte Schwing und wies auf das Zukunftssymposium des Landkreises Miltenberg hin, bei dem im Oktober 2009 rund 100 Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Bildung und Verbänden unter wissenschaftlicher Begleitung die Stärken und Entwicklungsfelder des Landkreises herausgearbeitet hätten. Im Jahr 2010 gelte es, nach erfolgreichen und pragmatischen Lösungen zu suchen und diese auch umzusetzen.

Johannes Oswald, Chef des Miltenberger Elektromotorenherstellers Oswald, beschäftigte sich in seiner Rede mit der Frage, ob der moderne Mensch auf seinem Weg auf seine urgeschichtlichen Erfahrungen zurückgreifen sollte oder nicht.

Dieser Frage ging Oswald anhand einer fiktiven Gruppe von Homo sapiens vor einigen hunderttausend Jahren in der afrikanischen Savanne nach. Der Mensch habe sich vom Sammler zum Jäger entwickelt, es haben sich Clans und Stämme entwickelt. Kleine, verschworene Gemeinschaften schlagen sich in einer unwirtlichen, lebensfeindlichen Umgebung durch. Jeder hält sich an ungeschriebene Regeln. Diese urmenschlichen Erfahrungen, so Oswald, seien über Jahrhunderte zu einem kollektiven Urbewusstsein geworden.

Dass der Mensch sich seit dieser Zeit so verändert hat, liegt für

Oswald in der Tatsache, dass der Mensch seit Tausenden von Jahren in anonymen Massengesellschaften lebt. Ständig begegne man anderen, anonymen Menschen, die nicht zum eigenen Umfeld gehören. Der Zoologe Desmond Morris habe die These aufgestellt, dass diese Anderen als Teil der Natur oder sogar als Bedrohung oder Beute eingestuft werden. Den Menschen im eigenen Umfeld dagegen begegne man mit Vertrauen – zurückzuführen auf eine uralte Tradition des Menschen.

Kooperationsfähigkeit

Oswald für seinen Teil beantwortet die Frage, ob der Mensch gut ist, mit einem Ja. Neben seinem Verstand habe ihn vor allem seine Kooperationsfähigkeit und sein Altruismus über die Maßen erfolgreich werden lassen. Dieser Erfolg habe ihn allerdings in eine anonyme Massengesellschaft geführt. Menschen in der Anonymität brauchen Regeln, die über die natürlichen Stammesregeln hinausgehen, zitierte Oswald Erfahrungen aus der Geschichte. Das sei aber gar nicht so einfach. Das Gebot „Du sollst nicht töten“ beispielsweise, das eine mindestens 2000-jährige Tradition hat, werde allgemein für gut geheißen und dennoch beständig mit Füßen getreten. Ein Blick in die Vergangenheit zeige, womit sich der Mensch häufig schwer tut.

Gruppengröße: So hätten sich urchristliche Gemeinden ab etwa 70 bis 100 Mitgliedern geteilt, um Anonymität zu vermeiden und persönlich in Kontakt zu bleiben. Deshalb, so Oswald, „erfüllt mich der Blick auf unsere Pfarreiengemeinschaften mit Sorge.“

Gehorsam: Häufig sei zu erkennen, dass rangniedrige Gruppenmitglieder nicht mehr gehorchen, sobald das Alphasymbol nicht da ist – Beispiel: Das Verhalten von Kindern, wenn die Eltern nicht da sind.



Landrat Schwing (l.) verlieh den Ehrenpreis von Miltenberg.

Thema Geschwindigkeit: Gerade bei Jugendlichen entscheidet häufig die Tatsache, wer am schnellsten fährt oder die meisten PS hat, über den Rang in der Gruppe und damit „den Kampf ums Weibchen.“

Komplexität des Alltags

Komplexität: Mit der großen Zahl von Entscheidungsmöglichkeiten muss man umgehen können: Welchen von 100 Berufen ergreift der Jugendliche? Welcher Partner passt zu mir, welches von 30 Fernsehprogrammen ist für mich geeignet? – aus stammesgeschichtlicher Hinsicht sei das eine totale Überforderung.

Mathematik: Für das Überleben und die Fortpflanzung sei Mathematik aus urmenschlicher Sicht völlig überflüssig.

Klimaerwärmung: Urgeschichtlich läge es nahe, sich um die Klimaerwärmung überhaupt nicht zu kümmern – schließlich kann man Kohlendioxid nicht fühlen, hören und sehen. Dagegen, so Oswald, helfe nur eines: Angst. Dramatisch veranschaulichte Folgen der Erderwärmung könnten den Menschen beeindruckend und Urinstinkte wecken – im Grunde sei der Mensch auch ein Herdentier, stän-

dig auf der Flucht vor Gefahr.

Oswalds Fazit: Die stammes- oder urgeschichtlichen Erfahrungen stecken tief im Menschen; sie können nützlich, aber auch hinderlich sein. Wer sich mit Verstand für einen Weg entscheidet, der den Urfahrungen nicht entspricht, muss damit rechnen, dass es ungleich schwerer wird und dass intelligente Strategien entwickelt werden müssen, um erfolgreich zu sein. Der von Urfahrungen gedeckte Weg dagegen gehe leicht von der Hand. Deshalb, so Oswald, „sollten wir überprüfen, ob unser Verhalten im Jahr 2010 gesellschaftlich vernünftig und wünschenswert ist.“

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Röhlé

Ehrenherausgeber:

Beda Bohner

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Jakob Döring

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlufstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

„Volle Energie“ 2009:

Jugendliche aus Pfaffenhausen, Augsburg und Kempten gewinnen

Die diesjährige Runde des schwabenweiten Jugendwettbewerbs „Volle Energie“ ist entschieden: Bei der feierlichen Preisverleihung in Donauwörth wurden vier Projekte aus der offenen Jugendarbeit ausgezeichnet. Insgesamt hatten Jugendliche und Betreuer 13 Projekte aus ganz Schwaben für den Wettbewerb eingereicht. Die vier Gewinner-Projekte erhalten Preisgelder in Höhe von insgesamt 2.500 Euro. Für alle anderen Teilnehmer gab es Anerkennungspreise.

1. Preis (1.000 Euro): „Oase der Friedfertigkeit – Ein Park der Generationen“. Juze Pfaffenhausen

Der erste Preis ging an das Jugendzentrum (juze) Pfaffenhausen, Landkreis Unterallgäu, für das Projekt eines Generationenparks – eingereicht für das Themenfeld Politik & Engagement. Zehn Mädchen und Jungen im Alter zwischen 9 und 14 Jahren entwickelten die Idee zu einer Begegnungsstätte für Jung und Alt: ein Generationenpark, in dem Geselligkeit, Kommunikation und das Naturerlebnis gefördert werden. Dazu beitragen sollen unter anderem ein Bewegungs- und Geschicklichkeitsparcours sowie ein Pavillon für Konzerte und Aktionen. Mit Bürgermeister und Gemeinderat haben die beteiligten Kinder und Jugendlichen Gespräche zur Realisierung des Parks geführt, den Pfaffenhausener Bürgern stellten sie ihren Park als Miniaturmodell vor. Lohn des Engagements: Der Generationenpark wird mit der Innerortsplanung „Grüne Mitte“ zusammengeführt und umgesetzt.

2. Preis (750 Euro): „Graffiti-Kunst im Innenhof“. Augsburg

Mit dem zweiten Preis prämierte die Jury ein Projekt des Streetwork Süd vom Stadtjugendring Augsburg aus dem Bereich Kunst & Kultur, das sich mit dem

Thema Vandalismus beschäftigte.

Der Hintergrund: Jugendliche waren wegen Schmierereien an Gebäuden einer Wohnbaugesellschaft angezeigt worden. Das beim Stadtjugendring angesiedelte Projekt gab den Kindern und Jugendlichen zum einen die Möglichkeit, ihr Wohnumfeld aktiv mitzugestalten. Zum anderen sollten aber auch die Anwohner für Graffiti-Kunst sensibilisiert werden. Dafür planten und gestalten rund 40 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 7 und 25 Jahren zusammen mit der Graffiti-Künstlergruppe „Die Bunten“ und der Wohnbaugesellschaft WSB-Bayern Graffiti-Projekte in den Anlagen der WSB. Der Erfolg: Die Jugendlichen übernehmen Verantwortung für „ihre“ Kunstwerke und damit auch für ihr Wohnumfeld.

3. Preis (500 Euro): „Kompromisslos – Reime gegen Gewalt“. Kempten

Prämiert wurde außerdem ein Projekt von Streetwork Kempten, das sich mit dem Thema Gewalt unter Jugendlichen auseinandergesetzt hat: 17 Junge aus Kempten, Mitglieder verschiedener, miteinander rivalisierender Stadtteil-Gangs, produzierten gemeinsam eine CD mit ihrer eigenen Rap-Musik. Das Projekt wurde von den Jugendlichen

sehr gut angenommen und trug dazu bei, die Spannungen zwischen den verschiedenen Gangs abzubauen.

4. Preis (250 Euro): „Jugendspielplatz am Hofgarten“. Kempten

Mit dem 4. Platz wurde ein für den Themenbereich Politik & Engagement eingereichtes Projekt des Jugendhauses Kempten ausgezeichnet. Das Konzept: Jugendliche sollten aktiv an der Umsetzung des städtischen Bebauungsplans beteiligt werden. Konkret ging es um die Gestaltung eines neuen Spiel- und Freizeitgeländes. Rund 30 Jugendliche im Alter zwischen 12 und 20 Jahren wurden dafür nach ihren Wünschen und Anforderungen befragt. In Kooperation mit dem städtischen Bauhof und einem Landschaftsarchitekten beteiligten sie sich außerdem an der Planung des Geländes. Alle Vorschläge der Jugendlichen wurden bei der Umsetzung berücksichtigt. Nicht zuletzt aus diesem Grund nehmen die Jugendlichen ihren Spielplatz nach der Realisierung nun besonders gut an.

Die vier ausgezeichneten Projekte überzeugten in besonderem Maße durch ihre Nachhaltigkeit, das Engagement der Jugendlichen und ihren Bezug zum unmittelbaren Wohnumfeld. Die Preise übergaben: Georg Schmid, CSU-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, Bezirksstadtspräsident Jürgen Reichert, Manfred Gahler, Vorsitzender des Bezirksjugendrings Schwaben und LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning.

„Die offene Jugendarbeit bietet Jugendlichen eine Plattform für



Lisa Staffa, Sara Heim, Ramona Schmid und Cordula Neß (v. l.) vor ihrem Modell des Generationenparks. Das Projekt des Jugendzentrums Pfaffenhausen (Landkreis Unterallgäu) hat beim schwabenweiten Wettbewerb „Volle Energie“ den mit 1.000 Euro dotierten 1. Platz gewonnen.

Kreativität und Eigeninitiative außerhalb etablierter Strukturen. Sie können in den Projekten zeigen und selbst erfahren, wie sie ihr unmittelbares Wohnumfeld mit gestalten“, sagte LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning. „Das wollen wir mit der Initiative ‚Volle Energie‘ stärken. Alle für den Wettbewerb eingereichten Projekte sind Zeugnisse dafür, dass Jugendliche entgegen der derzeitigen öffentlichen Wahrnehmung, eben doch Engagement zeigen, Verantwortung übernehmen und sich auch mit schwierigen Themen auseinandersetzen – und zwar mit voller Energie.“

Gesellschaftliche Anerkennung

Manfred Gahler, Vorsitzender des Bezirksjugendrings Schwaben, lobte den Wettbewerb: „Durch ihn erhalten die Projekte der Offenen Jugendarbeit eine öffentliche Aufmerksamkeit. Die Jugendlichen erleben eine gesellschaftliche Anerkennung für ihr Engagement. Dies wirkt sich wiederum stimulierend für die Arbeit in den Jugendzentren und

Jugendtreffs in Schwaben aus.“

Die in Bayern einmalige Initiative „Volle Energie“ richtet sich gezielt an alle Einrichtungen der offenen Jugendarbeit in Bayerisch-Schwaben. Die teilnehmenden Projektteams sollen in ihren Wettbewerbsbeiträgen zeigen, wie sie ihre Energie positiv umsetzen. Themenfelder sind: Kultur und Kunst, Migration und Vielfalt der Kulturen, Sucht und Gewalt sowie Politik und Engagement. LEW finanziert den Wettbewerb mit einem Betrag von 8.000 Euro.

LEW engagiert sich als Sponsor beim Sport, in der Kultur sowie bei sozialen Projekten für die Region. Die Lechwerke AG gehört zur RWE-Gruppe. LEW ist als regionaler Energieversorger für rund 500.000 Kunden in Bayern und Teilen Baden-Württembergs tätig. Die LEW-Gruppe beschäftigt mehr als 1.600 Mitarbeiter, ist mit 35 Wasserkraftwerken einer der führenden Erzeuger von umweltfreundlicher Energie aus Wasserkraft in Bayern und bietet Dienstleistungen im Bereich der Telekommunikation an.

Europäische Metropolregion München in Landshut:

Fokus auf Mobilität

Rund 200 Akteure des Vereins Europäische Metropolregion München (EMM) sowie Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Verwaltung diskutierten in Landshut über Chancen und Herausforderungen im Bereich Mobilität. Im Mittelpunkt standen dabei Begriffe wie E-Mobility, Intermodalität und neue Ticket-Angebote.

Der EMM-Vorsitzende, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, nannte in seinem Grußwort interessante Zahlen über die Europäische Metropolregion München: Sie weist knapp 5,5 Millionen Einwohner auf, hat mit einem Durchschnittsalter von 41,8 Jahren die jüngste Bevölkerung aller deutschen Metropolregionen, beschäftigt rund 2,5 mal so viele Menschen in Forschung und Entwicklung wie im Bundesdurchschnitt und kann mit 30 Millionen Übernachtungsgästen die meisten Übernachtungen pro Einwohner in Deutschland aufweisen. Ude betonte, man wolle die Region nach innen vernetzen und nach außen weithin sichtbar machen. Ziel sei es, die Wettbewerbsfähigkeit auszubauen, die Attraktivität der Natur- und Kulturlandschaft zu schützen und die Lebensqualität für die Menschen zu erhöhen.

Auf das zentrale Tagungsthema eingehend, wies Sylvia Hladky, Leiterin des Verkehrszentrums des Deutschen Museums München, darauf hin, dass Mobilität einen wesentlichen Faktor der Gesellschaft und Wirtschaft darstellt. Der Wunsch nach grenzenloser Mobilität werde allerdings von einigen Faktoren eingeschränkt: Klimawandel, Verkehrsdichte, demographischer Wandel oder begrenzte Ressourcen. Daher sei es wichtig, über neue Ansätze zur Stadtplanung, nachhaltige Mobilitätskonzepte und effizientere Verkehrssysteme nachzudenken. Zu den wesentlichen Wirtschaftsfaktoren der Region zähle die Erreichbarkeit von außen. Der Münchner Flughafen habe sich zwar zu einem wichtigen Faktor für die Ansiedlung von Firmen entwickelt, leide aber unter der Erreichbarkeit innerhalb der Region, so Hladky.

Bessere Anbindung

Dr. Michael Kerkloh, Geschäftsführer Flughafen München GmbH, bestätigte, dass der Flughafen München in der Vergangenheit stark gewachsen sei, die Verkehrsinfrastruktur aber im Vergleich mit anderen Flughäfen nicht mehr den Standards entspreche. Für eine bessere Anbindung der Gebiete östlich des Flughafens sei ein besserer Schienenanschluss vonnöten.

Professor Dr. Carsten Gertz vom Institut für Verkehrsplanung und Logistik der TU Hamburg-Harburg wies in seinem Impulsvortrag zum Thema „Mobilität in der EMM - Chancen und Herausforderungen“ darauf hin, dass die Anzahl der Wege, die jeder pro Tag zurücklegt, in den vergangenen Jahren relativ konstant geblieben sei, die Wegstrecken aber erheblich zugenommen haben. Für die Zukunft sei das „Prinzip Nähe“ wichtig: „Kurze Entfernungen sind die einzige Strategie, mit der wir uns selbst dauerhaft krisenfest machen“, erklärte Gertz.

Bei einer anschließenden Podiumsdiskussion tauschten sich die Teilnehmer über Angebote und Ideen zum Thema Mobilität in der Region aus. Als Beispiel für ein attraktives Verkehrsangebot, das den vielen Pendlern in der Region das Leben erleichtert, nannte Johanna Rumschöttel, Landrätin Landkreis München, in der Podiumsrunde das EMM-Ticket. Verschiedene Verkehrsunternehmen haben sich zusammengeschlossen und bieten ein Ticket an, mit dem

Pendler über Verbundgrenzen hinweg reisen können. „Das Ticket ist eine tolle Sache, die wir in Zukunft noch verbessern werden“, meinte Rumschöttel. Es soll in Zukunft online gebucht werden können. Das EMM-Ticket ist ein Beispiel dafür, wie man Nutzern das Reisen erleichtern kann und Hürden abbaut. Die Podiumsteilnehmer waren sich einig, dass die sogenannte Intermodalität, also die Kombination unterschiedlicher Verkehrsmittel und Verkehrssysteme, eine wichtige Rolle spielt und weiter gefördert werden müsse.

Intermodalität

Dazu gehört nicht nur, dass Verkehrsträger zusammengeführt werden, sondern auch, dass Verkehrssysteme an die Anforderungen des Kunden angepasst werden: So soll zum Beispiel der Reine die Möglichkeit haben, am Bahnhof für das Flugzeug einzuchecken und in der Bahn die aktuellen Flugdaten überprüfen können. „Wir müssen uns an den Anforderungen der Nutzer orientieren und den Zugang für Fahrgäste erleichtern“, hob Josef Brandner, Gesellschafter der OMNIPART Verkehrsdienstleistungen hervor. Wünschenswert sei daher eine Nutzerplattform, über die Informationen aller Verkehrsträger abgerufen werden können.

Stadtbaurätin Prof. Dr. Elisabeth Merk bemerkte, ihr Arbeitskreis wolle die Erreichbarkeit innerhalb der EMM verbessern. Derzeit werde ein Erreichbarkeitsatlas erstellt, der als Grundlage für nachhaltige Mobilität dienen soll. „Es muss auch eine Lebensqualität ohne Auto möglich sein“, betonte Merk. Langfristig wolle man die Preise für

Tickets innerhalb der EMM angleichen. Aktuell laufe unter dem Slogan „Effizient mobil“ auch das Aktionsprogramm Mobilitätsmanagement: Im Zentrum stünden innovative Marketingansätze, die durch Information, Beratung und Bildung Verhaltensänderungen bewirken sollten: „Der öffentliche Nahverkehr, Radverkehr, Car Sharing und Fahrgemeinschaften müssen stärker genutzt werden.“

Niederbayerns Regierungspräsident Heinz Grunwald plädierte für einen Ausbau der Mobilität für die Mitglieder im Osten der EMM: Von Landshut aus sei man mit der neuen Airport-Linie schneller am Flughafen als die meisten Münchner. Fehlen würde freilich eine direkte Schienenanbindung aus östlicher Richtung.

Professor Gebhard Wulfhorst von der TU München, Fachgebiet für Siedlungsstruktur und Verkehrsplanung, wies darauf hin, dass Mobilität auch eine Gestaltungsaufgabe sei: „Da kann man bereits bei jungen Leuten ansetzen beim Weg zum Kindergarten oder zur Schule.“ Doch auch bei älteren Menschen sei es möglich, gewohnte Mobilitätsmuster zu ändern: So gebe es zum Beispiel ein Projekt, in dem ältere Menschen zusammen mit Paten für sie neue Verkehrsmittel ausprobieren können.

Erfolgreiche Kooperation

Großen Anklang fand eine Ausstellung im Foyer der Stadtsäle Bernlochener. Sie zeigte Ergebnisse der erfolgreichen Kooperation verschiedener Institutionen, wie etwa den Plan zu einem Muster-Pendlerparkplatz, den die Arbeitsgruppe Mobilität erstellt hat. Zudem wurden Landschaftsaufnahmen aus der Metropolregion an die Wand geworfen, die im Rahmen eines von der EMM ausgeschriebenen Fotowettbewerbs entstanden sind. **DK**

Netzwerk frühe Hilfen in Fürstfeldbruck:

Grundsteinlegung für KoKi

Positive Lebensbedingungen von Kindern und Eltern zu fördern ist ein wichtiges Anliegen vieler Menschen und der gesetzliche Auftrag der Jugendhilfe. Mit der koordinierenden Kinderschutzzelle KoKi, dessen „Grundstein“ nunmehr gelegt wurde, will der Landkreis Fürstfeldbruck dazu beitragen, dass die Entwicklung und die Betreuung der Kleinsten optimal gefördert und ihr Schutz weiter verbessert wird. Ebenso sollen die Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe unterstützt und gestärkt werden.

In erster Linie steht hinter KoKi der Landkreis Fürstfeldbruck als örtlicher Jugendhilfeträger. Der Freistaat Bayern hat ein Förderprogramm zur Unterstützung der Kommunen bei der Errichtung koordinierender Kinderschutzzellen aufgelegt. Um frühzeitigen und effektiven Schutz zu erreichen, ist eine möglichst flächendeckende Einführung von KoKis vorgesehen. Zielgruppen sind angehende Eltern sowie Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern, insbesondere im Alter von 0 bis 3 Jahren. Zudem ist für die Verzahnung aller Beteiligten von öffentlichen und freien Trägern des Jugend- und Gesundheitswesens ein Ansprechpartner als steuerns Bindeglied nötig.

Diese Aufgabe will KoKi im Landkreis Fürstfeldbruck erfüllen. Mögliche Netzwerkpartner sind unter anderem Kinderbetreuungseinrichtungen, Spiel- und Krabbelgruppen, Angebote von Lern- und Spielprogrammen, Frühförderstellen, das Klinikum Fürstfeldbruck, Hebammen, Fachärzte der Kinder- und Frauenheilkunde sowie Er-

ziehung-, Schwangeren-, und Familienberatungsstellen.

Fürstfeldbrucks stellvertretende Landrätin Gisela Schneid hob vor etwa 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den Berufsgruppen, die mit werdenden Eltern und Familien mit Kindern von 0 bis 3 Jahren in Kontakt sind, die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für den Schutz von Kindern hervor. Sie unterstrich die Zielsetzung, den Landkreis äußerst kinder- und familienfreundlich zu gestalten und mit KoKi einen wesentlichen Beitrag dazu zu leisten.

Prävention wichtig

Die Entstehungsgeschichte und Bedeutung der koordinierenden Kinderschutzzellen in Bayern wurde von Regierungsdirektorin Isabella Gold vom Bayerischen Sozialministerium beschrieben. Sie betonte in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit der Prävention durch frühzeitiges Erkennen möglicher Risikofaktoren bevor es zu Vernachlässigung oder gar Miss-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„So, wenn wir jetzt unseren Neujahrsempfang hinter uns haben, ist das neue Jahr schon wieder etabliert.“ Mein Chef, der Bürgermeister, feilt noch an seiner Neujahrsrede. Ganz oben in seinen Betrachtungen wird stehen, dass wir mit dem Jahreswechsel in eine neue Dekade eingetreten sind.

Oh Schreck, höre ich da einige stöhnen, die sich noch allzu gut an den Millenniums-Zirkus vor zehn Jahren erinnern, nicht schon wieder ein Herumreiten auf solcher Zahlenmystik. Dabei ist aus meiner Sicht so ein Jahrzehnt eine dem menschlichen Maß viel nähere Zeitspanne als ein Jahrhundert oder gar ein Jahrtausend. Zehn Jahre sind überschaubar und erlauben es, ebenso eine seriöse Bilanz zu ziehen, wie sich realistische Ziele zu setzen.

Wir alle erinnern uns wahrscheinlich noch sehr gut daran, wie unsere Lebensumstände vor

fach zu fassen: Steht eine 0 als letzte Ziffer der Jahreszahl, ist der Dekadenwechsel perfekt. Aber es gibt auch drollige Gemeinsamkeiten zwischen so einer einfachen Dekade, wir sie jetzt begonnen hat und großen Millenarien: Im Jahr 2000 hatte jeder kleine PC-Nutzer Angst vor der Vernichtung seines elektronischen Sklaven durch die Umstellung der Jahreszahlen von 19xx

auf 20xx. Dieser Tage fluchen hundertausende Plastikgeldfans, weil ihre kleinen Geldspeicher sich an der Umstellung von 2009 auf 2010 verschluckt haben. Irgendwie tröstlich für einen fehlbaren Menschen wie mich, der jetzt noch ab und zu mit dem Briefdatum patzt, dass auch hyperintelligente Programmierer an solchen Kleinigkeiten Schiffbruch erleiden.

Schließlich formuliert man Ziele gerne mit dem Blick auf Dekaden, so bei der Agenda 2010 oder dem Programm Bayern 2020. Es gibt Dekaden der Erneuerung und des Wandels. Organisationen wie die UNO, die EU oder Zusammenschlüsse von Kirchen proklamieren auch gerne Dekaden, wobei diese Zeiträume nicht immer ein kalendarisches Jahrzehnt umfassen müssen: So stehen wir in der Dekade des Wassers und der Dekade der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Mit dem Jahreswechsel ist die UN-Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit für die Kinder der Welt ohne nachhaltigen Erfolg zu Ende gegangen. Hoffen wir nicht ganz spurlos, obwohl auch die Dekade des Gehirns erkennbar keine tiefen Spuren hinterlassen hat.

Mein Chef, der Bürgermeister, neigt ja nicht dazu, einfach zu kopieren. Trotzdem will er mit dem Schwung des neuen Jahrzehnts nach der Weihnachtspause starten. Er formuliert an einem Aktionsprogramm „Stadt 2022“. Ganz so sklavisch will er also der Dekade nicht folgen und nimmt das Dutzend - schließlich ist die 12 auch eine heilige Zahl. Und zur Unterstützung lege ich meinem Chef das heutige Kalenderblatt mit der Erkenntnis des Erfinders Charles F. Kettering hin: „Wenn du etwas machst, wie du es seit zehn Jahren gemacht hast, dann sind die Chancen groß, dass du es falsch machst.“

Gedanken zu Dekaden

zehn Jahren waren, was wir uns vorgenommen haben, was wir erreichen wollten, welche Menschen seit damals in unser Leben getreten sind und es bereichern, aber auch welche uns verlassen haben, so dass die Lücke schmerzt. Dagegen kann aber kaum ein Menschenleben ein Jahrhundert durchmessen, das mindestens drei Generationen umfasst. Nur einen Teil davon nehmen wir bewusst wahr; können es aus eigener Anschauung beurteilen und nur zu einem Teil können wir es in unserem Wirkungskreis mit aktiven Beiträgen mit gestalten. Und gar erst ein Jahrtausend! Was würde uns mit Menschen verbinden, die um 1010 lebten oder die 3010 leben werden? Ein Dialog der Stimmen im wahrsten Sinne des Wortes. Man würde sich nicht verstehen, weil die ganze Lebenswirklichkeit, die Erfahrungen, Umstände und kulturellen Sichtweisen das Finden einer gemeinsamen Verständisebene wahrscheinlich unmöglich machen würden.

Nein, nein, zehn Jahre entsprechen dem menschlichen Horizont weit eher, auch wenn das Ego der Menschheit natürlich darüber hinaus strebt. Bei Dekaden ist es übrigens anders als bei Jahrhunderten und Jahrtausenden, bei denen gestritten wird, ob deren Anfang von dem 00er oder 01er Jahr bestimmt wird, relativ ein-

the Sabriua

handlung kommt. „Die enge Verzahnung von Gesundheits- und Jugendhilfe ist eine unabdingbare Voraussetzung für den präventiven Kinderschutz“, stellte Gold fest. An seine Grenzen stoße der Arbeitsauftrag von KoKi bei umfangreicher und längerfristiger Beratung, Hilfen zur Erziehung und bei Kindeswohlgefährdung: Hier werde der Fachbereich Familienhilfe im Jugendamt des Landratsamtes tätig.

Über Vernetzung als Basis frühzeitiger Unterstützungsangebote und die Voraussetzungen hierfür referierte Alexandra Sann vom Nationalen Zentrum frühe Hilfen. Die Besonderheit der ersten drei Lebensjahre als äußerst sensible und für die gesamte Entwicklung prägende Phase sei der wesentliche Grund, dass Hilfe und Unterstützung früh ansetzen sollten. Bei diesen „frühen Hilfen“ stehe die Förderung einer gedeihlichen Eltern-Kind-Beziehung im Vordergrund. Jugendamtsleiter Peter Schmelzer beschrieb seinerseits die Eckpunkte der Arbeit der Koordinierenden Kinderschutzzelle. Er verdeutlichte, wie bedeutsam es sei, belastete Eltern so früh wie möglich zu unterstützen.

Wie das Konzept der koordinierenden Kinderschutzzelle konkret umgesetzt wird, erläuterten die beiden Sozialpädagoginnen Ulrike Komacher und Brigitte Maier, indem sie erste Erfahrungen und weitere Planungen vorstellten. Fest steht das Angebot eines monatlichen Treffens für alle interessierten Netzwerkpartner sowie die Kontaktaufnahme zu allen Kinderkrippen im Landkreis. Ebenfalls in Planung sind themenbezogene Veranstaltungen, beispiels-

weise zum Datenschutz. Weiterhin werden die Sozialpädagoginnen in verschiedenen Arbeitskreisen und bei runden Tischen mit Akteuren aus dem Gesundheits-

bereich sowie anderen familienbezogenen Anbietern die Weichen für ein Konzept „Netzwerk frühe Kindheit“ im Landkreis Fürstfeldbruck stellen. **DK**



Erfolgreiche Bilanz für den Stimmkreis Augsburg-Land-Dillingen

Die Jahreswende gibt Anlass, Rückschau zu halten. Was im letzten Jahr von der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag in enger Verbindung zur Bayerischen Staatsregierung geleistet worden ist, gilt insbesondere auch für den Stimmkreis Augsburg-Land-Dillingen.

Für die Arbeit des Haushaltsausschussvorsitzenden Georg Winter bedeutet dies vor Ort konkret: Im Bereich Bildung konnten die Modernisierungen an den Gymnasien Dillingen, Wertingen und Lauingen dank unterschiedlicher Sonderprogramme wie Konjunkturpaket II und Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung (IZBB) mit Hilfe von Abgeordnetem Winter optimal umgesetzt werden.

Der Anbau der Kindertagesstätte St. Martin in Gundelfingen (im Bild) wurde vor kurzem eingeweiht. 30 neue Krippenplätze konnten mit Hilfe des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ eingerichtet werden.

Im Bild (von links) mit Kindern und Erzieherinnen: Stadtpfarrer Frank Schneider, MdL Georg Winter, Kämmerer Gerhard Tiefenbacher und Bürgermeister Franz Kukla. **□**

Projektstart „Hart am Limit“ im Landkreis Erding:

Kampf dem Komasaufen

Der Landkreis Erding sagt Komasaufen den Kampf an. Wie Landrat Martin Bayerstorfer im Rahmen der Jahrespressekonferenz des Landratsamts mitteilte, sei auch in seinem Landkreis die Zahl der durch Alkohol vergifteten Jugendlichen, die stationär im Krankenhaus behandelt werden müssen, in den vergangenen Jahren gestiegen. Dies sei Anlass für das Vorhaben der Abteilung Gesundheitswesen des Landratsamtes Erding, das bundesweit laufende Projekt „HaLT“ (Hart am Limit) zu starten.

Das Projekt „HaLT“ wurde von der „Villa Schöpfung“ entwickelt und ist ein vom Bundesministerium für Gesundheit gefördertes und überaus erfolgreiches Bundesmodellprojekt, das darauf abzielt, auf kommunaler Ebene durch Information und Prävention eine erhöhte Sensibilität beim Thema Alkoholkonsum unter Jugendlichen zu schaffen und zugleich die Einhaltung des Jugendschutzes zu gewährleisten. An elf Modellstandorten in neun Bundesländern wurde das Projekt erprobt. HaLT wurde von der Prognos AG mit positivem Ergebnis wissenschaftlich evaluiert.

Alarmierende Zahlen

Im Jahr 2008 mussten im Landkreis Erding 67 Jugendliche bzw. junge Erwachsene im Alter zwischen 14 und 21 Jahren auf der Intensivstation des Kreiskrankenhauses Erding therapiert werden. Alarmierend war dabei insbesondere die Tatsache, dass jeder fünfte Jugendliche unter 16 Jahre alt war; im Jahr 2009 mussten sogar zwei Zwölfjährige intensivmedizinisch behandelt werden. Landrat Martin Bayerstorfer mahnte deshalb zu einer Kultur des genauen Hinsehens: „Unsere Kinder und Jugendlichen sind die Zukunft unserer

Gesellschaft. Wir können uns nicht erlauben, wegzusehen. Im Gegenteil, wir müssen gegenüber riskant Alkohol konsumierenden Jugendlichen ein Zeichen setzen und durch maßgeschneiderte Suchtpräventionsangebote die Gesundheit unserer Jugendlichen und somit die Gesundheit unserer Gesellschaft erhalten.“

Alkohol ist die am weitesten verbreitete psychoaktive Substanz unter Kindern und Jugendlichen. Das Durchschnittsalter der ersten Rauscherfahrung wird je nach Studie zwischen 13,8 Jahren und 15,1 Jahren angegeben. Zwar ging der regelmäßige (mindestens einmal wöchentliche) Alkoholkonsum der 12 bis 17-jährigen Mädchen und Jungen in den vergangenen Jahren deutlich von 21,2 % auf 17,4 % im Jahr 2008 zurück, dennoch konsumieren 6,2 % dieser Zielgruppe eine selbst für Erwachsene riskante Alkoholmenge und zeigen somit ein Trinkverhalten, das zu schweren Alkoholintoxikationen führen und damit auch lebensbedrohlich sein kann. Unter Teenagern haben sich in den letzten Jahren Trinkrituale entwickelt, bei denen der Rausch nicht dem bekannten alterstypischen Experimentieren mit Alkohol zuzuordnen ist, sondern es geht darum, innerhalb kurzer Zeit hohe Mengen Alkoholika zu

sich zu nehmen, um sich oft gezielt zu betrinken.

Das Gesamtprojekt HaLT gliedert sich in zwei Projektteile: Mit dem so genannten proaktiven Projektteil sind vor allem eine konsequente Umsetzung des Jugendschutzgesetzes bei Festveranstaltungen, in Gaststätten und dem Handel gemeint sowie die Sensibilisierung von Eltern, Lehrkräften, Verkaufspersonal, Festveranstaltern etc., also die Schaffung eines kommunal verankerten Präventionsnetzwerkes. Federführend hierfür ist das Sachgebiet Jugend, Familie und Sport des Landratsamtes Erding. Im sog. reaktiven Projektteil wiederum werden Kinder und Jugendliche, die bereits durch exzessiven Alkoholkonsum aufgefallen sind, gezielt und umfassend beraten (Frühintervention auf individueller Ebene, d.h. standardisierte Gruppen-/ Einzelangebote für betroffene Jugendliche). Die koordinierende Funktion hierfür im Landkreis Erding übernimmt die Abteilung Gesundheitswesen des Landratsamtes.

Netzwerk

Wichtige Partner für den reaktiven Projektteil sind Fachleute aus einem eigens für dieses Projekt aufgebauten Netzwerk. Dieser Projektteil besteht aus den Elementen Brückendienst, Risikocheck, einem erlebnispädagogischen Teil und dem Nachsorgegespräch.

Die Fachleute des Netzwerkes suchen die von einer Alkoholintoxikation betroffenen Jugendlichen auf Basis einer Schweigepflichtbindung in der Klinik auch am Wochenende und an Feiertagen auf. Nicht nur dem Jugendlichen, sondern auch den Eltern wird hierbei ein Gespräch angeboten. Es geht darum, das Geschehene zu verarbeiten, Informationen und vor allem Risikokompetenz zu vermitteln. Bei Bedarf werden die Jugendlichen und eventuell ihre Familien in umfassender Hilfsangebote eingebunden. Zeitnah im Anschluss an die Entlassung aus dem Krankenhaus (nach dem Brückengespräch) folgt ein Risikocheck durch Prop e.V. Erding in einer Kleingruppe betroffener Jugendlicher, mit anschließendem „erlebnispädagogischen Teil“ (Hochseilgarten – Angebot von

Prop e.V. Erding oder Tauchkurs – Angebot durch das Landratsamt Erding) sowie ein „Nachsorgegespräch“ mit dem Jugendlichen und bei Einverständnis auch mit den Eltern.

Eine Zertifizierung als HaLT-Standort ist an bestimmte Kriterien gebunden, die der Landkreis Erding zum Ende des Jahres 2009 erfüllt hat. Eine Anerkennung als HaLT-Standort, die auch die Voraussetzung für eine Anschubfinanzierung durch den Bund darstellt, wurde durch die Abteilung Gesundheitswesen beantragt, so dass Anfang des Jahres 2010 das lokale „HaLT-Netzwerk im Landkreis Erding“ unter Einbindung der gesetzlichen Krankenkassen aufgebaut werden kann. **DK**

Nürnberg und Fürth:

175 Jahre deutsche Eisenbahngeschichte

Umfangreiches Jahresprogramm zum Bahnjubiläum

Zum Jahrestag der ersten Fahrt des von der Dampflokomotive „Adler“ angetriebenen Zugs der „Ludwigs-Eisenbahn-Gesellschaft“ von Nürnberg nach Fürth im Jahre 1835 haben Fürths Oberbürgermeister Thomas Jung und Nürnbergs Stadtoberhaupt Ulrich Maly in einer gemeinsamen Pressekonferenz die Programmhefte der beiden Städte zum großen Bahnjubiläum vorgestellt.

In der 50-seitigen Broschüre „Fürth feiert 175 Jahre deutsche Eisenbahn“ finden sich neben den knapp 50 Veranstaltungen auch allerlei Historisches und spannende Anekdoten rund um das Thema Eisenbahn. Dank der großzügigen Unterstützung von Sponsoren hat die Stadt in Zusammenarbeit mit zahlreichen Akteuren ein abwechslungsreiches Programm vorgelegt, das unter anderem Vorträge, Führungen, Ausstellungen, Theater sowie Open-Air-Veranstaltungen umfasst. Dabei soll nicht nur allen Fürtherinnen und Fürthern, sondern auch Besuchern der Kleebblattstadt die Gelegenheit gegeben werden, fleißig mitzufeiern und das zum Teil bei freiem Eintritt.

Volles Programm

Den Anfang machen Vorträge und Lesungen, ab Mitte März nimmt der Veranstaltungsreigen dann mit der Ausstellung „Sei auf Draht“ im Rundfunkmuseum Fahrt auf und findet am 31. Dezember mit einer Abschlussfeier seinen Ausklang.

Zu einem der Höhepunkte des Jahres zählt die Aktion „Zeitreise“ Mitte August, zu der unter anderem auch der Nachbau des Ludwigsbahnhofs zählt. So wird das ehemalige Prachtgebäude für zwei Wochen zu neuem Leben erweckt und als historische Kulisse für ein abwechslungsreiches Rah-

menprogramm dienen. Krönender Abschluss wird das Eisenbahnfest „Nächster Halt: Fürth“ am letzten Augustwochenende sein.

Vielfältige Ausstellungen

Mit einem vielfältigen Veranstaltungs- und Festprogramm wartet auch die Norisstadt auf. Ausstellungen, Installationen, Führungen, Workshops und Aktionstage mit einem Gesamtetat in Höhe von 1,5 Millionen Euro werden sich mit den Themen Bahn, Mobilität und durch die Eisenbahn vorangetriebene Industrialisierung beschäftigen. Dem folgenschwersten Kapitel der deutschen Eisenbahngeschichte ist ein Projekt gewidmet, bei dem erstmals das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg mit der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau in Polen kooperiert. Es zeigt unter dem Titel „Das Gleis“, dass ohne das Transportmittel Eisenbahn der organisierte Massenmord an den Juden nicht möglich gewesen wäre.

Eine direkte Bildübertragung verbindet erstmals zwei Orte, die symbolisch für Anfang und Ende eines bis dahin beispiellosen verkehrlichen Handelns stehen: Nürnberg als Ort der 1935 erlassenen Rassenetze (75 Jahre vor dem Bahnjahr 2010) und Auschwitz als zentrale Stelle der Vernichtung. Die aktuellen Bil-

Stellengesuch

Suche ab Juli 2010 eine Stelle als **Verwaltungsfachangestellter**
Näheres auf meiner Bewerber-Homepage unter: www.oereitinger.de

der bringen eine Entfernung zum Verschwinden, die damals der Verschleierung des Mordens diente. Im Dokumentationszentrum liefert eine ergänzende Ausstellung Fakten und Dokumente zu der Tatsache, dass auf dem europäischen Schienennetz unter Federführung der Reichsbahn alle Hebel und Räder für die „Endlösung“ in Bewegung gesetzt wurden. Die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau zeigt parallel die in Nürnberg erarbeitete Schau „Rassenwahn – Die Nürnberger Gesetze 1935“.

Motor der Entwicklung

Doch in Nürnberg geht es nicht nur um den Missbrauch der Eisenbahn in der NS-Zeit für die „Logistik des Todes“. Die Eisenbahn als Motor wirtschaftlicher Entwicklung steht im Mittelpunkt der Ausstellung „Die Strecke des Adlers“ im Museum Industriekultur, die beispielhaft an dieser prototypischen Bahnlinie die Facetten der Industrialisierung darstellt. Eine Schau im Planetarium, das am Startpunkt der nicht mehr existierenden „Adler“-Strecke liegt, thematisiert unter der Überschrift „Vom Adler zum Spaceshuttle“ Reisen „auf der Erde und im Himmel“.

Auch die technische Seite und das hochaktuelle Thema Mobilität werden beleuchtet, etwa durch einen europäischen Logistik-Kongress. Überregional bekannte Nürnberger Kulturveranstaltungen wie die „Blaue Nacht“, das „Bardentreffen“ und das „Klassik Open Air“ werden sich 2010 ebenfalls Aspekten der Eisenbahngeschichte widmen. **DK**

Vorschau auf GZ 3
In unserer Ausgabe Nr. 3, die am 28. Januar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfinanzen
- Wasserversorgung und Wasserentsorgung
- Fremdenverkehr in Bayern
- Kommunale und private Freizeitanlagen

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 071 95 / 69 33 00 · Fax 071 95 / 69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Knödler
Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler
Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — individuell gefertigt!
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters
Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Sportgeräte

www.benz-sport.de
ORIGINAL **BENZ** SPORT
Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Winterdienststechnik, die begeistert – weltweit! **Gmeiner**
Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: +49 (9604) 93267-0
info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen
Ein Gesellschafter der ELANCIA-AG